Klassenkampf

Kommunistisches Organ für den Bezirk Halle-Merseburg

„Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,20 Mark; durch die Post bezogen 2,30 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag: Halle-Merseburger Zeitungsverlag GmbH., Halle, Lerchenfeldstr. 14, Tel.: 210 45 (Red.); 210 47 (Verlag)

Mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung **Der Rote Stern**

Anzeigenpreis: 15 Pf. für den mm Höhe und Spalte; 1 Mk. im Textteil. Bankkonten: Kreisbank des Saalkreises Halle; Commerz- und Privat-Bank Halle. Postscheckkonto: Leipzig 264 71 Halle-Merseburger Zeitungsverlag. Druck und Verlag: Halle-Merseburger Zeitungsverlag GmbH., Halle, Lerchenfeldstr. 14

Einzelpreis mit „Der rote Stern" 15 Pf. | Halle, Sonnabend, 25. Juni 1932 | 12. Jahrgang Nr. 147

Der von den Nazis bejubelte „Systemwechsel", die „Rettung der Nation", sieht so aus:

Für die Leuna-Könige zwanzig Millionen Mark -- aber Hunger den Armen!

Kürzung der Invalidenrenten — Erhöhung der Mieten für Erwerbslose — Hitler fordert Belagerungszustand

Das ereignete sich am gestrigen Tage:

Halle, den 25. Juni.

Der heute aus Lausanne zurückkehrende Reichskanzler von Papen hat eine Verordnung unterzeichnet, nach der den IG-Farbenkönigen (Leuna-Benzin) und dem Ruhrbergbau (Benzolgewinnung) ein Steuergeschenk in Höhe von nahezu 20 Millionen gemacht wird. Es handelt sich um die Ermäßigung des Steuersatzes für inländische Treibstoffe von bisher 3,80 Mark der Doppelzentner auf 10 Pfennig. Nun kann die Produktion des sogenannten Autarkols, des Einheitstreibstoffes, der aus Benzol, Leuna-Benzin und Kartoffelsprit gemischt ist, losgehen. Riesengewinne für das Chemiekapital und die Großagrarier sind durch die Papen-Regierung sichergestellt. Diese Maßnahme der Papen-Regierung reiht sich würdig der vor wenigen Tagen durchgeführten Subventionierung des Stahltrusts in Höhe von [illegible]0 Millionen Mark durch das Reich an.

Gestern hat die Landesversicherungsanstalt, die durch die Notverordnung der Papen-Regierung verfügte Kürzung der Invaliden-, Witwen- und Waisenrenten bekanntgegeben. 6, 5 und 4 Mark im Monat beträgt die Kürzung bei einer durchschnittlichen Monatsrente von 35 bis 40 Mark. Die Landesversicherungsanstalt fügt kurz und bündig hinzu, daß „alle Eingaben wegen Weiterzahlung der gekürzten Rente zwecklos seien". Der hallische Magistrat macht gestern bekannt, daß auf Grund derselben Notverordnung die Hauszinssteuerstundungen, die bisher mit dem Ziel der Niederschlagung bewilligt wurden, ihre Gültigkeit verlieren. Dies gilt in der Hauptsache für alle Mieter mit weniger als 1200 Mark Jahreseinkommen. Von jetzt ab muß von allen Mietern die volle gesetzliche Miete gezahlt werden, wenn nicht das Jugend- und Fürsorgeamt nach Prüfung der Hilfsbedürftigkeit einspringt.

Das „Dritte Reich" ein Paradies für Millionäre

In der Freitagsitzung des Preußischen Landtages wurde über den kommunistischen Antrag auf Wegsteuerung aller 12 000 Mark jährlich übersteigenden Einkommen und Gehälter abgestimmt. Die Mittel sollen nach diesem Antrag für die Durchführung der kommunistischen Arbeitsbeschaffungsforderungen und eine Erhöhung der Unterstützungen verwandt werden. Die Nationalsozialisten entpuppen sich erneut als die untertänigsten Helfershelfer der Schwerverdiener. Zunächst versuchten sie sich durch einen Antrag auf Zurückverweisung des Antrages an den Hauptausschuß zu drücken. Dieser Antrag wurde abgelehnt. Jetzt versuchten sie es gemeinsam mit den Deutschnationalen mit der Obstruktion. Auch das gelang ihnen nicht, da das Haus beschlußfähig blieb. Der kommunistische Antrag auf Wegsteuerung aller 12 000 Mark jährlich übersteigenden Einkommen wurde mit den Stimmen der Kommunisten und Sozialdemokraten angenommen. Nach der Abstimmung riefen die Kommunisten den Nazis zu: „Nieder mit den Fronknechten des Kapitalismus!"

*

Tagelang haben die Nazis die Ernennung des Papen-Kabinetts in ihrer Presse bejubelt als „Erwachen des nationalen Deutschlands"! Als Gegenleistung für die Tolerierung der Papen-Schleicher-Regierung durch die Hitler-Kumpane hatten diese die Demonstrationsfreiheit für die faschistischen Mordkolonnen erhalten.

Das aber ist die Praxis der Hakenkreuz-Tolerierer und ihres „nationalen Deutschland": Millionengeschenke an die Trustkönige, das „raffende Kapital" — Schutz des kapitalistischen Großeigentums der kapitalistischen Schwerverdiener — Kürzung der [illegible]gerrenten für die Invaliden — Tolerierung der Beschäftigtensteuer, der Salzsteuer, des Abbaues der Arbeitslosenunterstützung. Morgen werden die Nazis bei ihrem „Marsch ins Dritte Reich" den neuen Lohnraub der Kapitalisten und die Arbeitsdienstpflicht legalisieren. Die Volksbetrüger vom Hakenkreuz mögen jetzt zittern vor dem Erwachen ihrer werktätigen Nachläufer. Einem Erwachen, das kommen wird, trotz der frechen Demagogie dieser Faschistenhäuptlinge, die jetzt, erschreckt vor diesem beginnenden Erwachen, erzählen wollen, daß sie mit dem Papen-Kabinett nichts zu tun haben. Die Antifaschistische Aktion wird sich zu einer gewaltigen Angriffsbewegung der Millionen Ausgebeuteten gegen die Papen-Diktatur und ihre Helfershelfer, die Hitler-Banden, entfalten. Antifaschistische Aktion, vorwärts zum Angriff!

Es langt nicht mehr für einen Strick zum Aufhängen!

(Arbeiterkorrespondenz)

In der Nähe von Zangenberg fanden Spaziergänger im Gebüsch des Elsterufers einen Erhängten. Er hatte sich mit einer Weidenrute die Luft abgeschnürt. Die Personalien konnten bis jetzt noch nicht festgestellt werden. In seinem Besitz befanden sich 27 Pfennige und eine Wochenkarte für die Strecke Leuna-Weißenfels. Geschehen im Zeichen der Papen-Notverordnungen!

Reichswehr-Exekution gegen Bayern?

Die bayerische Regierung lehnt Aufhebung des Uniformverbots ab

(WTB.), 25. Juni.

Ministerpräsident Held gab heute im Landtag die Erklärung, daß das bayerische Gesamtministerium einstimmig beschlossen habe, es sei nicht in der Lage, dem Ersuchen des Reichsinnenministeriums, das allgemeine bayerische Uniformverbot aufzuheben, zu entsprechen, und zwar aus rechtlichen und sachlichen Gründen.

Die SA erhält die Tressen! Das Volk aber nichts zu fressen!

Hitler verhandelt mit dem IG-Farbentrust über die Ueberlassung des obigen Palastes in Berlin.

Vertreibt unsere antifaschistische Literatur!

Die Regierung zur Aufrichtung der faschistischen Diktatur

Von Ernst Thälmann

Der nachfolgende Artikel des Genossen Ernst Thälmann ist der erste in einer Reihenfolge von Artikeln, die eine umfassende Analyse der gegenwärtigen Lage in Deutschland und der Aufgaben des Proletariats geben. Da diese Artikel für alle Arbeiter von großer Bedeutung sind, bitten wir unsere Leser, sie weiterzugeben und mit den Kollegen in den Betrieben, an den Stempelstellen und in den proletarischen Klassenorganisationen zu diskutieren. Die Redaktion.

Die am 1. Juni 1932 gestürzte Brüning-Regierung wurde von unseren Parteibeschlüssen gekennzeichnet als die Regierung zur Durchführung der faschistischen Diktatur. Zwei Jahre Brüning-Politik haben die Richtigkeit dieser Charakterisierung der gestürzten Brüning-Regierung erwiesen. Die Politik der Bourgeoisie vom Mai 1930 bis zur Einsetzung der Papen-Regierung am 1. Juni 1932 hatte zum Inhalt, die Voraussetzungen für den Uebergang der Bourgeoisie zur Errichtung der offenen faschistischen Diktatur zu schaffen, wie sie jetzt mit der Einsetzung der Papen-Regierung eingeleitet wurde. Die Voraussetzungen zur Errichtung der faschistischen Diktatur wurden geschaffen unter dauernder Tolerierung der Brüning-Politik durch die Sozialdemokratie und unter Hauptverantwortung der SPD in den entscheidenden deutschen Ländern.

Dabei bestätigt die jetzige Periode der Papen-Regierung die Einschätzung der Entwicklung, wie sie vom 11. Plenum des Ekki gegeben wurde: die bürgerliche „Demokratie" entwickelt sich folgerichtig zum Faschismus; beides sind Erscheinungsformen der Diktatur des Finanzkapitals. Der Ruf der SPD-Führer nach der „zweiten Republik", der Ruf nach Restauration des „Weimarer Systems" ist nichts als ein erbärmlicher Wahlbetrug.

Brüning wurde gestürzt, weil der Bourgeoisie das Tempo der Faschisierung nicht mehr ausreichte zur Sicherung der kapitalistischen Diktatur. Vor allem sind es folgende Hauptmomente, die bei der Beschleunigung des Faschisierungstempos von Bedeutung sind:

Auf Grund der Verschärfung der Wirtschaftskrise muß die Bourgeoisie zu einem neuen, nie dagewesenen Angriff auf die Lebenshaltung des Proletariats und aller werktätigen Schichten übergehen. Die von Brüning vorbereitete Politik der Liquidierung der Sozialversicherung, die Herabschraubung der Erwerbslosenunterstützung auf ein unbeschreibliches Minimum, die „Auflockerung" des Tarifsystems, das alles sind offen faschistische Maßnahmen, zu deren beschleunigter Durchführung die Brüning-Regierung nicht ausreichte.

Die Bourgeoisie verlangt verschärfte faschistische Terrormaßnahmen gegen das Proletariat und insbesondere verschärfte beschleunigte Maßnahmen gegen die proletarischen Klassenorganisationen, gegen die antifaschistischen Organisationen, gegen den Kommunistischen Jugendverband und vor allem gegen die Kommunistische Partei Deutschlands.

Die Eingliederung der faschistischen Massenorganisationen der NSDAP in die kapitalistische Staatsorganisation ist eine Aufgabe, die die Bourgeoisie nur lösen kann mit Hilfe einer ausgesprochen faschistischen Regierung.

Die Brüning-Regierung erlag ferner dem Ansturm der ostelbischen Großagrarier, die — gestützt auf die faschistischen Massenorganisationen und ihren Terror — immer frechere Ansprüche auf die öffentlichen Steuergelder erhoben und die mit Hilfe der Papen-Regierung schneller zur Wiederherstellung ihrer Rechte und Privilegien kommen wollen.

Während die Regierungsmethoden der Bourgeoisie unter der Brüning-Regierung darauf angelegt waren, alle Angriffe auf die Lebenshaltung des Proletariats und der gesamten werktätigen Be-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019320625-19/fragment/page=0001

völkerung im unmittelbaren Einvernehmen mit den reformistischen und christlichen Gewerkschaftsführern, die zum Teil direkt in der Regierung vertreten waren, durchzuführen, hält die Bourgeoisie die Zeit jetzt für gekommen, um in offene Kampfstellung gegen die Gewerkschaften überhaupt und gegen die Sozialversicherung überzugehen. Die Kennzeichnung des gegenwärtigen Unterstützungsstandes mit seinen jämmerlichen Sätzen für Arbeitslose, Wohlfahrtsempfänger usw. als „Wohlfahrtsstaat", wie es in der Regierungserklärung des Papen-Kabinetts geschah, zeigt den faschistischen Charakter der Papen-Regierung auch in der unverhüllten Uebernahme der Nazisprache in die offizielle Regierungssprache der Hindenburg-Republik.

Die Zusammensetzung des faschistischen Papen-Kabinetts vorwiegend aus Junkern, Baronen, Freiherren usw. ist keine zufällige. In der Berufung von Ministern durch Hindenburg, die familiär und politisch aufs engste mit den 1918 durch den revolutionären Volkssturm abgehalfterten Fürstenfamilien verbunden sind, kündigen sich die verstärkten Ansprüche der alten, in der Hohenzollernmonarchie herrschenden Adelskaste an, die sich anschickt, in der einen oder anderen Form „angestammte Herrscherrechte" über das Volk wieder zu übernehmen. Die ganze Periode von 1918, als das Fürstengeschmeiß zum Teufel gejagt wurde, bis heute, ist ein einziger Prozeß der Wiedereinsetzung der alten Fürstenfamilien in ihre Rechte und Privilegien. Von der Hineinnahme adliger Offiziere in den Grenzschutz und die Freiwilligenformationen des Sozialdemokraten Noske über die Millionenentschädigungen an ehemals regierende Fürsten und ihren schmarotzerischen Anhang, über Eberts Zustimmung zur Rückkehr des „Kronprinzen" zur Zeit der Stresemann-Regierung, bis zur Eingliederung der Hohenzollern und anderer Fürstlichkeiten in das Führerkorps der Nationalsozialisten führt ein Weg bis zu den heutigen unverschämten Ansprüchen und dem Auftreten der sogenannten „angestammten Herrscher". Ueber Schleicher-Hindenburg-Hitler versuchen sie, sei es durch den Plan einer Reichsverweserschaft des Hohenzollerngeschlechts, sei es durch offene Restaurationsbestrebungen zur Wiederherstellung der Monarchie in Preußen und im Reich, das, was ihnen zur Wiederherstellung ihrer alten Rechte und Vorrechte noch fehlte, dazuzuholen. Das Fürstenpack und die ganze mit ihm verbundene Interessenschicht von Naziführern, Hofbeamten, Karrieristen und Spekulanten aller Art wollen die „Kanaille" Volk wieder „herrlichen Zeiten" entgegenführen" und den Massen für den Luxus der Hohenzollern zusätzliche Lasten aufbürden. Hinter den Fürsten drängen die bankrotten Ostelbier, die die Zeit nicht mehr erwarten können, wo sie mit Hilfe einer Inflation sich auf Kosten des ausgeplünderten Volkes „sanieren" können.

Dank der Politik der sozialdemokratischen Führer, die — im Dienst des Finanzkapitals — aus Furcht vor der proletarischen Revolution sich des alten Offizierskorps zur Niederschlagung der revolutionären Vorhut des Proletariats unter Spartakus bedienten, hoffen die Fürsten, unter denen das deutsche Volk im Jahre 1914 für die Kriegsziele des deutschen Finanzkapitals in den Weltkrieg gepeitscht wurde, heute ein neues „Drittes Reich" der Ausbeutung und Unterdrückung errichten zu können.

Die verstaubten Uniformen und Gestalten der Kaiserzeit im Bunde mit den Hakenkreuzterroristen zeigen den blutigen Ernst der monarchistischen Restaurationstendenzen.

Das Proletariat, das gesamte werktätige Volk, muß die ernste Gefahr der weiteren tiefen Versklavung des deutschen Volkes durch eine macht- und luxuslüsterne Fürstensippschaft, die sich auf die Mordorganisationen des Nationalsozialismus stützt, erkennen.

Dabei darf sich das Proletariat in keinem Moment durch die Taktik der SPD-Führer verwirren lassen, die den engen Zusammenhang zwischen den monarchistischen Restaurationsbestrebungen und der faschistischen Diktatur des Finanzkapitals zu verschleiern suchen, indem sie die „monarchistische Gefahr" zur Hauptfrage machen und den wirklichen Kampf gegen die faschistischen Diktaturmaßnahmen des Finanzkapitals sabotieren.

Die monarchistischen Restaurationsbestrebungen kamen ganz unverhüllt in der Rede, die der Reichsinnenminister v. Gayl in der letzten Reichsratssitzung gehalten hat, wo er aussprach, daß die Monarchie nach seiner Auffassung die „beste Staatsform" sei und er aus dieser seiner Meinung keinen Hehl zu machen brauche, zum Ausdruck. Bei einem Teil der Bayrischen Volkspartei, die bekanntlich der Zentrumspartei außerordentlich nahesteht, sind in Abwehr hohenzollernscher Restaurationsbestrebungen mit ziemlicher Offenheit Stimmen laut geworden, die von der Wiederherstellung der bayrisch-Wittelbachschen Monarchie sprechen. Wir müssen uns klar darüber sein, was die Durchführung der Politik des Finanzkapitals mit den Methoden eines monarchistischen Klassenstaates bedeutet.

Dreiklassenwahlrecht, schrankenloser Absolutismus, widerlichstes Hofschranzentum, ekelhafter Byzantinismus, hemmungsloseste Diktatur des Finanzkapitals, brutalste Niedertrampelung der einfachsten Arbeiterrechte, das sind einige Merkmale einer Aera, in der der bürgerlich-kapitalistische Klassenstaat monarchistisch regiert wird. Die Wiederherstellung eines Zustandes, in welchem mit den unter dem Monarchismus üblichen Terrormethoden regiert wird, das ist das unzweifelhafte Ziel der Kreise, aus denen sich amtierende Minister der Hindenburg-Republik rekrutieren. Für diese Zielsetzung ist es zunächst belanglos, ob der eine den ehemaligen Kronprinzen, den Helden von Charleville, der andere Rupprecht v. Bayern oder der dritte irgendeine „neutrale" Fürstlichkeit an der Spitze des Deutschen Reiches sehen möchte.

In den hier zum Ausdruck kommenden separatistischen Tendenzen spiegeln sich ernste Gegensätze im Lager der Bourgeoisie wider. Das Proletariat muß die tieferen Ursachen dieser Tendenzen (es ist schon wieder von der „Mainlinie" die Rede) völlig klar erkennen. Die Bestrebung zur Lockerung des Zusammenhangs der einzelnen deutschen Länder beruhen auf den alten Gegensätzen, die schon in der Bismarckisch-preußisch geführten Reichspolitik im hohenzollernschen Kaiserreich zutage traten. Der französische Imperialismus nutzt diese Gegensätze bewußt aus, um die Abhängigkeit Deutschlands im Rahmen des Versailler Systems zu vergrößern. Die sogenannte „süddeutsche Fronde" der Länder, die vornehmlich unter Zentrumseinfluß stehen, beruht auf dem Gegensatz der Interessen der süddeutschen Industrie- und Landwirtschaft einerseits, und den Großagrariern Ostelbiens und der westdeutschen Schwerindustrie andererseits. Die Bevorzugung der Ostelbier durch die „Osthilfe" und andere Maßnahmen der Reichsregierung, die Bevorzugung der westdeutschen Großindustrie bei der Vergebung von Subventionen aus den öffentlichen Steuergeldern rufen den schärfsten Widerspruch der süddeutschen kapitalistischen Wirtschaftskreise hervor. Als Gegenmaßnahme drohen die hinter der jetzigen Reichsregierung stehenden Junker und Barone mit der Einsetzung von Reichskommissaren gegen die widerspenstigen Länder. Hinzu kommt der alte konfessionelle Gegensatz zwischen Protestanten und Katholiken, der ja auch nur eine Widerspiegelung ökonomischer Interessen ist. Die „süddeutsche Fronde" ist nichts anderes als ein Ausdruck der verschärften Gegensätze und Widersprüche im Lager der Bourgeoisie. Es bleibt der Sozialdemokratie vorbehalten, aus diesem Kampf ökonomischer machtpolitischer Interessen im Lager der Bourgeoisie eine „Antifaschistische Aktion" Süddeutschlands gegen das Papen-Kabinett zu konstruieren, so wie es der „Vorwärts" in einem Artikel am 21 Juni tut.

Welche Formen der „Kampf" zwischen Reich und Ländern auch annehmen möge, sein Ergebnis ist die weitere Stärkung der faschistischen Gewalten im Reich und in den Ländern, zur Verteidigung der Gesamtinteressen des deutschen Finanzkapitals.

Aus diesen Zusammenhängen ergibt sich bereits das Wesentliche über den Charakter der Papen-Regierung.

Die Papen-Regierung ist eine Regierung zur unmittelbaren Aufrichtung der faschistischen Diktatur.

Die Bourgeoisie hat der Papen-Regierung zur unmittelbaren Aufgabe gestellt, die faschistische Diktatur in Deutschland zu errichten. Auf der Reichskonferenz der Spitzenfunktionäre unserer Partei wurde das Programm der Papen-Regierung bereits gekennzeichnet als „ungeheuerlich verschärfter Hunger- und Gewaltkurs", und es wurde gesagt, daß die Papen-Regierung ihr Programm durchführt,

„unmittelbar gestützt auf die faschistischen Terrororganisationen und unter Ausnutzung des reformistischen Einflusses auf entscheidende Arbeiterschichten".

Die nächsten Ziele, die die Papen-Regierung vorerst durchführen will, bestehen also in folgenden Hauptpunkten:

1. Zerschlagung der Sozialversicherung, der letzten politischen Errungenschaften der Arbeiterklasse, Beseitigung der Arbeitslosenunterstützung und die Umwandlung der Arbeitslosenversicherung in eine Bettelinstitution. Durchführung einer allgemeinen Arbeitsdienstpflicht zur Reduzierung des Lebensstandards der gesamten werktätigen Bevölkerung.

2. Vorbereitung und Durchführung des Verbotes der revolutionären Arbeiterorganisationen.

3. Offene Eingliederung der faschistischen Terrororganisationen der SA und SS in den kapitalistischen Staatsapparat zur Sicherung der ungeheuerlichen Offensive gegen das werktätige Volk mit Hilfe des entfalteten faschistischen Terrors. Verschärfter Kurs zur Militarisierung, insbesondere der Jugend (Arbeitsdienstpflicht, faschistische „Sport"organisationen usw.).

Der Inhalt der bisher erlassenen Notverordnungen zeigt den faschistischen Charakter der Papen-Regierung. Aufhebung des Uniformverbots für die nationalistischen Verbände, Stahlhelm usw., die Legalisierung der Nazimordorganisationen SA und SS und die Einführung eindeutiger Ausnahmebestimmungen gegen die Kommunistische Partei zeigen den Willen der Papen-Regierung zur Duldung, Förderung und Organisierung des faschistischen Terrors gegen die Organisationen und Einrichtungen der deutschen Arbeiterschaft. Der Abbau der Renten und Unterstützungen, Einführung neuer Massensteuern bei gleichzeitiger Entlastung der Reichen zeigt die Papen-Regierung als Sachwalterin einer kleinen Oberschicht von Millionären, Großverdienern und Spekulanten, die die faschistischen Massenorganisationen zur Sicherung ihrer ungeheuerlichen Angriffe auf die Lebenshaltung der gesamten werktätigen Bevölkerung verwendet. Die neue Uniformierung der SA und SS ist nur durchführbar, weil das Finanzkapital mit neuen Riesensummen eingriff, um die SA- und SS-Organisationen der NSDAP zur Stützung der kapitalistischen Ausbeutung und der Versailler Knechtschaft des deutschen Volkes zu stärken und auszugestalten.

Die Nationalsozialisten sind voll und ganz verantwortlich für die Politik der Papen-Regierung. Die Papen-Regierung stützt sich auf einen Pakt, den die Hitler-Göhring mit dem General Schleicher zur Durchführung der faschistischen Notverordnungspolitik gegen das werktätige deutsche Volk geschlossen haben. Keine demagogischen Manöver können die Nazführer freimachen von der Verantwortung für die Unterdrückungspolitik des Kabinetts der Bankherren, der Nazijunker und Generale. Wenn in der gegenwärtigen Regierung kein offizielles Mitglied der NSDAP vertreten ist, so ändert das nichts daran, daß die jetzigen Regierungsmänner alle die Aufgaben durchführen, in denen sich ja auch die Regierungskunst der NSDAP-Führer selbst erschöpft. Die Nazipresse hat das Papen-Kabinett begrüßt, Hitler hat offen erklärt, daß er bei Regierungsantritt nicht daran denke, die Notverordnungen aufzuheben, daß er zur Bezahlung der das Volk bedrückenden Tributschulden bereit sei, er hat seine Anhänger vertröstet auf Konferenzen, auf denen die Naziregierung die Gläubigermächte zum „Nachgeben" bringen würde. Die Politik der vom Finanzkapital finanzierten NSDAP ist also eine Politik der Verteidigung der Versailler Knechtschaft und der doppelten Ausbeutung des deutschen Volkes durch das deutsche und ausländische Finanzkapital. Die nationalsozialistischen Führer sind die unmittelbare Stütze der Regierung, die auf der Konferenz in Lausanne gemeinsam mit den gegenüber dem deutschen Volke unerbittlichen Gläubigermächten kuhhandelt um den Preis einer Teilnahme Deutschlands am Kriege gegen den einzigen Arbeiterstaat, die sozialistische Sowjetunion. Die NSDAP ist die Stütze einer Regierung, die unverhüllt ihre Bestrebungen zur Herbeiführung eines französisch-deutschen Kriegsbündnisses gegen die Sowjetunion und gegen den Feind im inneren Land, d. h. gegen das revolutionäre Proletariat und seine Führerin, die Kommunistische Partei, erkennen läßt.

Die Sozialdemokratie, die durch die fortgesetzte Tolerierung der Brüning-Regierung und durch die Hindenburg-Wahl die Voraussetzungen geschaffen hat für die Aufrichtung des Diktaturregimes der Junker, Generale und Industriekapitäne, ist neben den Nazis, die die unmittelbare Stütze dieser Regierung sind, die mittelbare Stütze des Papen-Kabinetts. Dadurch, daß die SPD und ADGB-Führer entscheidende Schichten der Arbeiterklasse noch zu beeinflussen vermögen, sie vom Kampf abhalten und die Arbeiterklasse durch fortgesetzte und verschärfte Hetze gegen die Kommunistische Partei, gegen die revolutionäre Einheitsfront und gegen die Sowjetunion schwächen, wirkt die Sozialdemokratie nach wie vor als soziale Hauptstütze der Bourgeoisie.

Unsere Partei, die Kommunistische Partei Deutschlands, steht im schärfsten Kampf gegen alle bürgerlich-kapitalistischen Parteien, von der SPD bis zu den Nationalsozialisten. Unsere Partei vertritt die Interessen aller ausgebeuteten und werktätigen Schichten, sie setzt sich zusammen aus opferbereitesten Vorkämpfern des Proletariats. Wir sind die einzige Partei des Freiheitskampfes des deutschen Volkes gegen Versailles, Young- und Kapitalsklaverei. Wir fühlen uns in unserem Freiheitskampfe verbunden mit den Freiheitskämpfern, die in der ganzen Welt unter dem Banner der proletarischen Revolution und des Sozialismus kämpfen, insbesondere mit den Arbeitern und Bauern der Sowjetunion, die den Sozialismus aufbauen. Wir wundern uns nicht darüber, daß die Regierung der deutschen Faschisten es wagt, die Kommunisten außerhalb der Gesetze zu stellen mit der „Begründung", die Kommunistische Partei Deutschlands sei „keine deutsche Partei". Wir machen aber die Massen darauf aufmerksam, daß die Kommunisten außerhalb der Gesetze gestellt werden sollen in einem Moment, wo die Regierungsvertreter der deutschen Bourgeoisie in Lausanne mit den Gläubigermächten auf dem Rücken des deutschen Volkes kuhhandeln, in einem Moment, wo die deutschen Faschisten Südtirol, Danzig usw. zu politischen Schachergeschäften mit dem ausländischen Faschismus mißbrauchen.

Je tiefer die kapitalistische Mißwirtschaft die werktätigen Massen ins Elend treibt, desto entschlossener und mutiger werden die Kommunisten den Massen das Freiheitsbanner des Sozialismus, den Kampf auf der Linie unseres Programms zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes vorantragen.

Terroraktion der SA in Berlin-Steglitz

Berlin, 25. Juni.

Gestern abend erlebte die Steglitzer Arbeiterschaft zum erstenmal eine organisierte „Strafexpedition" der uniformierten und schwer bewaffneten SA-Banditen. Die Nazis hatten aus ganz Berlin ihre Stürme zusammengezogen und terrorisierten, etwa 1500 Mann stark, die Arbeiterbevölkerung. Die einzelnen Mordtrupps der Nazis wurden von SA-Führern in Autos befehligt. Die Banditenführer saßen deswegen im Auto, um schneller verduften zu können.

Das Parteilokal Kröger in der Teltow-Kanal-Straße wurde von etwa 150 SA-Banditen gestürmt. Zwei im Lokal befindliche Arbeiter wurden durch Schüsse schwer verletzt. Einen weiteren Angriff unternahmen die Nazi-Mordbanden auf das Lokal Albrecht in der Gerberstraße, wobei ein Arbeiter angeschossen wurde. Hier gelang es, den Mord-Nazi Stein mit der Pistole in der Hand zu verhaften.

Die Grzesinski-Polizei war rechtzeitig von dem Nazi-Terror unterrichtet. Trotzdem erschien sie erst, als der Ueberfall vorbei war und konnte nur noch etwa 20 schwerbewaffnete Nazis verhaften. Auf die Nachricht von dem Ueberfall hin

sammelten sich überall die Arbeiter. Es wurde sofort und spontan von Reichsbanner- und Kampfbund-Kameraden ein gemeinsamer Abwehrdienst organisiert.

Antifaschistische Aktion in Zeitz

(Arbeiterkorrespondenz)

In einer überfüllten Massenversammlung sprach der Genosse Paul Suhr vor sozialdemokratischen, SAP- und kommunistischen Arbeitern. Seine Ausführungen, die klar und eindeutig die Ereignisse der letzten Tage und die ungeheure Zuspitzung der Lage anzeichneten, gipfelten in der Aufzeigung der Notwendigkeit der Bildung des einheitlichen Massenselbstschutzes für das Arbeiterleben gegen Hunger und Terror. 14 weitere Arbeiter wurden aus dieser Massenversammlung als Delegierte zu der am Sonntag, dem 3. Juli, stattfindenden Einheitskonferenz der Antifaschistischen Front in Zeitz gewählt.

Nazis drohen mit Bartholomäus-Nacht

(Eig. Bericht.) Leipzig, 25. Juni.

In einer Naziversammlung, in der ein gewisser Wiegand sprach, gebrauchte der Nazihäuptling unter tosendem Beifall seiner SA-Banden folgende Formulierung:

„Der Reichsinnenminister dürfe sich nicht auf der Nase herumtanzen lassen, er müsse energisch gegen süddeutsche Separationsbestrebungen vorgehen. Wenn er nicht imstande sei, den roten Mordterror zu bannen, dann solle er die Regierung an die Nationalsozialisten abgeben oder die SA bewaffnen, dann werde es in einer Nacht mit dem roten Novemberspuk zu Ende sein."

Weiter drohte der Nazihäuptling, daß nach dem 31. Juli sofort die Arbeitsdienstpflicht eingeführt würde und daß man den Parlamentarismus endgültig erledigen werde.

Antifaschistische Aktion, Massenselbstschutz gegen die Terrorbanden der braunen System-Armee werden den großschnauzigen Bandenführern schon beweisen, daß sie in Deutschland keine Bartholomäusnacht durchführen können. Die rote Einheitsfront der Arbeiterklasse wird um so fester geschmiedet!

Die politische Amnestie endgültig beschlossen

(Eig. Meldg.) Berlin, 24. Juni.

Mit den Stimmen der Kommunisten, der Nazis und Deutschnationalen wurde am Freitag das Amnestiegesetz in 3. Lesung mit einigen unwesentlichen Aenderungen, die erforderlich schienen, um erneut vorgebrachte verfassungsrechtliche Bedenken der SPD und des Zentrums zu beseitigen, angenommen. Durch die jetzige Fassung des Gesetzes dürfte es der Mehrheit der Weimarer Koalition im Staatsrat schwer sein, für einen Einspruch gegen das Gesetz eine rechtliche Begründung zu finden. Falls trotzdem Einspruch gegen das Gesetz erhoben wird, dürfte der Landtag in seiner Tagung vom 6.—8. Juli erneut zum Amnestiegesetz Stellung nehmen.

Arbeitsdienstpflicht in Preußen abgelehnt

Die Nazis hatten beantragt, daß der Landtag eine Entschließung annehmen solle, die die Reichsregierung auffordert, die allgemeine Arbeitsdienstpflicht einzuführen. Die Abstimmung ergab eine blamable Niederlage für die Nazis.

Die Einführung der Arbeitsdienstpflicht wurde mit 200 Stimmen der Kommunisten, Sozialdemokraten und des Zentrums gegen 198 Stimmen der Nazis, Deutschnationalen und der Volkspartei abgelehnt.

Ein Antrag der Kommunisten, den Gemeinden die zur Wiedererhöhung der Unterstützung erforderlichen Mittel zu überweisen und die Rückerstattungspflicht für Wohlfahrtsunterstützungen aufzuheben, wurde von der SPD in trauter Gemeinschaft mit allen faschistischen Parteien gegen die Stimmen der Kommunisten abgelehnt.

Nazi-Straßer muß Farbe bekennen

Berlin, 25. Juni.

Da der Vorsitzende des Ueberwachungsausschusses des Reichstages, der Naziführer Straßer, auf die Forderung der KPD und anderer Parteien auf Einberufung des Ausschusses bisher beharrlich schwieg, hat der Reichstagspräsident Löbe jetzt selbst den Ausschuß einberufen. Die KPD hat u. a. den Antrag auf Aufhebung der Papen-Notverordnungen gefordert.

SA schießt Arbeiter nieder

(Eig. Drahtm.) Berlin, 24. Juni.

In der Nacht vom Donnerstag zum Freitag gegen 22 Uhr überfiel im Zentrum Berlins eine SA-Abteilung plötzlich eine Anzahl Arbeiter. Drei antifaschistische Arbeiter, darunter ein 17jähriger Jugendgenosse, wurden schwer verletzt. Der Ueberfall wurde nicht etwa anläßlich einer Demonstration unternommen. Die überfallenen Arbeiter wurden plötzlich beschossen.

In Braunschweig wurden in einem Vorort große Sprengstoffmengen beschlagnahmt. Wahrscheinlich handelt es sich um ein nationalsozialistisches Sprengstofflager.

In Siam soll es nach in Berlin eingetroffenen Meldungen zu einem militärischen Putsch gekommen sein. Die Aufständischen wollen den Absolutismus beseitigen.

Der Vorsitzende der Bayrischen Volkspartei, Staatsrat Schäffer, hielt in München eine Rede, in der er die gewaltsame Verteidigung Bayerns gegen die Reichsregierung proklamierte.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019320625-19/fragment/page=0002

Zuspitzung auf dem Welthandels-Kriegsschauplatz

Der Welthandelskrieg aller kapitalistischen Länder gegen alle hat jetzt ein solches Ausmaß angenommen, daß von Welthandel kaum noch die Rede sein kann. Jeder Monat bringt neue Tiefstände für jedes kapitalistische Land. Jeder Monat bringt neue Einfuhrhindernisse, Einfuhrverbote, Devisenbeschränkungen, Zölle usw.

Noch intensiver aber als der Welthandelskrieg als ganzer ist der Außenhandelskrieg, den der deutsche Kapitalismus führt, und der gegen den deutschen Kapitalismus geführt wird. Die deutsche Ausfuhr ist in den letzten Monaten weit stärker noch als der Welthandel gesunken, Deutschland hat infolge seiner besonders erschütterten Wirtschaftslage in den letzten Monaten mit noch brutaleren Mitteln in den Welthandelskrieg eingegriffen als die übrigen kapitalistischen Hauptmächte, und auf der anderen Seite konzentrieren eine ganze Reihe von Ländern in der letzten Zeit ihre Angriffe gerade auf Deutschland.

Allein in den letzten drei Wochen sind folgende wichtigen Ereignisse vom Welthandelskriegsschauplatz zu vermelden, die direkt Deutschland betreffen:

Anfang Juni beschließt das holländische Parlament, daß die Regierung das Recht hat, gegen Deutschland eine Einfuhrsperre zu verhängen.

Wenige Tage darauf beschließt Litauen, seinen Kohlen- und Eisenbedarf statt wie bisher aus Deutschland von nun an in England zu decken.

Am nächsten Tag fordert der Verband deutscher Reeder deutsche Vergeltungsmaßnahmen gegen Portugal, weil dieses Zollbegünstigungen für Waren gibt, die auf portugiesischen Schiffen befördert werden.

Wieder einige Tage später, Mitte Juni, werden die deutschen Holzzölle um das Zweieinhalbfache erhöht, eine Maßnahme, die sich insbesondere auch gegen die Sowjetunion richtet.

Noch ein paar Tage später erklärt die Regierung, daß alle Zollermäßigungen für die Einfuhr von Weizen fallen und daß Roggen überhaupt nicht mehr eingeführt werden soll.

Am gleichen Tage kommt die Meldung, daß die deutsche Ausfuhr nach Dänemark wieder bedeutend zurückgegangen ist.

Gleichzeitig wird eine immer mehr steigende Verstimmung aus Italien wegen der Beschränkung der Frucht- und Gemüseeinfuhr nach Deutschland gemeldet.

Und zu alldem kommen jetzt noch die neuesten Erklärungen des Reichsernährungsministers über die neue Schutzzollpolitik, die die Einfuhr von wichtigen landwirtschaftlichen Waren noch weiter beschränken wird. Das aber würde eine neue Boykottwelle gegen Deutschland, vor allem seitens Hollands, Dänemarks, der baltischen Randstaaten und Italiens bedeuten, die die deutsche Ausfuhr nochmals mehr als halbieren würde.

Von diesem Welthandelskrieg hinter Zollmauern, der die Gegensätze der imperialistischen Weltmächte immer mehr verschärft, führt aber ein dialektischer Weg zur Einigung, um gemeinsam den größten Markt, den es heute gibt, zu erobern: die Sowjetunion. Der Welthandelskrieg bedeutet nicht etwa eine Ablenkung vom Krieg gegen die Sowjetunion. Ganz im Gegenteil, er führt zu ihm als „Ausweg" für den niedergehenden Imperialismus.

Stadt Warschau zahlungsunfähig

Ueber 1000 Arbeiter verhaftet

O.E. **Warschau**, 24. Juni. Der Warschauer Magistrat sieht sich nicht in der Lage, die am 1. Juli d. J. fällig werdende Rate von 400 000 Dollar für Zinsen und Amortisation der 1926 in Amerika aufgenommenen Anleihe zu zahlen. Der Magistrat hat sich an die polnische Regierung um Hilfe gewandt.

Wegen der Nichtauszahlung von Arbeitslosenunterstützung kam es in den letzten Tagen wiederholt zu schweren Zusammenstößen mit der Polizei. Nunmehr wurden im nördlichen Arbeiterviertel mehr als 1000 Arbeiter verhaftet.

Englischer Raubzug in Süd-China

Die südchinesischen Sowjetgebiete bedroht! — Tschangkaischek kuhhandelt mit den Räubern

Schanghai, 24. Juni. Die in chinesisches Gebiet eingedrungenen tibetanischen Truppen haben gut ausgerüstet und unter dem Befehl englischer Offiziere bei Jaiju (20 Reisetage von Sinin, Provinz Setschuan) Stellung bezogen. Die chinesischen Truppen, die gemischt sind, sich ihnen entgegenzuwerfen, leiden Mangel an Lebensmitteln und Munition, da sie von der Nankinger Zentralregierung keinerlei Vorräte erhalten. Die Tschangkaischek-Regierung hat einen Unterhändler nach Setschuan gesandt.

Tibet steht zwar formell unter chinesischer Oberhoheit, tatsächlich sind jedoch dort seit 1914 die englischen Residenten die Herren. Der Dalai Lama, Tibets buddhistischer Kirchenfürst, ist nur ihr Werkzeug, um die britische Machtsphäre auf ein geplantes Groß-Tibet bis zur mongolischen Grenze zu erweitern. Diesen Zwecken dient der schon seit fast zwei Jahren geführte Krieg Tibets gegen die chinesischen Außenbezirke Sin-hai und Tschuan-pien, welche die Tibetaner zu einem großen Teil erobert haben. In der letzten Woche wurden nun die gesamten Streitkräfte Tibets (20 000 Mann Feldtruppen und 100 000 Mann Miliz) mobilisiert, gleichzeitig wurde der britische Vasallenstaat Nepal um Hilfe angegangen, um wichtige südchinesische Provinzen für England zu erobern, um die imperialistische Aufteilung Chinas nach dem Raub der Mandschurei durch Japan und dem Schanghai-Abenteuer weiter fortzuführen.

Tschangkaischek, dessen Berater größtenteils Engländer sind, ist nicht gewillt und auch nicht in der Lage, dem britischen Einfall auf chinesisches Gebiet ernsthaften Widerstand entgegenzusetzen. Davon zeugt die Tatsache, daß die Nankinger Zentralregierung ihre kampfgewillten Truppen ohne Nahrungsmittel läßt und einen Unterhändler zu den tibetanisch-englischen Räubern geschickt hat. Vermutlich wird sich Tschangkaischek, dieser Held des nationalen Verrats, mit dem Raub weiterer chinesischer Gebietsteile abfinden, wenn England ihm dafür Hilfe gegen die bisher unüberwindlich starken südchinesischen Sowjetgebiete mit ihren 60 Millionen befreiter Arbeiter und Bauern verspricht.

Die zentrale Sowjetregierung und die chinesischen Kommunisten sind ebenso wie in Schanghai und der Mandschurei auch hier wieder die einzigen, die das chinesische Volk zum nationalen Befreiungskampf gegen die imperialistischen Raubgelüste mobilisieren.

Verteidigt die Legalität der kommunistischen Parteien!

Prag, 24. Juni. Nach der Auflösung der Roten Hilfe und Arbeiterhilfe, der Solidaritätsausschüsse und des Kommunistischen Jugendverbandes beginnt nun die Regierung mit dem Angriff auf die Kommunistische Partei.

In Mukacevo (Karpathoukraine) fand im Parteisekretariat eine Haussuchung statt, mit dem von der Polizei angegebenen Zweck, Material zu beschlagnahmen, welches zur Einleitung eines Strafverfahrens gegen die „staatsgefährliche" Tätigkeit der Partei erforderlich ist. Nach einer gründlichen Haussuchung wurden einige Broschüren, ein Vervielfältigungsapparat und Rundschreiben des ZK. beschlagnahmt.

Prozeß gegen das ZK. der KP. Bulgariens

Sofia, 24. Juni. Die Verteidiger im Konfardschiewprozeß veröffentlichen in der Presse folgende Erklärung:

„Wie das Gebäude des Kreisgerichtes, so waren auch die Korridore und der Gerichtssaal mit Geheimpolizisten und Gendarmen überfüllt. Alle Besucher des Gerichts einschließlich der Verteidiger, wurden von den Polizisten durchsucht. Das Gericht war von einer Nervosität beherrscht, die keine Garantie für die regelrechte Führung und Beurteilung des Prozesses gewähren konnte. Ueber sehr wichtige Fragen wurde nicht nur den Angeklagten, sondern auch den Verteidigern das Wort verweigert. Anweisungen und ihre Durchführung, welche allein Kompetenz des Gerichtsvorsitzenden sind, wurden von der Polizei gegeben und durchgeführt. Die Polizisten hinderten im Gerichtssaal und vor den Augen des Vorsitzenden Angeklagte am Sprechen, schlugen sie blutig und warfen manche ohne Beschluß des Gerichtes aus dem Saal hinaus."

Wegen dieser skandalösen Auftritte legten bekanntlich die Verteidiger die Verteidigung nieder und verließen zum Zeichen des Protestes den Saal. Die obige Erklärung, die von allen sieben Verteidigern unterzeichnet ist, stellt ein geschichtliches Dokument über einen Prozeß dar, bei dem zwölf Angeklagte zu 111 Jahren Kerker verurteilt wurden.

Die französische Anleihe an Polen

OE. **Warschau, 24. Juni.** Wie die Agentur „Prez" meldet, soll die französische Regierung bereit sein, vorläufig 100 Millionen französische Franks für den weiteren Bau der Eisenbahnlinie Oberschlesien-Gdingen zur Verfügung zu stellen. Die Polen hätten 250 Millionen Franks verlangt. Man erwarte, daß eine Einigung auf der Grundlage einer Anleihe im Betrage von 200 Millionen Franks zustande kommen werde, die in zwei Raten zu je 100 Millionen Franks gezahlt werden solle. Verhandlungen in Paris und Lausanne sollen vor dem Abschluß stehen.

Hungermarsch in Oesterreich

Wien, 24. Juni. Der gestern in Oesterreich durchgeführte Hungermarsch der Erwerbslosen wurde trotz vielfacher Verbote zu einem großen Erfolg. Eine mächtige Kundgebung wurde in Graz durchgeführt. Der Hungermarsch nach Graz war verboten, nur die Demonstration in der Stadt selbst war erlaubt. An der Kundgebung nahmen über 3500 Arbeitslose teil. Als sich nach der Kundgebung ein Demonstrationszug formierte, schritt die Polizei mit Gummiknüppeln ein und ritt mehrere Attacken gegen die Demonstration. Die Arbeiter antworteten mit Steinwürfen und vertrieben vielfach die Polizei. Fünf Polizisten und ein Geheimpolizist wurden verletzt. Die Polizei nahm vierzig Verhaftungen vor.

In Wien riegelte die Polizei mit einem riesigen Aufgebot die innere Stadt strategisch ab und hielt jeden zur Legitimierung an. Trotzdem konnte am Mittag ein Redner am Stephansplatz unter lebhaftem Beifall der Demonstranten eine kurze Rede halten. Die Polizei hat in Wien 250 Verhaftungen vorgenommen.

22 Prozent in Amerika arbeitslos

TP. **Newyork, 24. Juni.** Die Zahl der Arbeitslosen wird von den Gewerkschaften in niedrigster Schätzung mit 10 600 000 angegeben, das sind etwa 22 Prozent der arbeitenden Bevölkerung überhaupt.

Der [illegible] hof im Saargebiet sieht sich nach zweimähriger Verhandlung für die Entscheidung im Konflikt Memel-Litauen für zuständig erklärt.

Theodor Plivier:

Der Kaiser ging, die Generale blieben

Copyright by Malik-Verlag, Berlin.

Fortsetzung

Schorsch steht auf einem Stuhl:

„So wie 1917 darf es nicht wieder kommen. Aber allein können wir nichts machen. Darum müssen wir morgen die Gelegenheit benutzen! Wir versammeln uns alle auf dem „Exer", und nachher marschieren wir nach der Feldstraße und holen unsere Kameraden aus dem Bunker raus!"

„Die dumme Bande, die machen doch nicht mit!"

„Das ist doch kein Zusammenhalt!"

„Eben deswegen — hier die Zettel, die nehmen wir mit an Bord und legen sie den anderen in die Hängematte rein! Und morgen stellen wir uns an die Spitze!"

„Einer muß den Anfang machen!"

„Kameraden, wenn wir den letzten Dampfer noch kriegen wollen, dann wird's aber jetzt Zeit!"

„Ja, wir kommen schon!"

Die Zettel werden verteilt, auch Papendieck steckt sich einen ein. Dann zahlen sie und verlassen die Kneipe.

Eine halbe Stunde später legt der kleine Hafendampfer längsseits SMS. „Großer Kurfürst" an. Die zurückkommenden Urlauber gehen das Fallreep hoch, geben dem odenstehenden Posten ihre Urlaubskarte ab und gehen nach vorn in die Kasematten. Papendieck, der von Wilhelmshaven kommt und einige Wochen nicht an Bord war, muß sich beim wachthabenden Offizier zurückmelden. Auf der Steuerbordschanze findet er ihn, den Oberleutnant Freiherrn von und zu Gutenek.

„Matrose Papendieck meldet sich an Bord zurück!"

„Wo kommen Sie denn her?"

„Aus Wilhelmshaven!"

Der Ton des Offiziers wird schärfer:

„Was haben Sie da gemacht?"

„Ich komme aus dem Urlaub!"

Dem Freiherrn fällt der Tagesbefehl ein, der auf „die ernsten Vorkommnisse der letzten Zeit in der Flotte" hinweist und von den Vorgesetzten ein „wohlwollendes, helfendes Eingehen auf alle Sorgen und Tagesnöte der Untergebenen" verlangt.

Und er fragt:

„Haben Sie Hunger?"

Papendieck starrt den Offizier an. Er begreift den Sinn der Frage nicht gleich, er glaubt, daß er zu einer unvorsichtigen Entgegnung verleitet werden soll. Er denkt auch an die Flugzettel, die er bei sich trägt, und schweigt.

„Na ja, seien Sie doch nicht so schwerfällig, nu sagen Sie schon, was Sie wünschen! Wollen Sie Butter und Wurst oder wollen Sie lieber Speck haben?"

Papendieck zögert, dann antwortet er:

„Butter und Speck, Herr Oberleutnant!"

Der Oberleutnant schreibt ein Ticket aus:

„Da, gehen Sie damit zum Bottelier! Er soll Ihnen den Proviant sofort aushändigen!"

Papendieck schlägt die Hacken zusammen, macht eine stramme Kehrtwendung und geht nach mittschiffs in die Proviantluft hinunter. Er erhält trotz der späten Stunde noch Butter und ein Stück Speck.

Damit geht er in die Kasematte.

Die Hängematten sind schon ausgespannt. Eine Anzahl Matrosen sitzen noch darunter und unterhalten sich leise über die letzten Ereignisse an Land. Papendieck geht mit seinem Proviant unter die Lampe. Er riecht an dem Speck und kostet die Butter, dann schüttelt er langsam den Kopf: „Tatsächlich, der Speck ist in Ordnung und richtige gute Butter! Jetzt glaube ich wirklich, daß es „jowelt" ist!"

Der nächste Tag ist ein Sonntag.

Mittags: „Beurlaubte, Musterung!"

Hafendampfer und Motorbarkassen, die vollbesetzte Boote hinter sich herschleppen, bringen die von den Schiffen Beurlaubten an Land.

Auf den Landungsbrücken dasselbe Bild wie immer.

Da stehen die Mädchen und winken den näherkommenden Booten schon von weitem zu. Die Fahrzeuge legen an den Brücken an und machen fest. Truppweise springen die Matrosen an Land — flatternde Mützenbänder, erste Garnitur, blau. Die Matrosen zählen nach Hunderten, die auf der Brücke wartenden Mädchen nur nach Duzenden. Die wenigen, die einen der Mädchen begrüßen können, tun mächtig stolz gegenüber ihren Kameraden, die Bemerkungen hinter den Paaren her machen.

„Die Blonde da, die sieht vielleicht keß aus!"

„Fiete hat sich aber einen Feger angeschafft!"

„Und die mit dem Ali — klein, aber oha!"

Bis der nächste Dampfer anlegt, neue zweihundert oder dreihundert Mann an Land setzt und das Bild sich wiederholt, sind die ersten schon in dem angrenzenden Stadtviertel verschwunden. Wie immer stehen Zigarettenhändler auf den Brücken herum. Heilsarmeeschwestern bieten den „Kriegsruf" an. Wie immer streifen Matrosenpatrouillen mit umgehängtem Gewehr im Gänsemarsch durch die Straßen des Hafenviertels. Nur werden sie nicht mehr so exakt wie früher von den Vorbeikommenden gegrüßt. Die Patrouillenführer halten auch niemand mehr wegen unmilitärischen Grüßens an. Sie sehen darüber hinweg, daß einzelne Matrosen nicht vorschriftsmäßig angezogen sind, daß sie ihre Mützen in Genick tragen oder die Hände in den Hosentaschen behalten. Und noch etwas ist anders als sonst, aber das scheint bedeutungslos und wird kaum bemerkt. Die Patrouillen werden nur noch von Deck-Unteroffizieren, keine mehr von einem Seeoffizier angeführt. Ueberhaupt ist in der Stadt, die sonst von Matrosenoffizieren wimmelt, an diesem Sonntag kaum einer zu sehen.

Bonczyk und Schorsch haben sich verabredet, gemeinsam an Land zu gehen. Aber Schorsch hat mit dem Dampfer nicht fahren können, weil er an Bord bleiben sollte und keine Urlaubskarte bekam. Etwas später hat er sich in eine Dampfpinasse eingeschmuggelt, die an Land fuhr, um einen Offizier von der Brücke abzuholen.

Auf der Brücke trifft er Bonczyk.

„Mensch, da bist du ja, Schorsch!"

„Ich habe keine Karte gekriegt, ich sollte an Bord bleiben! Aber die Pinasse hat mich mit rübergenommen! So, und jetzt machen wir einen kleinen Zug durch die Kneipen. Wir wollen mal sehen, was die Kulis heute machen, und nachher gehen wir in den „Reichspfennig"! Der „Reichspfennig" ist das Verkehrslokal des III. Geschwaders, in dem die Mannschaften der zum Verband gehörenden Schiffe sich treffen.

Die beiden steigen die Treppe zum Düsternbrooker Weg hoch und schlagen die Richtung nach der inneren Stadt ein. Am Vereinshaus des Kaiserlichen Yachtklubs und einigen in vornehmer Abgeschlossenheit liegenden Villen kommen sie vorbei.

Fortsetzung folgt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-166915610193206 25-19/fragment/page=0003

RUND UM DEN ERDBALL

Wo der Frauenmörder sein Handwerk erlernt

Der Krieg als Lehrmeister

Wien, 24. Juni. In der heutigen Verhandlung schilderte der Frauenmörder Laudenbach sein Leben. Er erzählt, daß er während des Krieges in der österreichisch-ungarischen Armee gekämpft hat. Er hat den Feldzug nach Serbien mitgemacht und sich hier mehrere Auszeichnungen und Tapferkeitsmedaillen erworben. In Serbien — so erzählt er — hat er auf Veranlassung seines Offiziers mit eigener Hand mehrere Bauern gehenkt. Und für diese seine „Heldentat" wurde ihm eine besondere Auszeichnung zuteil. Dieses Handwerk hat er dann während des ganzen Krieges getrieben, immer unter Assistenz des Feldgeistlichen.

Auch heute betont er seine besondere Frömmigkeit und legt auch ein Zeugnis des Pfarrers seines Kirchensprengels bei. Der Pfarrer stellt ihm ein besonders lobendes Zeugnis aus. Jawohl, der Massenmörder Laudenbach war stets ein biederer, bigotter, rechtschaffender Mann.

Nach ihm wird seine Frau vernommen. Sie habe nur die Befehle ihres Mannes ausgeführt. Auf die Frage des Vorsitzenden, ob sie sich schuldig bekennt, antwortet sie mit einem lauten Nein. Sie habe wohl die Leichen zerstückelt und in Koffer verpackt, aber alles nur, weil ihr Mann es so von ihr verlangt habe. Sie habe ihm doch am Altar Treue und Gehorsam gelobt.

Als den Höhepunkt der Verhandlung erwartet man die Vernehmung des 6jährigen Kindes des Mörderpaares.

Gastod aus Not

München, 24. Juni. In der Küche seiner Wohnung in der Spruner Straße in München wurde am Donnerstag ein 52 Jahre alter Bauhilfsarbeiter tot aufgefunden. Neben ihm lag eine 53 Jahre alte Frau, mit der er im gemeinsamen Haushalt lebte, ebenfalls tot. Die beiden hatten sich aus wirtschaftlicher Not mit Gas vergiftet. Ein neun Jahre altes Pflegekind war von den beiden Leuten am Abend vorher in das Schlafzimmer gebettet worden. Damit das Kind durch das Gas keinen Schaden nehme, öffneten sie die Fenster des Schlafzimmers. Als das Kind am nächsten Morgen die Küche betrat, fand es seine Pflegeltern tot auf.

Aufbau!

TU. **Moskau**, 24. Juni. Der Rat der Volkskommissare der Sowjetunion hat für den Ausbau neuer Eisenbahnlinien drei Milliarden Rubel bewilligt. Außerdem hat er 900 Millionen Rubel für die Anlage von Straßenbahnen in Städten, wo die Bevölkerungszahl 100 000 überstiegen hat, zur Verfügung gestellt.

Menschenfresser huldigen dem Papst

Sie schicken ihm einen heidnischen Altar, der mit sechs Menschenschädeln „geschmückt" ist

Die Korrespondenz „Funk" meldet aus Rom: Ein Stamm von Menschenfressern aus Neu-Guinea hat dem Papst ein Geschenk dargebracht, wie er es wohl noch nie erhalten hat. Der Stamm sandte dem Papst

einen heidnischen Altar, der von den Anbetern mit sechs Menschenschädeln geschmückt

worden ist. Diese Schädel waren den Stammesgöttern als Opfer dargebracht worden, nachdem man den Körper verspeist hatte.

Gerichtsvollzieher und drei Polizeibeamte bei einer Pfändung ohnmächtig geschlagen

TU. Cochem, 24. Juni. In dem benachbarten Eifelneburen kam es zu schweren Ausschreitungen, als ein Vollziehungsbeamter unter dem Schutz zweier Landjäger und eines Polizeibeamten Pfändungen vornehmen und gepfändetes Vieh aus dem Stall holen wollte. Die Beamten wurden angegriffen und ihnen Sand in die Augen gestreut, so daß sie wehrlos wurden. Dann fielen die Einwohner mit schweren Gegenständen über die Beamten her und schlugen solange auf sie ein, bis sie ohnmächtig liegen blieben.

Das Wrack eines Flugzeuges aufgefunden

TU. **London**, 24. Juni. Wie aus St. Johns auf Neufundland gemeldet wird, ist bei Kap Norman das Wrack eines Flugzeuges aufgefunden worden. Man glaubt, daß es sich um die Maschine des Neufundländer Fliegers Sullivan und seines Begleiters Dr. Kuehnert handelt, die seit dem 30. Mai vermißt werden. Von den beiden Fliegern ist bisher keine Spur zu finden.

Lustmord an einer Fünfzehnjährigen

Pissen, 23. Juni. Die 15jährige Tochter des Arbeiters Kornbal wurde in einem Kornfeld in einer Blutlache liegend tot aufgefunden. Die Tote war an Händen und Füßen gefesselt und wies Stichwunden am Hals auf. Es wurde festgestellt, daß das Mädchen von einem Unbekannten vergewaltigt worden war.

In den Alpen verunglückt

TU. **Paris**, 24. Juni. In den französischen Alpen in der Nähe von St. Nizier bei Grenoble wurden am Donnerstag zwei Grenobler Studenten und eine Studentin bei der Besteigung des Dreijurgfernberges von einem Erdrutsch überrascht. Die junge Studentin, eine Deutsche namens Fischer, wurde dabei von einem Felsblock so unglücklich getroffen, daß sie bereits bei ihrer Ueberführung ins Krankenhaus starb. Die beiden Studenten blieben unverletzt.

Blühende „Industrie"

Sargindustrie im Aufschwung / Selbstmorde / Hungertod
Luxus- und Nachtlokale

Es gibt doch noch Industrien, die florieren. In einer ungarischen Zeitschrift wurde dieser Tage festgestellt, daß sich die Zahl der Selbstmorde ungeheuer vermehrt hat. In Budapest selbst werden täglich Unzählige aus der Donau gezogen. Die Gasgesellschaft beklagt sich darüber, daß sie ungeheuren Schaden dadurch erleidet, daß „die armen Schichten kein soziales Empfinden haben und bei Selbstmorden die Gasgesellschaft nicht berücksichtigen". Sie lassen nämlich die Gashähne offen, und es dauert oft zwei bis drei Tage, bis man die Selbstmorde entdeckt. Während dieser Zeit strömen große Mengen Gas aus und die Gasgesellschaft kann sich an niemanden halten, um den erlittenen Schaden einzubringen, denn die meisten Selbstmörder hinterlassen buchstäblich gar nichts. Die Gasgesellschaft fordert daher von der Regierung, daß sie einen strengen Erlaß gegen den Selbstmord mit Gas herausgibt. Wenn man schon Selbstmord begeht, dann solle man wenigstens die Gasgesellschaft berücksichtigen.

In den ungarischen Dörfern hat ein ungeheures Sterben um sich gegriffen. Die Bauern sind noch primitive Menschen. Sie greifen nicht zum Selbstmord, sondern siechen langsam dahin und verhungern. In letzter Zeit freilich warten die Bauern nicht mehr aufs Verhungern, sondern greifen zur Selbsthilfe. In allen Dörfern Ungarns kommt es zu Revolten und Bauernaufständen. Die Bauern und Landarbeiter haben erkannt, daß man in diesem reichen Lande nicht verhungern muß, sondern daß es Mittel und Wege gibt, um sich vor dem Verhungern zu schützen, ja um sich eine menschenwürdige Existenz zu sichern.

Für jeden Fall haben die Selbstmorde und das Massensterben bewirkt, daß die Sargindustrie geradezu in Blüte steht. Und neben der Sargindustrie ist eine weitere Industrie „aufgeblüht": die Bettelei. Die ungarische Regierung hat nämlich einen Erlaß herausgegeben, wonach den Arbeitslosen, die sich dessen „würdig" zeigen, behördliche Bettellizenzen ausgestellt werden. Die Stadt Budapest ist heute von Bettlern geradezu überschwemmt. Die Unzahl von Bettlern gibt dem Stadtbild das Gepräge.

Und während im ganzen Lande die Not ungeheure Dimensionen angenommen hat, Selbstmorde, Hungerepidemien und Bettelei um sich greifen, werden täglich neue Luxus- und Nachtlokale eröffnet, führen Junker, Finanzmagnaten und Offiziere ein Schlemmerdasein, wie kaum je zuvor. Die scharfen Gegensätze zwischen Luxus und unsäglicher Armut sind kraß und augenscheinlich.

Nun muß man sich eines vor Augen halten: Ungarn ist gewissermaßen das älteste Dritte Reich, das Vorbild Mussolinis sowohl, als auch Hitlers. In Ungarn sind schon seit 13 Jahren die dortigen Nazis am Ruder, und sie haben es so weit gebracht, daß die breitesten Volksmassen elend zugrunde gingen, daß Seuchen, Epidemien als Folge von Hunger und Not das ganze Land erfaßt haben.

Aber schon hört man im ganzen Lande das Donnergrollen der herannahenden Revolution. Die ungarischen Arbeiter und Bauern erheben sich gegen das mordende Dritte Reich.

Ein Schädling und Provokateur

Wie man in der Sowjetunion gegen korrupte Elemente vorgeht

Immer wieder schleichen sich in den Sowjetapparat konterrevolutionäre und korrupte Elemente ein, mit der festen Absicht, den gigantischen sozialistischen Aufbau zu stören. Wie man da gegen Korruption vorgeht, beweist der folgende Bericht, den wir der in Moskau in deutscher Sprache erscheinenden „Deutschen Zentral-Zeitung" entnehmen.

Zielbewußte Schädigung

Am 26. Mai besuchte uns ein Delegierter aus dem Ruhrgebiet, um die Verhältnisse in Amerikanka zu studieren, damit er in Deutschland die erbärmlichen Lügen der früher bei uns arbeitenden Faschisten Koch und Heim entlarven könne. Am selben Tage stellte Krumholz in unserer Kooperative eine Kiste Eier zur Schau, lehnte es aber kategorisch ab, sie zu verkaufen, weil ihm von Stalino angeblich die Preise nicht mitgeteilt worden wären. Ihm gefiel eben die gute Stimmung des deutschen Kollektivs nicht, er versuchte, mit solchen provokatorischen Mitteln eine schlechte Stimmung zu schaffen, die auch die ausländischen Delegierten bemerken sollten. Erst auf mehrfaches energisches Drängen des Parteisekretärs hat er dann schließlich die Eier verkauft. Mit einer geradezu zynischen Frechheit hat er dafür gesorgt, daß 14 Tage lang keine Milch für die deutschen Kinder geliefert wurde. Jeden Tag erfand er dafür eine spezielle Begründung. Einmal hatte er keine Zeit, dann hatte er Ruhetag, am nächsten Tag fuhr er auf Exkursion nach Lugansk oder es fehlte ihm ein Fuhrwerk. Stellte ihm die Schachtverwaltung ein Fuhrwerk zur Verfügung, so ließ er den Kutscher drei bis vier Stunden vor der Kooperative stehen, um ihn dann zurückzuschicken, da er angeblich keine Zeit hatte.

Wochenlang weigerte er sich, für das Kinderheim, die Küche und das Speisehaus Seife zur Reinigung der Wäsche herauszugeben, obwohl er einige Kisten voll auf Lager hatte, wieder galt als Begründung, daß man ihm die Preise noch nicht mitgeteilt hatte.

Seit Wochen gab und gibt es in unserer Kooperative kein Salz, keinen Essig und keine Zigaretten, Produkte, die doch sehr leicht zu bekommen sind. Aber Krumholz konnte derartige Waren nicht erhalten, weil er eben nicht daran interessiert war.

Entlarvt und unschädlich gemacht

Um den Schädling Krumholz vollständig zu entlarven, wurde auf Initiative des Parteisekretärs, der beiden Redaktionen und Arbeiterkorrespondenten der Schachtzeitungen „Na Sturm" und „Sturm auf Kohle", am 3. Juni eine Kontrollkommission eingesetzt, die eine ganze Reihe ernster Vergehen des Kooperativverwalters in der Versorgung der ausländischen Arbeiter und Spezialisten feststellte.

Nach diesen Feststellungen machte die Kommission kurzen Prozeß mit Krumholz und ließ ihn auf der Stelle verhaften. War er vorher noch ziemlich frech, so wurde er bei der Verhaftung ziemlich kleinlaut und vergoß Krokodilstränen.

Nachdem Krumholz verhaftet war, berief die Parteileitung sofort eine Versammlung der ausländischen Arbeiter ein, um zu den verbrecherischen Taten dieses Schädlings Stellung zu nehmen. Einmütig verurteilten die anwesenden Arbeiter, Spezialisten und Frauen die Schädlingsarbeit des Kooperativverwalters und nahmen einstimmig eine Resolution an, in der sie die Maßnahmen der Partei und der professionellen Organisation gegen Krumholz restlos billigten und forderten, daß er vor ein öffentliches Volksgericht in Amerikanka gestellt wird, damit sich die Arbeiterschaft selbst aktiv an der Verhandlung gegen Krumholz beteiligen könne. Dasselbe wurde auch in der darauf folgenden allgemeinen Versammlung der russischen Arbeiter gefordert, weil die Kumpels der Meinung sind, daß für solche Elemente wie Krumholz in der Sowjetunion kein Platz ist.

*

Dieser Bericht zeigt, in welcher Weise in der Sowjetunion im Lande der proletarischen Diktatur, Kritik geübt wird und wie man hier — im Gegensatz zu den kapitalistischen Ländern — gegen die korrupten Elemente vorgeht.

Vernebelung in Ostpreußen

In Ostpreußen haben die großen Luftschutzübungen begonnen, bei denen besonders die Vernebelungsversuche des Ostpreußenkraftwerks in Friedland im Vordergrund stehen, denn dieses Kraftwerk versorgt ganz Ostpreußen mit elektrischer Energie. Zur Vernebelung des Kraftwerkes werden nicht nur die üblichen Handvernebelungsapparate verwendet, sondern, auch ein weitverzweigtes Rohrleitungssystem mit 500 Brausen wird zu Hilfe genommen. Bei erfolgreichen Versuchen soll das provisorische Leitungsnetz endgültig angelegt und liegengelassen werden. Auf ein Sirenensignal hin werden dann sämtliche Nebelbrausen auf einmal in Betrieb gesetzt, die das Kraftwerk in wenigen Sekunden vollständig vernebeln.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-166915610193206 25-19/fragment/page=0004

Hundert Millionen Mark an die Schmarotzer — für Nazi-Hitler eine „nationale Notwendigkeit"!

Der Subventionsskandal des Stahltrusts — Für die Kriegskrüppel und Erwerbslosen Abbau, für Multimillionäre Goldströme
Demaskiert die faschistischen Trustknechte — Kampf dem Kabinett der schwerindustriellen Ausbeuter!

Die erste „nationale Großtat" des Papen-Kabinetts war der „verordnete Unterstützungs- und Rentenabbau und die Salzsteuer. Seine zweite Tat war die Aufhebung des Uniformverbots für die faschistischen Trotzknechte der Schwerindustrie. Die dritte, den „nationalen Belangen" der deutschen Kapitalisten ebenso entsprechende Maßnahme ist die Subvention in Höhe von 100 Millionen Mark, die der Multimillionär Flick, Boyerscher des Stahltrusts, vom Reich über die Dresdner Bank aus den Steuergroschen der ausgeplünderten Massen erhält. Fürwahr, das Papen-Kabinett verdient in Ehren den Namen, die grimmigste Feindin des schaffenden Volkes zu sein. Die Prozentpatrioten im schwerindustriellen Westen haben alle Ursache, das Hakenkreuz zu tragen und Herrn Hitler die Uniformierung seiner privaten Terrortruppe zu bezahlen.

Brüning hat es vorgemacht, Papen setzt es fort!

Es wäre verwunderlich gewesen, wenn die Presse der SPD. und des Zentrums den fetten Subventionsskandal des Stahltrusts nicht für sich als Wahlbombe benutzt hätten. Jede ihrer Zeilen zu dieser Millionensubvention atmet Entrüstung und Empörung über die „Verschleuderung von Staatsgeldern". Das klassenbewußte Proletariat darf diesen Wahlbetrug nicht dulden. Was Papen jetzt fortsetzt, hat der von der SPD. und den Gewerkschaftsführern jahrelang tolerierte Zentrumskanzler Brüning begonnen. Allein in der letzten Zeit ihres Bestehens hat die Brüning-Regierung für 456,7 Millionen Mark Subventionen an die Großindustriellen und Agrarier gezahlt. Hier eine kleine Liste, die beliebig verlängert werden kann:

Als die Banken, Industriebarone und Agrarier aus den Händen des Zentrumskanzlers die fetten Subventionsbrocken erhielten, erklärte die SPD.- und Zentrumspresse, daß es „im Interesse des Volksganzen" liege. Heute, wo Papen fortsetzt, was Brüning begonnen, ist die Subventionspolitik für dieselbe Presse eine „Unterstützung industrieller Schmarotzer, eine empörende Maßnahme gegen das arbeitende Volk."

Umgekehrt machen die faschistischen Betrüger einen Schuh daraus. Solange Brüning am Ruder war, war die Subventionspolitik für sie ein „Skandal und Korruptionserscheinung des Systems." Heute, da das Kabinett der Freiherrn und Barone, der Schwerindustrie und der adelsbischen Junker am Ruder ist, sind für sie die Subventionsskandale plötzlich zu einer „nationalen Notwendigkeit" geworden.

	Betrag der Subvention in Mill. M.
Montanindustrie:	
Oberschles. Hüttenwerke AG. — Zinsloser Kredit und Kapitalverzicht	36,0
Niederschles. Bergbau AG. — Kreditgarantie und Zinszuschüsse	11,0
Nieske Werke. — Kreditgarantie	2,0
Gebrüder Mannesmann. — Bürgschaftsverluste	9,5
Röchling-Konzern. — Kredit von Reich und Preußen Mansfeld AG. (Kupferbergbau). — Verlorene Zuschüsse und Darlehen	37,0
Gewerkschaft Mechernicher Werke (Bleibergbau). — Zuschüsse und Kreditgarantien	16,0
Rheinisch-westfälische Schwerindustrie.	4,0
Siegerländer Erzbergbau. — Verlorene Zuschüsse	10,0
Ruhrbergbau. — Befreiung von den Beiträgen zur Arbeitslosenversicherung, jährlich	25,0
Benzol-Verband. — Zollsubvention, jährlich	40,0
Chemie:	
I. G. Farbenindustrie. — Zollsubvention, jährlich	15,0
Für Benzingewinnung Steuererlaß	3,0
Maschinenindustrie und Werften:	
Vulkan-Werke Stettin. — Kreditgarantie, Zinszuschüsse, Bürgschaftsverluste	15,0
Schichau, Elbing. — Bürgschaftsverluste	7,0
— Sanierungsmittel	21,0
Verschiedene Werften. — Zuschüsse und Kredite von Kommunen	10,0
Junkers-Werke, Dessau. — Bürgschaftsverluste des Reiches	13,5
— Neue Kredite des Reiches	0,8
Hannoversche Maschinenbau AG. — Kreditgarantie des Reiches	1,5
— Kreditgarantie von Hannover	0,8
Linke-Hofmann-Werke, Breslau. — Kredit v. Breslau	9,0
A. Borsig, Berlin. — Reichskredit	1,2
Union-Gießerei, Königsberg. — Bürgschaftsverlust	1,0
Eisen Motorpflug. — Bürgschaftsverlust	2,0
Traktorenindustrie. — Ausfallbürgschaft vom Reich	15,0
Sächsischer Autotrust. — Kredit- u. Zinszuschüsse von Sachsen	6,0
Siemens-Werke, Stettin. — Kredite der Stadt Stettin	1,1
Kommiß AG., Königsberg. — Bürgschaftsverluste	1,7
Schiffahrt:	
Großreedereien. — Schiffbauabgaben von 1926	50,0
Norddeutscher Lloyd und Hapag. — Reichskredite und Reichsgarantie	70,0
Danziger Schiffbau. — Kreditgarantie	11,8
Textilindustrie:	
Zellwollindustrie. — Kreditgarantie	7,0
Gebrüder Elbers, Hagen. — Bürgschaftsverlust	0,8

Hitlers „nationale Belange"

Das Essener Organ der NSDAP., „National-Zeitung", schrieb unter dem Datum des 21. Juni, daß dieser Uebergang von Thyssenberg und damit auch der Vereinigten Stahlwerke an das Reich eine nationale Notwendigkeit geworden war." Und abschließend fügt sie hinzu: „Gemeinnutz geht vor Eigennutz".

Daß den Millionen Arbeitslosen ihre Unterstützungssätze wieder gekürzt werden, daß die Salzsteuer eingeführt wird, daß den Opfern des Krieges und der Arbeit von ihren wenigen Groschen noch etwas genommen wird, und daß von den Steuergeldern dann Millionen an die Schwerindustrie gegeben werden, das ist „gemeinnützig" und „geht vor den Eigennutz." Herr Flick ist „gemeinnützig", aber die Millionen hungernden Proleten sind eigennützig. Wie sagte doch die Regierung Papen in ihrer ersten Erklärung: „Es muß Schluß gemacht werden mit dem Wohlfahrtsstaat." Jawohl! — Die Wohlfahrt der Millionen Werktätigen muß endlich aus der Gesetzgebung ausgeschaltet werden, denn ihre Wohlfahrt ist „Eigennutz" — aber Herr Flick und die anderen Millionär-Aktionäre der Eisen- und Stahlindustrie sind „gemeinnützig."

Um den großen Massen der Nationalsozialisten, den Kleinhändlern, die von den Trustwarenhäusern an die Wand gedrückt werden, den Proleten, die durch die Phrasen der Hitler & Co. getäuscht, sich noch in den Reihen der Nazis befinden, diese enorme Subvention schmackhaft zu machen, erklärt die Nazizeitung noch weiter: des „Pudels Kern" sei darin zu suchen, daß ohne diese Subvention der Stahltrust in „französische Hand" gekommen wäre.

Wie steht es mit dieser verlogenen Behauptung? Wie steht es überhaupt um den Stahltrust?

Der „uneigennützige" Multimillionär

Das Zentrum der deutschen Eisen- und Stahlindustrie liegt im Ruhrgebiet, und der Kern der Ruhrindustrie ist der Stahltrust. Mit einem Kapital von 775 Millionen Mark ist er das größte Industrieunternehmen Deutschlands. Infolge der ungeheuren Krise steht der Stahltrust heute am Rand des Bankrotts. Mit Hunderten von Millionen geborgten Auslandsgeldern hat er einen gewaltigen Produktionsapparat geschaffen, der heute zu nur rund einem Viertel noch ausgenutzt wird. Obgleich in den Produktionsapparat etwa eineinhalb Milliarden Mark hineingesteckt sind, werden die Aktien an der Börse nur noch mit 120 Millionen Mark bewertet. Und genau so steht es mit den anderen Werken, die mit dem Stahltrust zusammenarbeiten.

Der größte Aktienbesitzer des Stahltrusts ist Herr Fl[illegible]r nicht nur den entscheidenden Einfluß im Stahltrust, sondern auch in einem Teil der übrigen deutschen Eisen- und Stahlindustrie hat. Durch den ungeheuren Wertschwund seiner Aktien ist seine Stellung erschüttert worden. Er hatte in den letzten Jahren einen immer größeren Teil seiner Aktien an ausländische Banken als Pfand für Kredite gegeben. Da aber der Wert des Pfandes immer geringer wurde, mußte er immer neue Aktien hinterlegen. Jetzt werden angeblich die Kredite fällig, und er kann nicht zurückzahlen. Wieso aber werden die Kredite fällig? Es gibt doch ein sogenanntes „Stillhalteabkommen", das die Zahlungen an das Ausland verschiebt. Richtig, und darum braucht Herr Flick auch einen Teil seiner Schulden noch nicht zurückzuzahlen. Einen anderen Teil seiner Schulden aber hat Herr Flick wohl aus steuerlichen Gründen nicht dicki, sondern auf dem Umwege über andere ausländischen Unternehmen gemacht. Die müssen jetzt zurückgezahlt werden.

Das also ist des „Pudels Kern". Nicht nur ein einfacher, „beschedener" großindustrieller Millionär erhält diese Subvention. Nein, wie es den Anschein hat, wird einer der größten Steuerschieber, dessen „nationale Belange" dort zu liegen scheinen, wo die Steuern am niedrigsten sind, aus den Steuergeldern der Werktätigen subventioniert.

So also sieht der Patriot aus, dessen Nation „aus nationalen Gründen" die Nationalsozialisten freudig begrüßen.

Daß sich aber ausländische Kapitalisten dafür interessieren, die Aktien der vor dem Bankrott stehenden deutschen Stahlunternehmen zu kaufen — das glaubt den Nationalsozialisten ebensowenig einer wie den Industriellen. Das ist nur ein Feigenblatt, das die Subvention schamhaft verhüllen soll, das aber durchsichtig ist wie Glas.

Die Regierung der „nationalen Konzentration"

„. . . stellen wir fest, daß dieser Uebergang von Geisenberg und damit auch der Vereinigten Stahlwerke an das Reich eine nationale Notwendigkeit geworden war. . . ." (Essener nationalsozialistische „Nationalzeitung" vom 21. Juni.)

Die Saat des sozialdemokratischen „Staatssozialismus" geht auf!

„Nationalisierung des Montantrusts" überschreibt die „Nationalzeitung" ihren Artikel über die Millionensubventionen an den Stahltrust. „Das Interesse der Nationalwirtschaft wird in Zukunft . . . über den Bodenschätzen des Ruhrreviers maßgeblich sein", erklären die Nationalsozialisten begeistert. Wo haben wir kürzlich eine ähnliche Begeisterung bei ähnlicher Gelegenheit gefunden? Es war im „Vorwärts", als das Milliardengeschenk der Regierung Brüning an die Großbanken perfekt wurde. Damals wurde von den Sozialdemokraten eine „neue Epoche" angemeldet, die „Epoche des Staatssozialismus", des „Uebergangs zum vollen Sozialismus", dank der durch Brüning durchgeführten „Bankenkontrolle".

Und ausgerechnet die Dresdner Bank, die damals die großen Subventionen aus Reichsmitteln erhielt, aber, wie die SPD.-Presse schrieb, durch die Brüningregierung „kontrolliert" wurde, ist es, die heute damit beauftragt worden ist, den Stahlbaronen die 100 Millionen auszuzahlen. Die Dresdner Bank, die „Keimzelle des Staatssozialismus" der Hilferding und Rapstali und Co., ist gleichzeitig die „Keimzelle des neuen Nationaltrusts" der Nationalsozialisten!

Sowohl der „Staatssozialismus" der SPD. wie auch die „Nationale Notwendigkeit" der NSDAP., sowohl die Milliardensubventionen an die Großindustrie wie auch die Milliardensubventionen an die Banken und an die Großagrarier werden aus den Werktätigen herausgepreßt. Jede neue Notverordnung brachte direkt und indirekt Milliardengeschenke an die Kapitalisten und Milliardenlasten für die Werktätigen. Und genau so, ja in noch verschärfter Weise, soll es weitergehen. Von den sozialdemokratischen „Staatssozialisten" bis zu den Nationalsozialisten besteht eine Einheitsfront für Subventionen an die Kapitalisten und für neue Lasten für die Werktätigen.

Klagges-Polizei schießt Arbeiter nieder

Braunschweig, 22. Juni. Heute vormittag war die Innenstadt von Braunschweig Schauplatz großer Arbeiterdemonstrationen gegen den Faschismus. Wie von polizeioffizieller Seite gemeldet wird, kamen die Manifestanten der Polizeiaufforderung zum Auseinandergehen „nur zögernd nach". Von Polizeibeamten wurde ein Arbeiter niedergeschossen, der mit einer schweren Verletzung dem Krankenhaus zugeführt werden mußte.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-166915610193206 25-19/fragment/page=0005

PROLETARISCHES FEUILLETON

Einheitsfront mit meinem Schwager

Darf ich euch etwas von meinem Schwager erzählen? Das ist ein alter Sozialdemokrat, der die Kommunisten immer ohne Pfeffer und Salz gefressen hat. Ich habe in meinem sündigen Leben schon ein paar Leute fertig gemacht — sie überzeugt von der Nichtigkeit des revolutionären Marxismus. Darunter zwei Deutschnationale und einen Nazi. Ich habe sie sozusagen auf dem Gewissen. Bei meinem Schwager ist mir das noch nicht gelungen. Trotz jahrelanger Bemühung. Der hat mich entweder, wenn's so weit war, aus seiner Wohnung geschmissen, oder er verließ die Tür zuknallend meine Bude. Aber in den letzten Wochen müssen ihm doch einige Dinge sauer aufgestoßen sein. Denn gestern konnte ich zum erstenmal eine Diskussion mit ihm kameradschaftlich zu Ende führen. Wir zwei haben die Einheitsfront geschlossen.

Mein Schwager ist ein einfacher Arbeiter oder besser gesagt, ein einfacher Arbeitsloser, und da mag es euch nicht wichtig erscheinen, groß darüber zu schreiben, wie dieser Mann dazu gekommen ist, bolschewistischen Argumenten zumindest ein wenig zugänglich zu werden. Ein nebensächlicher Fall, wie er sich heute täglich hundert- und tausendmal ereignet. Aber wenn ihr meinen Schwager kennen würdet, was für ein verbohrter Kommunistenfresser das war, dann würdet ihr vielleicht, genau so wie ich, glauben, daß dieser Fall ein sehr wichtiges Symptom darstellt. Ein schlagender Beweis und ein aufmunterndes Beispiel für alle Genossen, um ihnen zu zeigen, einen wie guten Boden wir jetzt selbst bei den verbissensten sozialdemokratischen Arbeitern haben, um die Saat unserer Einheitsfrontpolitik auszustreuen. Denn — wenn selbst mein Schwager! — — Aber damit ihr das begreift, muß ich euch eben etwas von ihm erzählen, bevor ich euch über die Diskussion berichte, die zu unserer Einheitsfront geführt hat.

Er ist jetzt ein Mann von 58 Jahren und muß in seiner Jugend ein sehr knorker Arbeiter gewesen sein. Schon vom Jahre 1895 an war er einer der eifrigsten Agitatoren für die Gewerkschaftsbewegung. Aber er war eben nur Gewerkschaftler, und das dürfte für seine politische Entwicklung zum rechtesten Opportunismus hin bestimmend gewesen sein. Schon Marx wies ja darauf hin, daß jede Gewerkschaftsbewegung, die sich loslöst von der allgemeinen revolutionären Klassenpolitik, reaktionär endet.

Ursprünglich Tischler, wurde er später Krankenkassenbeamter. An einer Privatkrankenkasse. Schön. Wenn einer Krankenkassenbeamter ist, kann man bei ihm gegen die SPD. eine ganze Menge sagen. Ausrichten kann man nicht viel. Zumindest war das damals vor etwa sieben Jahren noch so.

Aber zwei Jahre, bevor er pensionsberechtigt werden sollte, — haben sie ihn entlassen.

Na, dachte ich, nu bisse raus aus der Arbeiteraristokratie, nu wirst du wohl bald aufhören, die Kommunisten zu fressen. Aber er fraß sie weiter. Denn diese Arbeitslosenunterstützung, das war doch ein sozialer Fortschritt gegenüber dem Kaiserreich, wo's sowas nicht gegeben hatte, ein sozialer Fortschritt, den die SPD. errungen hat! (Wohlgemerkt, — die SPD., nicht dieses Bruchstück von Revolution der Arbeiter, das wir in Deutschland hatten. Aber auf derartig reformistisch-kotrumpierte Gedankengänge werden wir häufiger bei ihm stoßen.)

Und dann war's aus mit der Arbeitslosenunterstützung und er kam in die Erwerbslosenhilfe.

„Na?!" —

„Nicht doch!" sagte er. Denn auch die Erwerbslosenhilfe war ja noch ein sozialer Fortschritt.

Und dann kam die Krisenfürsorge.

Aber im Verhältnis zu gar nichts bekommen, ist eben auch noch die Krisenfürsorge das kleinere Uebel, und den Kommunisten ging's immer noch nicht gut bei ihm.

Dann kam die Wohlfahrt.

Stellungnahme, siehe wie oben.

Jetzt bekommt er auch von der Wohlfahrt schon lange nichts mehr. Aber Kommunisten hat er immer noch ohne Pfeffer und Salz gefressen. Bis gestern, wie gesagt.

Ein Kapitel für sich war die Art seiner politischen Diskussionsführung. Ich erinnere mich an etwas, was keine Diskussion mehr war, sondern Streit, Zank, Stunk, Krieg. Es ging um den Achtstundentag.

Ich: „Na, ihr wart doch selber für Aufhebung des Achtstundentages."

Er: „Das ist ja Blödsinn."

Ich: „Hat doch sogar im ‚Vorwärts' gestanden."

Er: „Das ist eine gemeine Lüge!"

Ich: „Ich werd's dir beweisen."

Und dann habe ich mir die Nummer des „Vorwärts" besorgt, mit der Arbeitszeitnotverordnung.

Er: „Na, das ist doch etwas ganz anderes. Das ist doch nicht Aufhebung des Achtstundentages."

Noch vor etwa sechs Wochen habe ich ihn an diese Diskussion erinnert und da meinte er: „Ja, das hat doch nicht die Sozialdemokratie gemacht. Die hat doch nicht allein zu bestimmen gehabt. Das war eben die Koalition. Aber ihr natürlich, immer die Sozialdemokraten!"

Na, was sagt ihr zu meinem Schwager? War das nicht ein Sozialdemokrat? Ein ganz verbohrter, mit dem man nicht reden konnte? Bis gestern, wie gesagt.

Wir sprachen über Faschismus und die notwendige Einheitsfront, und ich erlaubte mir, einige leise Zweifel darüber zu äußern, ob die Gewerkschaften jemals eine Lage so auffassen würden, daß sie sich veranlaßt sähen, die Arbeiter zum Streik aufzurufen. Vor zwei Monaten hätte er zu mir an diesem Punkt der Diskussion noch „Stroh!" gesagt und mich aus der Wohnung geschmissen. Jetzt sagte er nur sehr energisch:

„Natürlich werden sie das!"

„Sie haben's aber in den ganzen letzten Jahren bis jetzt noch nie getan", erwiderte ich.

„Sie hatten ja noch noch keine Veranlassung dazu."

„Nanu?" sage ich, „die fortschreitende Verelendung der Arbeiterklasse, ist die kein Grund gewesen zu streiken?"

„Was soll das für einen Zweck haben? Oder glaubst du, daß man durch Streiks die Weltwirtschaftskrise besser machen kann?"

(Man bedenke, welche jahrelange, ihm selbst unbewußte Erziehungsarbeit dazu gehört, um einen Arbeiter dazu zu bringen, daß er bei der Beurteilung der Wirtschaftskrise keine andere Perspektive hat, als die, wie man sie heilen könnte. Daß er selbst einen Streik nur unter der Perspektive betrachten kann, ob er die Krise bessert.) Ich weise ihn auf diesen unmöglichen Standpunkt hin:

„Entschuldige schon. Es handelt sich nicht darum, die Krise zu beheben. Das kann ein Streik natürlich nicht, sondern es handelt sich darum, diese Krise revolutionär auszunutzen."

Das hätte ich ihm früher auch nicht sagen dürfen, ohne zu hören, daß wir Kommunisten blödsinnig sind und überhaupt mit unserer Revolution Verbrecher an der Arbeiterklasse. Diesmal aber sagte er nur: „Ob's durch Revolution besser wird?"

Da weise ich ihn, und ich muß sagen mit einiger Angst, auf das russische Beispiel hin. Denn die Sowjetunion, das war sonst der Punkt, wo er ganz aus der Wolle ging. Aber heute?

Langes Schweigen — und dann:

„Meinetwegen. Wir haben nichts mehr zu verlieren."

Sagt nicht, Genossen, daß das kein politischer Standpunkt ist, wenn jemand nur dadurch revolutionär wird, daß er nichts mehr zu verlieren hat. Diese Arbeiter, sie sind durch eine jahrzehntelange Erziehung im Reformismus so degeneriert worden, daß sie nicht mehr daran glauben können, daß der Arbeiter eine Welt zu gewinnen hat. Sie ist aber, für den Anfang, schon allerhand, wenn sie endlich einsehen, daß es nichts mehr zu verlieren gibt.

Das sieht mein Schwager ein. Daraufhin wartet er auf eine große Aktion des ADGB., dem er immer noch vertraut. Daraufhin hofft er auf Spontaneitätsaktionen der Arbeiterschaft, wenn die Gewerkschaften diese Pflicht nicht erfüllen. Daraufhin wird er sich bei solchen Aktionen, wenn der ADGB. versagt, unter revolutionäre Führung stellen.

Als wir diese Diskussion führten, war der kommunistische Aufruf an den ADGB. noch nicht veröffentlicht. Er würde bei meinem Schwager eine sehr schlechte Figur machen, wenn er diesen Aufruf ablehnen würde.

Noch wartet mein Schwager und hofft auf seine Partei. Wir wissen, daß er in dieser Hoffnung bald enttäuscht sein wird. Die Zwischenzeit aber bis dahin gilt es auszunutzen. Damit er dann überhaupt bemerkt, daß er enttäuscht worden ist und aus seiner Enttäuschung die richtigen Konsequenzen zieht. Ich werde ihm Broschüren geben und ihn zu Versammlungen schleppen. Ich werde mit ihm diskutieren und zur Demonstration gehen.

Ich habe die Einheitsfront mit meinem Schwager geschlossen.

P. S.

Geliebte Führer und Schleifer

Von einigen oppositionellen SA.-Leuten ging uns eine Reihe Gedichte zu, von denen wir eins, dessen Inhalt trotz politischer Mängel am deutlichsten die Klassenunterschiede in der NSDAP. zeigt, herausgreifen. Die Redaktion.

Ihr schaut ja so nachdenklich drein!?
Und grübelt: „Wo mag der Verräter sein?"
„Sieht" nur, ihr sieht ihn nicht, soviel ihr euch wundert —
Es ist nicht ein Aas, wir sind einige hundert.
Einige hundert und so . . so . . (wir haben sogar ein geheimes Büro . .)
Wir haben mehr Mut wie ihr . . .
Ihr habt noch kein Pulver gerochen — wie wir.
Wir sind nicht hie und dort, wir sind überall —
Wir stehen stramm, machen kehrt, marsch, marsch . . .
Schmeißen uns in den Dreck wie ein Schwein . . .
Und außerdem sitzen wir unter euch ganz distinguiert, beim Gläschen Wein.
Wir haben genau es ergründet, —
Was euch an „die große Sache" bindet.

„National" schreit ihr vom Dünkel geschwellt
Und dabei geht's auch bei euch nur ums liebe Geld.
Um ein Antreiberpöstchen und um den gefüllten Bauch.
Und zuletzt um den „Geltungsimmel" auch.
Und dafür macht ihr Rekrutenschinder,
Schleifen nur wollt ihr die Arbeiterkinder.
Und stiftet die Jungen zum Morde an . . .
Jetzt sehen wir uns das „Soziale" an . . .
Gastwirte habt ihr mit Zechprellen ruiniert,
Reelle Geschäftsleute angeschmiert . . .
Wir wissen sehr viel soziale Taten,
Nur wollen wir sie noch nicht verraten . . .
Wir wachsen und warten. Wir wissen auf was:
Aufs „Tritte Reich"? Nee . . . Das fing schon an
Mit Sparmaßnahmen und drum und dran.
Hurra, ihr werdet darin genau so getreten
Wie die auch (rein persönlich) verhaßten Linksproleten.

Notizen am Rande

Ist denn das erlaubt?

Kurz vor dem 18. März 1920 brachte der „Vorwärts" immer wieder die kleinen Nachrichten, daß hier und dort nationale Kreise mit der Reichswehr oder sonstigen öffentlichen Gewalten gegen diese Republik konspiriert hätten. Man war erstaunt und entrüstet.

Jetzt geht es in den Spalten des sozialdemokratischen Zentralorgans wieder ähnlich zu. Vorn ganz große Opposition, hinten solche Sachen: In Bad Polzin mußte die Kurmusik, die doch in der Kurtaxe der besseren Leute einbegriffen ist, bei einer Nazifeierlichkeit aufhören zu spielen. Der Leser, der niemals Kurtaxe bezahlen kann, liest's und fragt sich erstaunt: Ja, dürfen die denn das, die Nazis?

Natürlich dürfen die das und sie dürfen viel wichtigere Sachen, die der „Vorwärts" nicht sagt, solange es ihnen die Arbeiterschaft erlaubt. Hätte man den Kappisten damals früher auf die Finger geklopft, dann wäre es schneller gegangen. Aber auch, als es schon spät war, legte ihnen der Generalstreik bald ihr unsauberes Handwerk. Und heute? Keine Regierung, kein System kann sich auch nur 24 Stunden gegen die Arbeiterschaft halten. Allerdings darf dann die Faust nicht in der Tasche geballt werden. Mit Leitartikelopposition geht's nicht. Nur der gemeinsame Kampf der Arbeiter kann da Ordnung schaffen.

Nazibarone — jüngere Garnitur

Der „Angriff" macht nun das offen, was er schon vorher versteckt betrieben hatte: Verherrlichung des Adels. Einer von den Rübenahs, der Sohn des freiherrlichen Verkehrsministers, ist in die Nazipartei hineingeheiratet. Großer Jubel! „Der deutsche Arbeiter ist ihm genau so wert oder vielmehr wertvoller als der Graf, der von den Leistungen seiner Ahnen lebt . . . den jungen Sproß des uralten rheinisch-katholischen Geschlechts . . . das seinen Namen bis auf das Jahr 1000 zurückführen kann . . . Anfang 1928 fand er dann in der NSDAP. seine geistige Heimat . . ."

Sehr freundlich von dem Herrn Adelssproß, daß ihm der Arbeiter etwas wert ist. Und bezeichnend für die Nazis, daß sie ganz groß die Visage dieses adligen Galamitgliedes abdrucken, während die „unbekannten SA.-Leute", deren Bilder verborgen bleiben, einfache Arbeiter sind. Wenn einer nicht ganz verdorben ist, müßte er sich seine Gedanken über diese Hofnachrichten in einem „Arbeiter"blatt, die damit offenbar erst ihren Anfang nehmen, machen. Heil Hitler! Heil Junkertum! Heil Auwi! Heil Geldsack!

Zucker als — Baustoff!

Während der Zucker im proletarischen Haushalt ein immer seltenerer Gegenstand wird, wissen die Zuckerindustriellen nicht, was sie mit den riesigen Mengen unverkäuflichen Zuckers anfangen sollen. Den Höhepunkt des Zynismus und der gleichmütigen Frechheit, mit der diese unfähigen Wirtschaftsführer kapitalistische „Auswege" beschreiten, bildet wohl das soeben bekannt gewordene Preisausschreiben des „Vereins Deutscher Zucker-Industrie". Dieses setzt einen Preis von 10 000 Mark aus für eine technische Verwertung von Zucker unter Ausschluß der Verwendung für menschliche und tierische Ernährung. Tatsächlich hat man in Amerika bereits ein solches Verfahren erfunden: Auf der letzten Tagung der Amerikanischen Chemischen Gesellschaft wurde berichtet, daß die Belastungsfähigkeit von Kalkmörtel durch Zusatz von Zucker bedeutend gesteigert werden kann. Man hat schon praktische Versuche mit diesem „Zuckermörtel" angestellt und hofft, mit ihm dem Zement eine wirkungsvolle Konkurrenz machen zu können!

Der Strom setzt aus . . .

Wir stehen an unseren Maschinen und schuften wie die Teufel. Die Brühe läuft uns am Körper herunter. Im Saal ist es schwül und der Dunst von verbranntem Oel und Schmiermasser verdreckt noch mehr die Luft. Das Stampfen der Maschinen, das peitschende Aufschlagen der Riemen auf die Antriebsräder hämmert im Gehirn, macht den Kopf dösig.

Maschine zurück, einspannen, Laufhebel ein . . . zurück, spannen, rein, vorwärts, auf . . . auf!

Akkord, Akkord . . . das hämmern die Räder, der Kopf, die Muskeln. Solange bis die Dampfpfeife Feierabend brummt und man sich mit müden, abgeschafften Knochen nach Hause schleppt. Aber soweit ist es noch nicht. Es sind noch 2½ Stunden bis zum Schluß.

Da . . . was ist das? Die Motore heulen kurz auf . . . laufen leer . . . bleiben stehen. Laute Rufe durch den Saal: „Maschinen ausschalten!"

Was ist da wieder? Warum setzt der Strom aus? . . . Wird gestreikt? Ist was passiert? Oder wollen die Unternehmer wieder einmal die Proleten heimschicken? Sie dadurch zur Kurzarbeit zwingen, indem sie Strommangel vorgeben? . . .

Der Meister rast ans Telephon, bekommt keine Antwort, saust weg. Ein paar Arbeiter laufen ans Fenster, gucken hinüber zum Maschinenhaus. Ich gehe auch ans Fenster. Draußen ist nichts Außergewöhnliches zu sehen. Plötzlich belebt sich der Platz. Sanitäter mit einer Tragbahre kommen angelaufen, rennen ins Maschinenhaus. Meister und Ingenieure kommen von allen Seiten, fragen, was es gibt. Ein Unfall? Ein Arbeiter ist an die Kabel gekommen? Hm . . . Wird wohl unvorsichtig gewesen sein . . . diese Meinung sieht man ihren Gesichtern an . . . .

Die Tür des Maschinenhauses wird von innen aufgerissen, die Sanitäter kommen heraus, auf der Tragbahre . . . ein verbrannter, brauner Fleischklumpen mit noch glimmenden Fetzen. Ist das ein Mensch? Ein Arbeiter? Einer der unseren? So wie wir? Von Fleisch und Blut und jetzt ein unförmiger, verbrannter Klumpen! Das kann nicht sein! . . . Und doch! Der Klumpen bewegt sich hilflos! Ein Prolet. Ein armer Teufel hingeschlachtet, ermordet, zerfetzten für den Profit . . . .

Der Motor springt wieder an, bleich gehen wir an die Arbeit. Da sagt einer: „Genossen . . . in einem Sowjetdeutschland gibt's so keiner mehr!"

Wir sehen ihn an, wir haben uns verstanden.

F. K.

Verantwortlich: Alfred Hendrich, Berlin

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-166915610193206 25-19/fragment/page=0006

Aus der Arbeit der R. G. O.

Kampf der Ausbeutung bei Dorpmüller und Co.

Streckenarbeiter schmiedet die rote Einheitsfront

A.-K. Beim Gleisumbau der Bahnmeisterei Schkeuditz, Umbaustrecke Gröbers-Großkugel, Fahrstrecke Gleis Leipzig—Halle, ist jetzt wirklich etwas gefällig. Ein Uhr nachts beginnt die Arbeit und dauert bis morgens um zehn.

Durch den Arbeitsbeginn um 1 Uhr nachts kommt es vor, daß Kollegen die Zeit verschlafen und etwas später kommen. Da gibt es ein großes Hallo und Lohnabzug. Mit dem Hinweis, daß bei Nacht die längste Umbaupause besteht, und das „meiste Geld" verdient wird, hat man die Kollegen für die Arbeitszeitregelung gefördert. Die Praxis sieht so aus, daß die Nutznießer nur die kapitalistischen Ausbeuter sind. Das merken besonders die Kollegen von Leipzig-Wahren, die man zu sogenannten „geschützten" Zeitarbeitern gemacht hat. Nicht genug, daß die Kollegen, die davon betroffen wurden, an Lohn einbüßten, nein, sie müssen sich auch noch die größten Schikanen gefallen lassen.

Es passiert öfter mal, daß die Beleuchtung versagt, unter der die Kollegen ihre Fronarbeit verrichten. Sie müssen sich daher doppelt anstrengen, um die verlorene Zeit wieder aufzuholen, damit das Gleis rechtzeitig als fahrbar gemeldet werden kann. Bei einer solchen Gelgenheit geriet der Bauinspektor Clauß ganz aus dem Häuschen. Er fluchte und schimpfte, weil die Arbeit einfach nicht geschafft werden konnte. Aeußerst provokatorisch sagte er zu einem Kollegen: „Gehen Sie nach Hause, machen Sie, daß sie fortkommen! Ich gebe Ihnen noch einen Taler, bloß wenn Sie gehen."

Dabei hat der Kollege sein Bestes hergegeben bei der verfluchten Schufterei für Hundelöhne. Die beiden Rottenführer, die doch auch nur Kollegen sind und Solidarität kennen müßten, fanden das Gebaren des Inspektors Clauß noch für angebracht.

Es ist klar, daß hier nur der Zusammenschluß aller Kollegen helfen kann. Nur einmal die Klamotten hingeworfen, dann jammert der Clauß, dann bettelt er, daß die Arbeit fertig gemacht wird. Stellt eure Forderungen, wehrt euch gegen die Auspowerung, kämpft für Lohnerhöhung und gegen die Faschisierung des Eisenbahnbetriebes.

Verstärkt die Werbung in den Betrieben!

Betriebsratsobmann von Lauchhammer

Eine Direktionsstütze, mit der man keine rote Einheitsfront machen kann

A.-K. Ueber die „Tüchtigkeit" des Betriebsratsobmanns Gr. vom Lauchhammerwerk ist in der Arbeiterschaft schon viel gestritten worden. Der größere Teil spricht ihm aber seine Tüchtigkeit ab, zumal in Punkto „Arbeitervertretung".

Betrachten wir seine Leistungen in den letzten Jahren und denken an die Zeit zurück, als man in der Badewannenformerei zum ersten Male einen 20prozentigen Lohnabbau vornahm. Die Former legten damals sofort geschlossen die Arbeit nieder und wollten diesen Abzug nicht kampflos hinnehmen. Da war es Gr., der den Formern den Vorschlag machte, doch eine Wanne mehr zu machen, um dadurch wieder auf dieselbe Lohnhöhe zu kommen. (!)

Als er dann sah, daß sich die Former diesen Hohn nicht gefallen ließen, machte er den Leuten weiß, den Bezirksvertreter kommen zu lassen, um dann mit der Direktion darüber zu „verhandeln". Das war natürlich von Anfang an Unsinn; denn dieser hatte ja in der vorhergehenden Lohnverhandlung als Vertreter der Gewerkschaften diesen Abzug gebilligt. (!)

Jedenfalls verstand es Gr. mit Unterstützung seines Kumpans W., die Former zur Aufnahme der Arbeit zu bewegen; denn erst nach Aufnahme der Arbeit wollte sich die Direktion zu Verhandlungen bereit erklären. Bis heute sind wohl diese Verhandlungen noch nicht abgeschlossen, denn unterdessen hat man an den Formern schon mindestens drei neue Lohn- und Akkordabzüge vorgenommen.

Dann kam Gr. mit der Wirtschaftskrise. „Die Wirtschaftskrise zwingt uns, Lohnabzug hinzunehmen" und, „Kollegen, besser ist geleiert als wie gefeiert!" Daß die Former mittlerweile bei ihrem Leiern vor Hunger zusammenbrechen, stört ihn nicht. Als „kleineres Uebel" muß das alles mit in den Kauf genommen werden. Die Arbeitsbedingungen in der Badewannenformerei stinken direkt zum Himmel.

Für die Leistung, für die ein Former am Ende des Jahres 1930 in drei Tagen noch 30—36 Mark verdiente, bekommt er heute, wenn er Glück hat, noch 12—15 Mark. Miete und Abzüge ab, verbleiben noch 8—11 Mark.

Seinerzeit wurden vier bis fünf Badewannenkolonnen durch einen Kranführer bedient, heute müssen sich die Former die Krane allein fahren!

Wie man dann diesen kärglichen Verdienst noch indirekt reduziert, zeigt uns die Putzerei. Ist irgendein kleines Schlackenloch in der Wanne vorhanden oder ist ein kleiner Buckel dran, werden sofort dem Former 50 Prozent abgezogen. Ist eine Wanne 1 Kilogramm zu schwer, ist sie „Bruch" und der Former bekommt gar nichts dafür. Von den Mängeln der Betriebseinrichtungen, durch die der Former auch noch geschädigt wird, ganz zu schweigen. Aber alles für das „kleinere Uebel" und zur Gesundung des kranken Kapitalismus.

Verschiedene Former sagten einmal: „Wenn das so weiter geht, kommt es noch so weit, daß wir für unsere Arbeit noch Geld von zu Hause mitbringen müssen!"

Soweit darf es aber nicht kommen, Kollegen! Hier heißt es kämpfen und dem Unternehmer die Zähne zeigen. Wie lange wollt ihr Former euch diese niedrige Entlohnung gefallen lassen? Schafft die rote Einheitsfront und kämpft gemeinsam für höheren Lohn und bessere Arbeitsbedingungen!

Vor ungefähr Jahresfrist war eine Belegschaftsversammlung im „Alten Mond" einberufen, in der auch früher im Lauchhammerwerk beschäftigte Arbeiter anwesend waren, die man erst vor kurzer Zeit entlassen hatte.

Wer hatte dort die Polizei bestellt?

Wer beteiligte sich als Rausschmeißer und strahlte über das ganze Gesicht, daß die gegen die Erwerbslosen geschaffene Pogromstimmung es mit sich brachte, daß viele Kollegen dieses Vorgehen damals noch unterstützten?

Bei der Betriebsratswahl 1930, wo erstmalig eine rote Liste mit zur Wahl stand, wurden die roten Betriebsräte als „kommunistische Verbrecher" beschimpft. Deshalb noch einiges aus Gr.s Praxis.

Gr. als Betriebsratsvorsitzender lehnt die Veröffentlichung der Betriebsratssitzungsprotokolle ab. Es würde ja sonst der ganze Kuhhandel herauskommen!

Die oft erhobene Forderung der roten Betriebsräte auf Verkürzung der Arbeitszeit mit vollem Lohnausgleich sowie Kampf um Aenderung der Arbeitsordnung (Durchsuchung der Arbeiter durch die Pförtner usw.) lehnte er ebenfalls mit der Begründung ab: „Das ist ein Stück aus dem Tollhaus."

Er wirkte überhaupt bei allen Gelegenheiten, die die Belegschaft evtl. mobilisieren könnten, als Bremser.

Auf das Mitbestimmungsrecht bei Vergebung der Werkswohnungen verzichtet er ausdrücklich: „Nur solch bißchen Mitwirken." Na, sagen wir mal die Betriebsratsstraße noch besser zu besetzen.

Wie verhält sich das mit den Versprechungen verschiedenen Witwen gegenüber?

Wir können verstehen, wenn sich Gr. mit Händen und Füßen dagegen wehrt, durch gemeinsamen Rücktritt der Betriebsräte eine neue Betriebsratswahl zu ermöglichen. Er weiß im voraus, daß er bei der Belegschaft keine große Sympathie hat, daß er seinen Posten als Dauerbetriebsrat verlieren würde.

Ein Dorn im Auge sind der Direktion rote Vertrauensleute. Wenn dieselben berechtigte Forderungen der Belegschaft übermitteln, wie z. B. Schmutzzulage für die Arbeiten im Schlamm des Abraumbetriebes der Grube Choine, zu Lauchhammer gehörend (über den vorhandenen Schlamm kann sich nur ein Eingeweihter ein richtiges Bild machen), hat der Herr Oberinspektor S. nur die Worte übrig:

„Ich kann nicht anders, Gott helfe mir!"

Die erwähnten Forderungen wurden auch von Herrn Direktor G. mit den folgenden nichtssagenden Worten abgelehnt: „Trotzdem der Direktion die Belegschaft sehr am Herzen liegt, kann ich nicht anders. Ich muß mich strengstens an den Tarif halten."

Wie hoch würde wohl die Strafe des Direktors sein, wenn er in dieser Richtung „Tarifbruch" übte? Wieviel Demagogie darin liegt, kann man daraus ersehen, wenn dieser Herr Direktor der Kolonne gegenüber sagt: „Meine Herren sehen Sie sich diesen U. (Unverhau ist der rote Betriebsrat) an, ob Sie noch weiter mit ihm zufrieden sind?"

Mit solchen Mitteln versucht der Direktor G. den roten Vertrauensmann der Belegschaft gegenüber in Mißkredit zu bringen.

Das ist eine kurze Blütenlese, die noch beliebig erweitert werden könnte. Hier vermißt man die „Aktivität", die auf anderem Gebiet solche „Leistungen" zustande bringt.

Wie lange noch?

Kollegen! Lernt aus diesen Vorgängen. Schließt euch zusammen in der RGO, ob organisiert oder unorganisiert. Kämpft gemeinsam unter der Führung der KPD gegen die Lauchhammer-Gewaltigen und ihre Lakaien!

Vormarsch der DMV-Opposition

Die Dürrenberger Mitgliederversammlung eine Niederlage der Bürokratenpolitik

A.-K. Kürzlich fand eine Mitgliederversammlung des DMV in Dürrenberg statt. Der Verbandsbürokrat Drescher hielt das Referat. Von Merseburg hatte sich Jünger von der Ortsverwaltung eingefunden, weil man befürchtete, daß sich Drescher nicht durchsetzen würde. Die Tagesordnung lautete: „Delegiertenwahl zum Verbandstag in Dortmund." Die Bürokraten wußten ganz genau, warum sie keine Urwahl stattfinden ließen, denn diese wäre sicher gegen sie ausgefallen. So aber, in der kleinen Mitgliederversammlung, konnten sie gerade noch mit Ach und Krach ihren Kandidaten durchbringen!

Es gab in der Versammlung zuerst eine lebhafte Diskussion wegen eines in einer früheren Versammlung verfaßten Protokolls. Das Protokoll war so abgefaßt, daß ein guter oppositioneller Kollege aufs Blut provoziert wurde. Der Verfasser des Protokolls war der bekannte Leistner, beschäftigt in Leuna, der dort trotz Abbau der Löhne und Prämien immer noch seine Wertigkeitszulage bekommt, was immerhin auf einen guten Stand des Leistner im Leuna-Werk schließen läßt.

Drescher versuchte Leistners Protokolliererei zu verteidigen; er bekam einen hochroten Kopf dabei, denn die Sache war nicht einfach; die oppositionellen Kollegen protestierten gegen die niederträchtige Schreibweise des Protokollführers.

Nach dem Intermezzo stieg Dreschers Referat. Es erübrigt sich, darauf einzugehen. Die Kommunisten sollten „vernünftig" werden. 1928 hätte man das Ausmaß der Weltwirtschaftskrise nicht wissen können (sieh mal an! Da hat er sicher nicht aufgepaßt, wenn damals die oppositionellen Kollegen sprachen. D. Ber.). Jetzt käme nun Hitler, und daran seien die Kommunisten schuld. Nur unter Führung der Gewerkschaften könne sich die Arbeiterschaft einigen. Irgendwelche konkrete Maßnahmen und Vorschläge konnte selbstverständlich ein Drescher den Metallarbeiterkollegen nicht bringen.

Die Redezeit wurde sofort auf zehn Minuten festgesetzt. Drei Kollegen der Opposition sprachen, und dann der Herr Amtsvorsteher Stade, der stets so „schneidig" gegen die Dürrenberger Arbeiter und Erwerbslosen vorgeht. Sozialdemokratische Kollegen sprachen nicht. Sie durften nicht, obwohl sie vor der Versammlung und auch nach der Versammlung ihren Unwillen über die Verbandspolitik zum Ausdruck brachten. Hier muß eine Aenderung eintreten. Alle Verbandskollegen müssen für freie und ausführliche Diskussion eintreten.

Die Abstimmung zur Delegiertenwahl erbrachte 36 Stimmen für den DMV-Bürokraten Tenhagen und 28 Stimmen für den Kollegen der Opposition, ein Ergebnis, das den Vormarsch der Opposition beweist, denn am Sitz der Wirtschaftsschule Dürrenberg hat der Bürokrat Tenhagen gerade 8 Stimmen mehr aufzubringen vermocht als der oppositionelle Kollege!

Nunmehr gilt es weiterzuarbeiten! Auch die Dürrenberger Metallarbeiter müssen für den oppositionellen Kollegen Wilhelm Becker, Merseburg, eine Sammlung für seine Delegation zum Verbandstag durchführen. Trotz Bürokratenlücke, trotz Verhinderung der Urwahl muß die Opposition auf dem Verbandstag vertreten sein!

Die Dinge wanken, Begriffe schwanken:

Nur eines ist klar und steht fest:

Die Sicherheit der Spareinlagen

SPARKASSE DES SAALKREISES

Gegründet 1846

Hauptstelle: Halle a. S., am Stadttheater | 7 Zweigstellen, 28 Annahmestellen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019320625-19/fragment/page=0007

HALLE

Sonnabend, den 25. Juni 1932.

Kundgebung der Antifaschistischen Aktion

Polizeilicher Warnerzug für das Wort „Gottlose" — Angst vor den Elternbeiratswahlen

Trotzdem die antifaschistische Massenversammlung der Kommunistischen Partei, die gestern abend im Saal des „Zoo" in Halle stattfand, nur kurz vorbereitet und nur einmal angekündigt war, hatten hunderte Arbeiterinnen und Arbeiter dem Rufe der Partei Folge geleistet.

Ein starkes Polizeiaufgebot war zur „Ueberwachung" der Versammlung mit dem Ueberfallwagen zur Stelle. In der gegenüberliegenden Saalschloß-Brauerei hatten die Stahlhelm-Bürgerkriegssoldaten Generalappell. Feldmarschmäßig bepackt, versuchten sie erfolglose Provokationen auf der Straße.

In der Versammlung sprach Genosse Erich Behnke. In seinem glänzenden, von Beifall und zustimmenden Rufen unterbrochenen Referat erläuterte er die politische Lage. Er kennzeichnete die Rolle der NSDAP als Schutzgarde des Unternehmertums, bewies den Notverordnungskurs Hitlers, dessen Partei im Preußen-Landtag die Hungerregierung Papen verteidigte. Ausführlich geißelte er die Schandpolitik der SPD, die im Landtag das faschistische Präsidium ermöglichte. Seine Ausführungen gipfelten in einem Aufruf zur gemeinsamen Antifaschistischen Aktion aller Arbeiter.

In der Diskussion sprach ein eben aus dem Gefängnis entlassener Genosse, der den unerschütterlichen Kampfesmut der proletarischen politischen Gefangenen zum Ausdruck brachte.

Als ein Genosse über den Kulturfaschismus diskutierte und dabei das Wort „Gottlosenbewegung" aussprach, sprang der überwachende Polizeioffizier wie von einer Tarantel gestochen auf und entzog dem Genossen unter stürmischem Protest der Versammlung das Wort.

In seinem Schlußwort teilte Genosse Behnke mit, daß die Polizei auf höhere Anweisung jedes Sprechen über die Gottlosenbewegung verboten habe, offenbar unter Hinblick auf die Elternbeiratswahlen (!). Er erinnerte dann an den 10-Jahrestag des Rathenau-Mordes, dem die SPD das arbeiterfeindliche Republikschutzgesetz folgen ließ. Unter starkem Beifall schloß er mit der Aufforderung, Massenfeldstschutz zu bilden und die sieghafte Antifaschistische Aktion zu verbreitern.

Museum als SA-Kaserne?

Stahlhelmer in voller militärischer Ausrüstung

A.-K. Wir konnten am Donnerstag abend beobachten, wie mehrere uniformierte Nazis mit Gepäck im Museum am Wettiner Platz Aufnahme gefunden haben. Ferner hatten die Nazis vor dem Museum Posten aufgestellt. Seit einigen Tagen ist festzustellen, daß die Nazis in diesem Museum ein und aus gehen. Gestern abend waren in der Stadt zahlreiche feldmarschmäßig ausgerüstete Stahlhelmer zu beobachten. Wie verlautet, haben die Stahlhelmer mit den Nazibanditen gemeinsame militärische Uebungen abgehalten. Die feigen SA-Banditen wollen sich offenbar durch die Stahlhelmer Verstärkung sichern, da die SA allein gegen die in einheitlicher Front gegen den faschistischen Terror kämpfenden Arbeiter nicht aufkommen können. Gestern war auch aus Gesprächen von SA-Leuten zu entnehmen, daß die SA für Sonnabend eine „große Sache" plant. Anläßlich einer „harmlosen Sonnenwendfeier" werden mehrere hundert SA-Leute von auswärts nach Halle kommen! Die Arbeiter müssen deshalb Sonnabend und Sonntag auf dem Posten sein, da es sicher anzunehmen ist, daß die Nazis, da sie sich besonders „stark" fühlen, wenn sie Zuzug von auswärts haben, Arbeiter überfallen werden.

Erwerbslosenkampf gegen Papens Hungerkurs

Eine neue Schandtat der Nazis in Halle — Sie ermöglichen Kleidersperre gegen Erwerbslose

Gestern nachmittag protestierten Halles Erwerbslose in einer Kundgebung im „Thalia"-Saal gemeinsam mit Kleinrentnern und Arbeiterfrauen gegen die faschistische Hunger-Notverordnung des Adelskabinetts. Ein Sturm der Entrüstung ging durch die Versammelten, als der kommunistische Stadtverordnete Wabbel das erwerbslosenfeindliche Verhalten des Magistrats gegenüber den Forderungen der Erwerbslosen kennzeichnete.

Die Nazis haben auch im städtischen Haushaltausschuß Halles ihre enge Verbundenheit mit Papens Hungerkurs bekundet. Als die Forderung der Erwerbslosen auf Aufhebung der Kleidersperre zur Abstimmung stand, verließ der Vertreter der Nationalsozialisten den Ausschuß und ermöglichte damit die Ablehnung der Erwerbslosen-Forderung mit 10 zu 10 Stimmen.

Die von entschlossenem Kampfwillen getragene Protestkundgebung der Erwerbslosen wurde eingeleitet durch Vorträge des Arbeiter-Mandolinenorchesters. Dann berichtete Genosse Wabbel über die Verhandlungen mit den Stadtbehörden. Unter dem Druck der demonstrierenden Erwerbslosenmassen mußte der Magistrat vor einiger Zeit die Zusicherungen geben, daß keine Kürzungen vor dem 15. Juli vorgenommen werden und daß die Kleidersperre für Fürsorgeempfänger aufgehoben wird. Diese Zusicherung wurde gebrochen. Fürsorgeempfänger erhalten nach wie vor keine Unterstützung mit Kleidungsstücken mehr. (Stürmische Zurufe.)

Stadtkämmerer May, der Hallische „Steuerkatheder", nannte die demonstrierenden Erwerbslosen in der Sitzung des Haushaltausschusses zynisch „verhetzte Massen". Er hatte den Mut, zu behaupten, den Erwerbslosen gehe es besser als manchem Hausbesitzer". Auf die Forderung, alle Ermittlungen einzustellen, waren die Erklärungen der Herren Stadträte nicht weniger hohnvoll.

Genosse Wabbel schilderte dann, wie sich der Vertreter der Nazis feige von der Abstimmung im Haushaltausschusse drückte. Die Sperre der Kleiderzuschüsse besteht nun für die Hallenser Normalen der Armen dank der nationalsozialistischen Papen-Partei weiter.

Neben dem Genossen Wabbel schilderten zwei weitere Genossen die grausamen Auswirkungen der Hunger-Notverordnungen. Sie riefen die Erwerbslosen zum Kampf in einheitlicher Antifaschistischer Aktion gegen Notverordnung und braunen Terror auf. Stürmischer Beifall unterstrich dieses Bekenntnis zur roten Einheitsfront.

Zwei glänzende Szenen der Agitproptruppe beendeten die Protestkundgebung.

Halles Erwerbslose stehen im Kampf. Sie werden diesen Kampf verbreitern und zum Siege führen.

Schiebung um den Oberbürgermeisterposten

Der Hallische Bürgerblock hat schwere Sorgen. Die Wahl des Oberbürgermeisters der Stadt Halle muß in Angriff genommen werden. Die Bürgerblock-Clique versucht mit allen Mitteln, einen der ihren noch rechtzeitig, bevor die jetzige Stadtverordnetenversammlung aufgelöst wird, durchzubekommen. Um sich gleichzeitig einen guten Abgang zu sichern in Verbindung mit dieser Oberbürgermeisterwahl nach ihrem Willen haben die Hirsch und Konsorten einen Vorschlag gemacht, zwei besoldete Stadträte und drei Unbesoldete einzusparen. Nachdem die Herrschaften bisher alle kommunistischen Anträge zum Sparen bei den hochbesoldeten Magistratsstellen abgelehnt hatten, nachdem wiederholt der kommunistische Antrag auf Herabsetzung der Gehälter auf die Höchstsätze von 6000 Mark jährlich von ihnen niedergestimmt wurde, entdecken die Hirsch, Matho und Kompanie mit einem Male diesen heftigen Sparsamkeitsdrang bei sich. In der gestrigen Sitzung des Ausschusses zur Vorbereitung der Stadtratswahl ließen die bürgerlichen Reaktionäre nun die Katze aus dem Sack.

Sie wollen keine öffentliche Ausschreibung der Wahl, sie wollen hübsch in ihrem Familienklub die Kiste schieben. Zu diesem Zwecke haben sie sich auf den bisherigen zweiten Bürgermeister Beithusen als Oberbürgermeister-Kandidaten und den bisherigen Stadtkämmerer Dr. May als Bürgermeister-Kandidaten geeinigt.

Die kommunistische Fraktion beantragte sofort öffentliche Ausschreibung. SPD und der Vertreter der Staatspartei schlossen sich diesem Antrag an, so daß der Vorschlag des Bürgerblocks mit Stimmengleichheit abgelehnt wurde.

Mit derselben Stimmengleichheit wurde auch der kommunistische Antrag auf Ausschreibung abgelehnt. Der Stadtschulrat Dr. Truschel, der Stadtrat Dr. May wurde in der Ausschußsitzung mit knapper Majorität wieder gewählt. Am Montag soll die Stadtverordnetensitzung entscheiden.

Der kommunistische Antrag auf Aufhebung der Kleidersperre für die Wohlfahrtsunterstützungsempfänger durch Schuld der Nazis abgelehnt

In der letzten Haushaltausschußsitzung wurde der Antrag der kommunistischen Stadtverordnetenfraktion auf sofortige Aufhebung der Kleidersperre behandelt. Der Finanzdezernent Dr. May ergriff das Wort während der Debatte und schilderte die Auswirkungen der Notverordnungen. Der vorgesehene Verteilungsschlüssel für die vom Reich ausgeschütteten Beträge sei für Halle besonders ungünstig, da die Stadt eine unverhältnismäßig hohe Zahl von Erwerbslosen habe. Die Etatslage sei vollkommen ungesichert, da trotz des Reichszuschusses noch ein ungedeckter Betrag von 2 457 000 Mark vorhanden sei.

Die Kleidersperre könne nicht aufgehoben werden, da die Stadt sonst zahlungsunfähig würde. Die kommunistischen Vertreter rissen den kapitalistischen Bankrotteuren ihre heuchlerische Maske vom Gesicht.

Bei der Abstimmung wurde der kommunistische Antrag 10 zu 10 Stimmen abgelehnt, weil ein Nazi-Stadtverordneter es für wichtiger hielt, im Augenblick der Abstimmung außerhalb der Sitzung zu sein.

Die Entscheidung über das Schicksal des kommunistischen Antrages wird in der am Montag stattfindenden Stadtverordnetensitzung fallen. Die Erwerbslosen müssen die Forderungen der Kommunisten unterstützen.

3 Monate Gefängnis wegen 3,50 Mark

Der 31jährige erwerbslose Arbeiter Max H. ist schwer lungenkrank und lebte bis zur vorigen Woche in Halle von der kärglichen Wohlfahrtsunterstützung. Schließlich ging er nach Magdeburg, um von seinem Bruder Hilfe zu erlangen. Sein Bruder jedoch hat selber nichts als zwei kleine Kinder. Wegen der Kinder konnte er den schwerkranken Max H. nicht aufnehmen. Der setzte sich daraufhin am 20. Juni in den Zug von Magdeburg nach Halle, nachdem er vorher die Planke des Geleises überschritten hatte. In Halle wurde er festgenommen und stand noch vor dem Schnellrichter wegen Betruges und „Landfriedensbruch". Von der Landstreicherei wurde er freigesprochen. Wegen Betruges erhielt er drei Monate Gefängnis und wurde aus der Haft entlassen, damit er sich zur Behandlung in die Klinik begeben kann. Für 3,50 Mark bekommt ein erwerbsloser Arbeiter 3 Monate Gefängnis!

Achtung! Achtung!

Nicht am 1. Juli
sondern am 5. Juli, 20 Uhr, „Zoo"
ruft
die kommunistische Wochenzeitung

„Rotes Echo"

Programm:
Ansprache:
„Rote Agitatoren"
Kapelle FSV.
Verlosung!
Hallo! „Klassenkampf"-Leser, Quittung mitbringen!
Achtmal 1 Buch.

Referent: Willi Riegel
Redakteur
über:
„Rotes Echo"
Wer? Wo? Wie? Warum?
Freier Eintritt
mit der Plakette „Rotes Echo"
(auch an der Kasse erhältlich).

Es ladet ein:
Verlag „Rotes Echo",
Die Politischen Zeitungsboleute von Halle.

„Christlich-Unpolitische" und „Schulaufbau" am Pranger

Das Werk der Volksschulfeinde

„Gewaltsamer Eingriff in die Volksbildungsfreiheit, wie er nicht mehr zu finden ist" — Eure gefährdeten Kinder mahnen: Wählt die Liste „Proletarischer Schulkampf"

Morgen finden die Elternbeiratswahlen statt. „Christlich-Unpolitische" und Liste „Schulaufbau" lassen alle Minen springen, um möglichst viele Stimmen zu ergattern. Sie wollen die Schulpolitik der letzten zwei Jahre sortieren, jene Schulpolitik, die Schulung und Gesundheit der Arbeiterkinder in Gefahr gebracht hat. Der Kreislehrerrat Halle hat in seiner bekannten Denkschrift die Schulpolitik des Hallischen Magistrats einen „gewaltsamen Eingriff in die Volksbildungsarbeit" genannt, „wie er in der Geschichte des preußischen Schulwesens nicht mehr zu finden ist". Verantwortlich für diesen „gewaltsamen Eingriff" sind jene Parteien des Magistrats, die jetzt unter den Namen „Christlich-Unpolitische" und „Schulaufbau (!) an euch herantreten und um eure Stimmen buhlen.

Welches ist das Werk, das jener Liste die Berechtigung gibt, sich „Schulaufbau" zu nennen. „Christlich-Unpolitische" und „Aufbau" haben in ihrer wahren deutschnationalen und sozialdemokratischen Gestalt im Magistrat der Stadt Halle ein Werk der Zerstörung geleistet.

Ihr grandioser „Schulaufbau" besteht darin, daß sie den Volksschuletat um 1 776 000 Mark abgebaut haben.

Bei einem um 2900 auf 20 272 gestiegenen Schülerzahl fielen den sozialdemokratischen „Aufbauern" und den „christlich-unpolitischen" Deutschnationalen 100 abgebaute Lehrerstellen zum Opfer. Die Folgen dieser zerstörenden Schulpolitik sind unter den Arbeiterkindern katastrophal. Ueberfüllte Klassen in allen Volksschulen, die oft mit 50 und mehr Kindern belegt sind. Viel zu wenig Schulräume sind vorhanden. Durch die unhaltbare Einschränkung der Schulreinigung ist die Gesundheit unserer Arbeiterkinder gefährdet. Bereits hat sich die Sterblichkeitsziffer erhöht.

2000 Wochenstunden sind gestrichen. Das sind im Jahre 80 000 Schulstunden bei 460 Klassen. Welche Auswirkungen diese Dinge zusammen mit der Ueberfüllung der Klassen und dem Lehrerabbau zeitigen, ist bereits zutage getreten bei den mangelnden Fortschritten vieler Arbeiterkinder.

Alles das ist das Werk der Volksschulfeinde von den Nazis bis zu den SPD-Führern. Sie wollen die Arbeitereltern jetzt als Stimmvieh für die „christlich-unpolitische" und die „Aufbau"-Liste. Dafür sind ihnen die Arbeitereltern gut genug. Sie hassen den Sozialismus und seine Schutzleute wie die Sünde. Sie tragen den Volksschulabbau auf ihrem Schild.

Daran müßt ihr am Sonntag denken, ihr Arbeitereltern! Bekennt euch zur Liste „Proletarischer Schulkampf!" Bekundet damit eure Bereitschaft zum Kampf um die sozialistische Schule in einem sozialistischen Rätedeutschland!

„Proletarischer Schulkampf" gegen die Spardiktatur an den Volksschulen
gegen die Verpfaffung der Schulen und gegen jede Art national- und sozialfaschistischen Schulterrors
für ausreichende und gesunde Ernährung, für generelle Kinderspeisung
für vollständige Lehrmittel-Freiheit
für den gemeinsamen Kampf von Kindern und Eltern gegen Schulabbau und Unterstützungsraub!

Deswegen heraus morgen, Sonntag, den 26. Juni, zur Elternbeiratswahl! Kämpft um eure Kinder und stimmt deswegen für die Liste

„Proletarischer Schulkampf"!

Unterstützungsraub — wachsende Teuerung

Infolge des Anziehens des Kartoffel- und Zuckerpreises sowie durch das Hervortreten junger Gemüse ist der Lebenshaltungsindex nach dem Stichtage vom 22. Juni von 1,169 auf 1,176 gestiegen!

Achtung! Elternversammlung!

Heute Sonnabend, den 25. Juni, 20 Uhr, findet in Halle-Nord, Körnerstraße, im Lokal Barth, eine Elternversammlung statt. Referentin: Dora Hofmeister.

An der weltlichen Schule sind, außer unserer, keine Listen eingereicht worden. Damit ist die Liste „Proletarischer Schulkampf" gewählt.

Anodenbatterien, 100 Volt M. 4.20 Akkumulatoren M. 6.00 Fahrrad-Möller Abtlg. Radio Schmeerstraße, am Markt

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-166915610193206 25-19/fragment/page=0008

Genosse Litwinow über „Abrüstung"

Auf der Genfer Abrüstungskonferenz sprach Genosse Litwinow im Hauptausschuß über die Abrüstung. Es geht bereits der fünfte Monat der Konferenz abgelaufen und noch nicht der geringste Fortschritt, noch nicht das geringste Ergebnis zu verzeichnen.

Nach fast 10jährigen Vorbereitungen hat die einberufene Abrüstungskonferenz im 5. Monat ihres Bestehens noch keine Antwort auf die Frage gegeben, ob alle auf ihr vertretenen Staaten überhaupt zu irgendeiner Abrüstung oder Herabsetzung der Rüstungen bereit seien.

Kein einziger der Hauptvorschläge der Sowjetdelegation wurde von der Konferenz angenommen. Die Sowjetdelegation erklärte, daß die von ihr vertretenen Staaten mit der Vollabrüstung bis zur Teilabrüstung (qualitativer und quantitativer) einverstanden und daß sie bereit sind, in dieser Richtung soweit zu gehen, wie es das Einverständnis der anderen Staaten gestatten wird. Ich begrüße im wesentlichen die soeben von der amerikanischen Delegation gemachten Anträge, weil sie einige wichtige Grundsätze enthalten, die die Sowjetdelegation hier auf der Konferenz aufgestellt hat.

Verhandlungen in Lausanne abermals abgebrochen

(Eig. Drahtm.) **Lausanne, 24. Juni.**

Heute fanden die direkten Verhandlungen zwischen der französischen und deutschen Delegation auf der Tributkonferenz statt, die nach der Stimmungsmache der bürgerlichen Weltpresse von „entscheidender" Bedeutung sein sollten. Sie wurden eingeleitet durch eine halbstündige geheime Unterredung zwischen Herriot und Papen. Im Kreise der deutschen und französischen Sachverständigen hielt sodann Reichsfinanzminister Graf von Schwerin-Krosigk eine längere Rede über die Wirtschaftslage in Deutschland. Die Debatte am Nachmittag war nur kurz, allerdings tatsächlich von entscheidender Bedeutung, da Herriot das unbedingte Festhalten Frankreichs am Young-Pakt betonte und Deutschland mit sofortigen Forderungen auf weitere Young-Zahlungen kam. Die Verhandlungen wurden daraufhin abermals abgebrochen. Papen fährt nach Berlin zurück; Herriot nach Paris, um dem französischen Ministerrat Bericht zu erstatten. Durch die Anerkennung der juristischen Gültigkeit des Versailler Vertrages und des Young-Plans hat Papen den Ententeregierungen einen großen Trumpf in die Hand gegeben. Jetzt fordert nicht nur die französische Regierung die Festlegung weiterer Tributzahlungen, auch Macdonald erhebt offen diese Forderung. Unter diesen Umständen steht der Mißerfolg der Papen-Regierung schon fest. Die deutschen Werktätigen, die die Tributzahlungen im vollen Umfange zahlen müssen, müssen unter Führung der KPD den Kampf um die soziale und nationale Befreiung führen.

Todesurteile gegen kommunistische Offiziere

Belgrad, 21. Juni.

Das Kriegsgericht in Marburg hat im Prozeß gegen die kommunistischen Offiziere folgendes Schreckensurteil gefällt: Oberleutnant Atatnaskowitsch und Oberleutnant Altaler werden zum Tode durch Erschießen verurteilt, Major Dschokitsch zu ... Jahren Zuchthaus, drei Leutnants und ein Unteroffizier zu je ... Jahren Zuchthaus. Die Todesurteile sollen nach Bestätigung durch das Oberste Militärgericht sofort vollstreckt werden.

Das „Verbrechen" der jungen Offiziere bestand darin, daß sie für die Millionen werktätiger Arbeiter und Bauern im Kommunismus den Ausweg aus den jetzigen grauenhaften Zuständen sahen, Verbindung mit den Arbeiterorganisationen hielten und unter ihren Kameraden für den Kommunismus warben.

Ungeheuere Provokation der Schuhindustriellen

Frankfurt, 23. Juni.

... haben hier zentrale Tarifverhandlungen für die Schuhindustrie stattgefunden. Die Unternehmer fordern einen neuen Lohnabbau von 14 Prozent und eine Kürzung der Ferienvergütung um ... Prozent für alle Betriebe. Die Verhandlungen sind daraufhin gescheitert.

Die Provokation der Schuhindustriellen ist ein Alarmsignal für alle Schuharbeiter. Vereinigt euch sofort in allen Betrieben zur Abwehr. Beantwortet jede Lohnabbauforderung, jede Verschlechterung sofort mit dem Streik!

Eine neue Nazipartei

In Braunschweig haben der frühere nationalsozialistische Minister Dr. Franzen, der nationalsozialistische Landtagsabgeordnete ... Groh und der kürzlich aus der NSDAP ausgeschlossene Redakteur des „Hamburger Tageblatts", Dr. Albert Krebs, eine Nationalsozialistische Arbeitsgemeinschaft gebildet. Die Vereinigung plant die organisatorische Zusammenfassung aller nationalsozialistischen Splittergruppen, insbesondere derjenigen, die aus der NSDAP hervorgegangen sind, zu einer neuen Partei.

Die NSBO die beste Unternehmerstütze

Der Kampf gegen die roten Betriebsräte und die Interessen der Belegschaft ist der Daseinszweck der Nazizelle

Die Nazi-Betriebszellen-Inspirateure a la Bachmann und Konsorten haben wiederholt von den mitteldeutschen Betriebsarbeitern vernichtende Abfuhren erlitten, kommen doch die Proleten sofort dahinter, daß die NSBO-Bewegung der Nazis nur den Kapitalisten dient und gegen die kämpfende Arbeiterschaft gerichtet ist. Und jede Veröffentlichung des „Klassenkampf" über den wahren Charakter der NSBO schlägt im Braunen Haus wie eine Bombe ein. Man fühlt sich immer auf frischer Tat ertappt, wenn aus dem Nazilager durch unsere Zeitung die internsten Dinge berichtet werden.

Unser Bruderorgan in München, die „Neue Zeitung", brachte kürzlich einen Bericht, der auch die mitteldeutsche Arbeiterschaft interessiert, weil er zeigt, daß eine Nazi-Betriebszelle die beste Unternehmerstütze ist.

Der „Völkische Beobachter", das Zentralorgan der faschistischen Terrorgarden, wird in München bei der Druckereifirma Müller & Sohn gedruckt. Bei der Firma besteht eine Nazi-Betriebszelle. Die Mehrheit der Belegschaft aber, die den „Völkischen Beobachter" druckt, ist rot; sie will von der Nazi-Betriebszelle ganz und gar nichts wissen. Der Unternehmer gibt sich zwar die größte Mühe, die Nazi-Betriebszelle hochzupäppeln, aber das Gegenteil tritt ein: der Zelle schwinden die Mitglieder und der Einfluß!

Die Nazi-„Theoretiker" leugnen geflissentlich den proletarischen Klassenkampf und predigen die „Volksgemeinschaft". Aber der Klassenkampf läßt sich auch in Druckereibetrieben des „Völkischen Beobachter" nicht ausschalten. Der Nazi-Betriebszellenobmann sah sich veranlaßt, folgendes Rundschreiben, datiert vom 22. April (aber heute noch aktuell), an die Zellenmitglieder zu senden:

„In letzter Zeit sind zwei Fälle vorgekommen, in denen Angehörige der Betriebszelle unserer Firma eigenmächtig und ohne mein Wissen ihre Belange beim Eher-Verlag (Direktor Amann) durchzufechten versuchten. Abgesehen von der Aussichtslosigkeit eines solchen Vorgehens, geben wir uns hiermit eine Blöße gegenüber den Marxisten unseres Betriebes und außerdem verliere ich als Obmann der Betriebszelle die Uebersicht über die evtl. an geeigneter Stelle zu vertretenden Fälle. Daher ersuche ich in Zukunft, im Einverständnis mit dem Eher-Verlag und der Geschäftsleitung des Münchner Buchgewerbehauses alle Vorkommnisse, wie ungerechtfertigte Zurücksetzungen, Kündigungen, Entlassungen usw. zuerst mir vorzutragen, damit ich derartige Fälle ohne Hinzuziehung des Eher-Verlages regeln kann. Sollten meine Bemühungen bei der Geschäftsleitung, einen Fall zu regeln, fruchtlos verlaufen, so steht uns der Weg zum Eher-Verlag immer noch offen.

Meine in letzter Zeit geführten Unterredungen mit Herrn Dir. Schweiger geben mir Veranlassung, Ihnen versichern zu können, daß, wenn jedes Betriebszellenmitglied seiner Pflicht und Schuldigkeit im Betrieb nachkommt, **ein marxistischer Betriebsrat in keinem Fall über irgendein Betriebszellenmitglied zu Gericht sitzen oder überhaupt in Anspruch genommen zu werden braucht.**

Außerdem bin ich ermächtigt, Ihnen mitzuteilen, daß ich in jedem Falle und zu jeder Zeit unter Ausschaltung des zur Zeit noch bestehenden roten Betriebsrates mit der Geschäftsleitung verhandeln kann."

Mit diesem Rundschreiben bestätigen die Nazis ganz offen, daß sie aufs engste mit der Betriebsleitung im Kampfe gegen den roten Betriebsrat stehen, und sie geben ferner zu, daß der rote Betriebsrat unerschrocken die Interessen der gesamten Belegschaft vertritt. Die Nazi-Betriebszelle fordert ihre Mitglieder auf, ihre „Pflicht und Schuldigkeit" zu tun, d. h. sie soll sich willig und gehorsam auspowern lassen, sie soll dem Unternehmer die Profite sichern.

Nationalsozialistische Arbeiter, die ihr irregeführt seid, erkennt, daß ihr genau so wie eure kommunistischen, sozialdemokratischen und parteilosen Kollegen gegen Ausbeutung, Lohnraub und Unternehmerwillkür zu kämpfen habt. Heraus aus den Formationen der faschistischen Unternehmergarden, her zur roten Einheitsfront des Proletariats!

„Hallische Nachrichten" unterstützen die braune Mordpest!

Die „Hallischen Nachrichten", das „garantiert neutrale" Generalanzeigerblatt, bemüht sich in diesen Tagen wieder, in Halle Arbeiterleser zu ergattern. Diese Zeitung hat bis jetzt gegen die neue Hungernotverordnung der Papen-Regierung mit keinem Wort Stellung genommen. Hier wollen wir zeigen, daß die „H. N." auch nicht davor zurückschrecken, den Mordterror der SA-Banden gegen die Arbeiter zu verteidigen. In ihrer gestrigen Nummer konnte man folgendes lesen:

„Im Zusammenhang mit den an den verschiedensten Stellen Deutschlands in immer stärkerem Maße in Erscheinung tretenden kommunistischen Terroraktionen sollen zugleich mit dem Erlaß der Notverordnung schärfere Maßnahmen zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung ins Auge gefaßt sein. Man spricht davon, daß für die besonders bedrohten Gebiete, nämlich das Ruhrrevier und Berlin, der Ausnahmezustand erklärt werden soll."

Die „Hallischen Nachrichten" sprechen von „kommunistischen Terroraktionen". Die bestialischen Bluttaten, die in diesen Tagen auch in Halle von den zum Arbeitermord aufgepeitschten SA-Banditen gegen Arbeiter verübt wurden, existieren für dieses „neutrale" Blatt überhaupt nicht! Dazu macht der „Generalanzeiger", genau so wie die „Saale-Zeitung" und Nazi-„Kampf", ganz offen Stimmung für das Verbot der Kommunistischen Partei! Indem die „H. N." den Naziterror verschweigen und die letzten Bluttaten der Faschisten als „kommunistischen Terror" hinstellen, hetzen sie gleichzeitig zur Unterdrückung der proletarischen Organisationen! Aus der Haltung der „H. N." ist zu ersehen, daß dieses Blatt ganz eindeutig auf der Seite der braunen Mordbanden der Nazis steht! Die Arbeiter dürfen einer derartigen Zeitung, die durch ihre versteckte, aber dafür um so gefährlichere Kommunistenhetze den Faschismus unterstützt, nicht einen Groschen opfern!

Die Zeitungen aller Antifaschisten heißen:

„Klassenkampf" und „Rotes Echo"!

In den letzten Tagen sind wieder zahlreiche Diebstähle ausgeführt worden.

Aus einem Stall in der Volkmannstraße wurden zwei schwarzweiße, vier schwarz-braune Hühner und ein gelbes Huhn gestohlen.

Hier wird aus Dreck Gold für die Schlotbarone und Krautjunker gemacht!

Eine der neuen Mischanlagen, in der aus Kartoffel gewonnener Alkohol mit Benzin zu dem neuen Einheitskraftfahrstoff vermischt wird.

Theater, Konzerte, Vorträge

Zum ersten Male „Robert und Bertram" im Stadttheater

Heute, Sonnabend, geht unter der musikalischen Leitung von Walter Trolldenier und der Spielleitung von Hans Alva zum ersten Male die Posse „Robert und Bertram" von Raeder in Szene. In dieser Aufführung wirken mit die Damen: Ruth Ambach, Anni Collini-Senden, Elfriede Draeger, Elisabeth Grunewald, Martha Haupt, Marion Kaufmann, Fanny Kölblin, Ella Rochel-Müller, Martha Seeliger und die Herren: Hans Alva, Harald v. Anderten, Fred Baasch, Paul Braune, Heinrich Dobl, Eugen Eisenlohr, Alfred Haller, Robert Jungk, Paul Herlt, Walter Kaihammer, Julius Lichtenberg, Wolf Lieber, Carl Momberg, Rudolf Massas, August Roesler, Karl Schwert und Werner Zeugner. — Bühnenbild: Behrens-Krausen.

Zoologischer Garten. Sonntag, den 23. Juni, nachmittags 4 Uhr, Konzert des großen Zoo-Orchesters unter Leitung von Benno Plätz. (Siehe heutige Anzeige.)

Rundfunk-Programm

Sonntag, den 26. Juni

6 Uhr: Funkgymnastik. 6.15 Uhr: Frühkonzert. 7.15 Uhr: Morgenmusik. 8.15 Uhr: Landwirtschaftsfunk. Zwischenfruchtbau. 9.15—10.15 Uhr: Morgenfeier: „Landschaften". 10.45 Uhr: Thüringen. 11.30—12.05 Uhr: Reichssendung. Kantate von Johann Sebastian Bach. 12.15 Uhr: Mittagskonzert. 14 Uhr: Wettervoraussage und Zeitangabe. Anschließend: Was wir bringen (Das Programm der Woche). 14.20 Uhr: Winke für die Landwirtschaft. 14.30 Uhr: Esperanto. 15 Uhr: Der Plauener Volkschor (MDAS). 15.30 Uhr: Ein musikalischer Querschnitt durch das heutige Mexiko. 16.10—16.40 Uhr: Hausmusik für Violine und Klavier. 16.45 Uhr: Das Deutsche Lexikon: Uebertragung. 17—17.30 Uhr: Chorkonzert. 17.45 Uhr: Einführung in folgende Sendung. 18 Uhr: 1. Tag: „Die Walküre" (1 Akt). 19 Uhr: Heinrich Seidel zum Gedächtnis. 19.20 Uhr: Sportberichte auf Schallplatten. 19.50 Uhr: Blick in die Zeit. 20 Uhr: Orchesterkonzert. 22.05 Uhr: Nachrichtendienst. Anschließend bis 24 Uhr: Tanzmusik.

Königswusterhausen. 6.15 Uhr: Hafenkonzert. 9 Uhr: Morgenfeier. 10 Uhr: ...konzert. 12.15 Uhr: Mittagskonzert. 14 Uhr: Elternstunde. 16.15 Uhr: ... Jahre Evangelische Arbeitervereine. 16.30 Uhr: Nachmittagskonzert. 19 Uhr: Dichtungen. 19.30 Uhr: Uebertragung aus Stuttgart. 20 Uhr: Komische Oper: „Surcouf" der Freibeuter.

Berlin. 10.45 Uhr: 700-Jahrfeier der Stadt Oranienburg. 14 Uhr: Elternstunde. 15 Uhr: Gastspiel der Funkgemeinschaft. 15.30 Uhr: Nachmittagskonzert. 18.20 Uhr: Quedlinburg. 18.50 Uhr: Franz-Schubert-Stunde. Bis 0.30 Uhr Tanzmusik.

Montag, den 27. Juni

6 Uhr: Funkgymnastik. 6.15—8.15 Uhr: Frühkonzert. 9.30 Uhr: Was die Zeitung bringt. 9.55 Uhr: Wetterdienst und Tagesprogramm. 10.15—10.45 Uhr: Schulfunk: „Kreuzzug der Kinder". Ein Lehrspiel. 12 Uhr: Joseph Haydn (Schallplatten). 13 Uhr: Nachrichtendienst, Wetterdienst und Zeitangabe. 13.15 Uhr: Neues aus Tonfilmen (Schallplatten). 14 Uhr: Erwerbslosenfunk. Theater-Nachmittage für Erwerbslose. 14.15 Uhr: Ernst Frieböse liest seine Erzählung: „Vision hinter Stäben". 14.30 Uhr: Kunst- und Filmberichte. 15 Uhr: Frauenfunk. Christiane Vulpius. Ein Lebensbild. 16 Uhr: Künstlernachwuchs. 17.30 bis 17.35 Uhr. Wettervoraussage und Zeitangabe. 18 Uhr: Stunde der Neuerscheinungen. Dr. Arno Schirokauer: „Neue Jugend, alte Erde". F. Gladkow: Neue Erde. Wolf Justin Hartmann: Fäuste! Hirne! Herzen! Klaus Mehnert: Die Jugend in Sowjetrußland. Günter Weisenborn: Barbaren. Margot Starke: Junge Menschen heute. Sergej Tretjakow: Den Schi-Schua. Klaus Mann: Kind dieser Zeit. 18.50 Uhr: Wir geben Auskunft ... 19 Uhr: Volksmusik. 19.30 Uhr: Forscher berichten. Auf Alexander des Großen Spuren durch die Libysche Wüste zum Ammonsorakel. 20 Uhr: Schallplattenkonzert. 20.40 Uhr: Bericht über die Uraufführung im Naturtheater auf den Greifensteinen. 21 Uhr: „Unrecht in Kalifornien". Ein Hörspiel. 22.05 Uhr: Nachrichtendienst. Anschließend 23.45 Uhr: Johann Christian Bach.

Königswusterhausen. 9.30 Uhr: Alle Tage Ferien. 10.10 Uhr: Schulfunk. 12.10 Uhr: Lehrergesangverein. 14 Uhr: Bekannte Schlager (Schallplatten). 15.40 Uhr: Vom Vagabunden zum Menschheitsdichter. 16.30 Uhr: Liedervortrag. 16.45 Uhr: Klavier. 17.10 Uhr: Russische Gesänge. 20 Uhr: Niederländisches Europakonzert.

Berlin. 11.30 Uhr: Konzert aus Hamburg. 15.20 Uhr: Aus Arbeit und Leben. 16 Uhr: Moderne Feuerbestattung. 17.30 Uhr: Ferienfahrten im Boot. 18.30 Uhr: Unterhaltungs- und Tanzmusik. 19.50 Uhr: Kammermusik. 21.10 Uhr: Ein Hörspiel aus Frankfurt. 22.40 Uhr: Tanzmusik.

Wie wird das Wetter?

Sonntag: Wolkiges und vorübergehend etwas wärmeres Wetter, später bei Nordwestwinden Abkühlung und örtliche Regenschauer.

Montag: Heiteres und wärmeres Wetter.

Radfahrer! Sämt. Fahrradbedarf. **Gummi-Bieder**

Verantwortlich: Franz Lieb, Halle a. d. S., für den gesamten Inhalt; Arthur Burkert, Halle, für den Anzeigenteil.

Arbeiter-Sport

Rot Sport am Wochenend

Heute abend in Bitterfeld (03-Platz)

... Uhr, der große Entscheidungskampf zwischen Greppin 1 und ... 1 um die Mitteldeutsche Meisterschaft.

Morgen Sonntag:

Im Bad des Freien Sportverein hinter dem Hettstedter Bahnübergang neben der Rennbahn, großes Strandfest. Konzert, ... Kämpfe der Athleten, Turner und Schwimmer u. a. m.

Halle: Viererturnier auf dem Sportplatz Brandberge. Entscheidungsspiele 16.15 und 17.20 Uhr.

Sennewitz: Sportfest mit Schauturnen, Schützenwettstreit ... Handballspiele.

Lieskau: Viererturnier. Entscheidungsspiele 17 und 18 Uhr.

Langenbogen: Sportfest. 11 Uhr spielt Helfta und 16.30 Uhr ... Spiel zwischen FSV 1 Halle—Friedrichschwerz.

Zörbig: Zum 25. Stiftungsfest sind von morgen an Spiele ... 15.30 Uhr spielen die Städtemannschaften Halle gegen ... und 17 Uhr: Zörbig 1—Sachsen-Gautzsch Leipzig 1. ... anderen sportlichen Veranstaltungen sind bereits gestern ... öffentlicht.

Folgende Spiele finden am 26. Juni noch statt

... Uhr	Ammendorf 4—Viktoria 4	Bruckdorf
... „	Ammendorf 2. Schüler—Bruckdorf 2. Schüler	Ammendorf
... „	Ammendorf 1. Schüler—Bruckdorf 1. Schüler	Ammendorf

...verein Brehna zur Nachricht, daß die Spiele gegen Brachwitz 1—3 ... 10. Juli abgeschlossen sind. Brandt.

... Spiele Nr. 1909—1911 sind von Priester abgesagt. Dieses den Vereinen ... zur Kenntnis (Lödejün und Gneist, Trotha). Brandt.

...nerstag, den 30. Juni 1932, 8 Uhr, findet eine **Jugendleitungssitzung** aller Vereinsjugend- und Kinderleiter im Büro, Bergstr. 4, statt. **Landesjugendleitung.**

Bezirk Eisleben, Handballsparte

Spiele am Sonntag, dem 26. Juni

13—14 Uhr	Fichte Erdeborn 3—Hornburg 1	Barucha, Unterröblingen
14—15 „	Fichte Erdeborn Schüler—Eisleben Schüler	Erdeborn
15—16 „	Fichte Erdeborn 2—Eisleben 1	Weber, Schraplau
14—15 „	Oberröblingen 1—Gerbstedt 1	Gebhardt, Erdeborn
15—16 „	Oberröblingen 2—Eisleben 2	Erdeborn

Am **Mittwoch, dem 29. Juni,** 15 Uhr, findet in Erdeborn eine Vollsitzung statt. Hierzu hat jeder Verein zu erscheinen. Nichterscheinen wird bestraft. Nachdem Handballbörse. Die Vereinsspielleiter werden hiermit zum letztenmal aufgefordert, die beim Bezirk noch nicht gemeldeten Spieler bis zum 29. Juni zu melden. Bei Nichtmelden erfolgt Schwarzstellung.

Freier Sportverein Halle. Die Musikprobe der Freiübungen zur roten Sportwoche findet heute, Sonnabend, 25. Juni, 19 Uhr, im Bad statt. Pünktliches und vollzähliges Erscheinen ist Pflicht. Kinder müssen um 18 Uhr da sein, da vorher Barren-, Ringübungen usw. durchgenommen werden.

Westdeutschland gegen Mitteldeutschland

Dienstag, 28. Juni, Sportplatz Brandberge

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019320625-19/fragment/page=0009

Nur
Landbrot Klitzschmar
Lieferant des Arbeiter-Konsums Halle a. d. S.

Gasthaus „Zum Posthorn"
an der Böllckestraße
Sonntag, den 26. Juni:
Erdbeeren mit Schlagsahne
Preisschießen

Ulzerin-Tee
Das bewährteste Wundheilungsmittel
Adler-Apotheke, Wittenberg

Beerdigungs-Anstalt
Willy Lutze
Halle a. S., Krukenbergstr. 7
(Gegenüber d. Kliniken) Tel. 25920

Winkelmanns Hosenhaus
Weißenfels, An der Pforte
(früher Damenhutgeschäft Rosel Kallen)
bringt in großer Auswahl:
Tennishosen :: Knickerbocker
Streifenhosen :: Anzughosen
Wanderhosen :: Kletterwesten
Bayernjacken :: Windjacken
Berufskleidung usw.
Alle Größen und Weiten vorrätig zu billigsten Preisen
Eleganter und bequemer Schnitt
Nur beste Verarbeitung und gute fachmännische Bedienung
Besonders preiswerte moderne
Schlafzimmer
kompl. echt Eiche
360.— 390.—
475.— 525.—
735.—
poliert
495.— 675.—
710.— 950.—
lackiert Eiche,
Nußb., Birke 210.— 295.— 360.— 395.—
Auf Wunsch Zahlungserleichterung
Transport frei!
Bettenhaus Bruno Paris
Kl. Ulrichstraße 2 bis Domplatz 9
3 Minuten vom Markt

Rich. Mordhorst
Lebensmittel, Kolonialwaren
Hausschlachtene Wurstwaren
Glaucher Straße 29

Kolonialwaren und Hausschlacht.
Wurst sowie Fleischwaren empfiehlt
Otto Arnold und Frau
Wehlitz, Ermlitzer Straße 17b

J. Dickens Leder-
handlung / Ausschnitte u
Schuhmacherbedarfsartikel
Weißenfels, Jüdenstraße 24

Moderne
Radio-Anlagen
(Netzanschluß)
gut und preiswert nur im ältesten Fachgeschäft
Radio-Keller, Merseburg a. S.
Obere Breite Str. 13

1a Kredit!
Damen Mäntel
Kleider
Kostüme
Wäsche
Schuhe
Wochenrate 2.— Mk.
Ilngler Leipziger Straße 11
Eingang Sandberg

Eine schöne farbenfreud.
Küche
ist der Stolz der Hausfrau. In großer Auswahl finden Sie diese zu
375.- 225.- 165.- 110.-
85.- 72.- RM.
Bitte sehen Sie sich unsere schön. Küchen unverbindl. an
Gebr. Jungblut
Albrechtstr. 37

Gebt für die Rote Hilfe

HANS BUCHHOLZ
HAUPTBAHNHOFS WIRTSCHAFT HALLE
BESTE KUCHE BESTE WEINE BESTE BIERE

Licht- und Kraftwerke Wittenberg, G.m.b.H.
Wittenberg, Hallesche Str. 32
Installation von: 167
Elektrische Anlagen
Gas- und Wasseranlagen
Lieferung von:
Gas- und Stromgeräten
Beleuchtungskörpern
Auf Miete mit Eigentumserwerb

Bürgers Eiskonditorei
Herrenstr. 3
empfiehlt sich der Arbeiterschaft

Sonder-Angebot
Neue u. gebrauchte Küchen u. Schlafz.
sowie einfache Möbel in großer Auswahl u. sehr billigen Preisen!
Weißenfels
Fischgasse 31

Fensterscheiben
Mocdins, Dess.-Str. 5

Weinberg-Terrassen
Regelmäßig Sonntags 7—9 Uhr
Frühkonzert
Nachm. u. abends Konzert mit Tanz

Grudeöfen
verkauft billig Heller, Steinweg 50 H.

Farbenkönig
Zeitzer Farbenhaus, Neumarktstr.
Farben, Lacke, Pinsel
Billigste Bezugsquelle!

UMZÜGE
führen billigst aus
Hallesche Eilboten
 Südergasse 2. Fernr. 21422

Tag für Tag
erinnert den Geschäftsmann bei Euren Einkäufen an den
„Klassenkampf"!

Laubenhölzer
evtl. bearbeitet
Baune, Rosenpfähle, Radiostangen etc.
erhält Sie preisw. bei
Louis Norkott & m. b. H.
Dampfsägewerk
Bogenhagenstr. 13
Tel. 2564

möbel
gebr. u. neue
Stauend
billig!
in großer Auswahl
Bitzmann
nur
Mauerstr. 3
am Franckeplatz

Rind- und Schweineschlächterei
Paul Räumbach
Bitterfeld
Dessauer Straße 54

Übertiger Molkereiprodukte
liefert frei Haus
M. Koloshi
Inh. Kurt Rauhsch
Greppin

Gasthof Dachrieden
Oberthau
Inh.: Paul Prell
empf. sich z. Einkehr

A. Andrae
Roßschlächterei
Bitterfeld-Greppin

Sie brauchen sich nicht den Kopf zu zerbrechen
wo Sie Ihren Bedarf in Bettfedern am besten eindecken, nachdem Ihnen die Gelegenheit geboten ist, direkt in der Bettfedernfabrik in Halle einzukaufen.
Sie kaufen bei uns billiger als Sie sonst gewohnt sind
Weiße Halbdaunen
RM. 5.— 6.— 6.60 7.50
Graue Halbdaunen
RM. 3.— 3.80 4.60
Gerissene Gänse Federn
RM. 2.— 5.— 6.— 7.—
Bettfedern-Reinigung
für unsere Kundschaft täglich im Betrieb
Kress & Co.
Bettfedernfabrik, Halle (Saale)

Radiogeräte
Schallplatten
von M. 1.00 an
Sprechapparate
Musikinstrumente
Musikhaus Emil Riehle
Weißenfels, Kl. Kalandstraße 5

Spaten, Schaufeln
Drahtgeflecht
Albert Bohrmann
Weißenfels

Zoologischer Garten
Sonntag, den 26. Juni, 4 Uhr
Nachmittags-Konzert
des gros. Zoo-Orchesters
Leitung: Benno Plätz

J. Israel
Wittenberg, Collegienstraße 6
Herren- und Knabenbekleidung
Berufskleidung
10 Prozent Rabatt für Konsummitglieder

Frisches Gulaschfleisch 52 Pf.
Frisches Rindfleisch
Montag billiger
Prima Schweinskopf
3 Pfd. 52
Reines fettes
Schmeerfett 52 Pf.
A. Knäusel Butter, Wurst Fleischwaren

Roßfleisch-Speisewirtschaft
Zeitz, Baderstr. 4
Täglich ab 10 Uhr
Braten mit Kompott 45 Pf.

Der erste Blick
der Hausfrau fällt auf den Inseratenteil, sie sucht vorteilhafte Einkaufsquellen!

Billige Radio-Apparate
1 Seibt 41 W (4 Röhren Vollnetz)
ohne Röhren M. 60.50
mit Röhren M. 125.—
Radio-Keller
Merseburg, Entenplan 6

Fahrräder Markenrad Garantie 48.-
Zubehör — Reparaturen
Schallplatten von 1.— an
Max Schneider, Merseburg
Mitglied der Rabattsparverein
nur Schmale Str. 19

Für den Sommer
Reisen Baden Wandern Wochenende

Flugplatz-Kasino Böllckestraße
Inhaber: Karl Beßler
Morgen Sonntag frische Erdbeeren mit Schlagsahne. Von 20 Uhr an Ballontanz. Prämiierung des besten Ballontänzers. Es spielt die beliebte Hauskapelle • 5 Minuten vom Gertraudten-Friedhof

Besucht die Bergschenke
HALLE
Angenehmes Ausflugs- u. Familienlokal. Herrlichster Ausblick ins Saaletal. Neue Bewirtschaftung. Neu renoviert. Zeitgemäße Preise.

Werbt für den
„Klassenkampf"

„Rest. Zur Passage"
Inh. Willi König, Harz 15
Jeden Sonnabend u. Sonntag Unterhaltungsmusik z. Ang. Familienlokal

Russischer Eiskeller
Inh. Karl Navim z. Gr. Brauhaus Str. 3
Treffpunkt der Arbeiterschaft

trinken nur die Milch aus der Dampfmolk. Delitzsch

Besucht
Familienbad
Schkopau
Schönstes Bad der Umgebung

Roigks Gesellschaftshaus
Diemitz b. Halle
Beliebtes Familienlokal
Schattiger Garten, Saal, Kegelbahn
Jeden Sonntag Konzert!

Man fühlt sich wohl
für wenig Geld
im neuen Café
Hünefeldt
Große Ulrichstraße 37

Roßschlächterei Aug. Thorns Nchf.
Inh.: Kurt Tennemann
Halle, Reilstr. 10

Achtung, Genossen!
Bei euren Ausflügen in die Aue kehrt ein beim Gen. **Hanstein**
Gasthaus Rattmannsdorf
20 Minuten von Fähre Röpzig

Anker - Drogerie
Halle, Trothaer Straße 19
Drogen — Farben — Verbandstoffe
Reinigungsartikel

Brot- und Feinbäckerei Alfred Meley
Bitterfeld, Hallesche Straße 24

Restaur. „Lüderitzberg"
Inh. Ernst Stark, Reile, Reilstr. 47
Angenehmer Familienaufenthalt
Schöne Vereinszim., schatt. Garten

Neuberts Restaurant und Gartenlokal, Halle, Zoosener Straße 226
Angenehmes Familienlokal
Jeden Sonntag Konzert u. Tanz

Restaurant „Zur Hafenecke"
Inhaberin: Witwe Else Vogel
Angenehmer Familienaufenthalt
Jeden Sonntag Konzert und Tanz

Bringen Sie Ihre **Reise - Fotos** zu Ostern Reine Delitzsch Berberplatz!!

Volkshaus Bitterfeld
Inh.: H. Muth
Vereinslokal aller Arbeiterorganisationen

Fahrräder - Nähmaschinen
Kinderwagen kauft man beim **billigen Schneider**
BITTERFELD, Hallesche Str. 27

LINDENHOF CRÖLLWITZ
Saal- u. Konzertlokal
Angenehmer Familienaufenthalt
Bes.: Otto Mutterlose

WEINE nur von MEIER
Merseburg, Schmalestraße 8

Motor-Salonschiff „Schwan"
335 Sitzplätze
Geschäftsstelle: Stempelhaus
W. Schubert
HALLE, Leipziger Straße 58
Telefon 240 33
sowie Einsteigestelle:
Schieferbrücke
(Mansfelder Str.)

„Schreberschlößchen" Galgenberg
Beliebtes Familienlokal des Nordens
Jeden Sonntag Konzert

Gasthaus „Zum Hafen"
Inh. H. Meier (gen. Locke)
Mansfelder Str. 13, gegenüb. d. neuen Dampfer-Haltestelle — S. Speisen u. Getränke zu billigsten Preisen
Angenehmer Familien-Aufenthalt

Rest. „Zum Rüderberg"
Inh. Kurt Werner, Gr. Brunnenstr. 28
Arbeiter-Verkehrslokal
Angenehmer Familienaufenthalt

Promenaden - Restaurant
Inh. Otto Nottrott
Universitätsring 17
Angenehmer Familienaufenthalt
ff. Speisen u. Getränke, billigste Preise

Besucht die Lichtspiele
von WILHELM WÜRKER
in **Kanena, Osmünde** und **Ennewitz-Giesien**

Restaurant
„Zum fröhlichen Zecher"
Inh.: Paul Trützschler, Halle, Torstr. 37

„Nordpol-Eisdiele"
Inh. Otto Sommer
Große Klausstraße 6

Pretzsch's Bierstuben
Inh.: Walter Pretzsch
Merseburger Str. 54
Angenehmer Familienaufenthalt
ff. Speisen und Getränke
billigste Preise

Wir bieten
Oxfordhemden . . . 2.45
Reisedecken . . . 2.95
Vogtländisches Wäschehaus
Inh. Hans Schmidt
Bitterfeld, Burgstr. 5

Familienbad Schkopau
Haltestelle
der Fernbahn Halle-Merseburg
Landschaftl. schönstes Bad in Halles Umgebung
Alter Baumbestand am Ufer
10 000 qm Spiel- und Sonnenwiesen

Gasthof Wörmlitz Inhaber: Kurt Körner
Beliebtes Ausflugslok. Angen. Aufenthalt für Familien
Jeden Sonntag Konzert

Gebt für die Rote Hilfe!

Waldhaus - Heide
Angenehmes Ausflugs- und Familienlokal
Herrlicher und schönster Waldpark der Dölauer Heide
Freyberg- u. Löwenbräu • ff. Gute Küche
Inh. Kurt Recht

Hallescher Hof
Inh. Feodor Ritter, Steinstraße 7
Angenehmer Familienaufenthalt
ff. Speisen und Getränke / Fremdenzimmer zu billigen Preisen

Lest das
Rote Echo!

Berücksichtigt unsere Inserenten!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-166915610193206 25-19/fragment/page=0010

ERSCHEINT WÖCHENTLICH

DIE ZEITUNG FÜR DIE ZEITUNG

MASSENSTIMME ZUM AUSBAU DER KOMMUNISTISCHEN PRESSE

HERAUSGEBER: DIE ARBEITER VOM BETRIEB UND DER STEMPELSTELLE
VERANTWORTLICH: DIE POLITISCHEN ZEITUNGS-OBLEUTE.

Mängel und Schwächen beim

Motor- und Radrennen der roten Sportler

Unsere Aufgabe ist: Nicht nur Agitation und Propaganda, sondern gleichzeitig stärkere organisatorische Verankerung der proletarischen Massen in der roten Einheitsfront

Korrespondenz vom Kritikus

Wegen Ueberlastung von Materialien sind wir erst heute in der Lage, den kritischen Artikel über das rote Motor- und Radfahren zu veröffentlichen. Er soll dazu beitragen, daß die Besucher der Veranstaltung in der kritischen Ueberprüfung des roten Motor- und Radrennens ihre Meinung der Redaktion des „Klassenkampf" unterbreiten, um durch eine öffentliche Kritik alle Mängel und Schwächen, die sich anläßlich der Veranstaltung ergeben haben, künftighin abzustellen. Die Redaktion.

Kampf den Diktaturmethoden der Polizei

Es ist nichts Neues, daß die Veranstaltungen der revolutionären Arbeiterschaft von seiten der Polizei überwacht werden. Mit der Umgruppierung der faschistischen Kräfte der Bourgeoisie im Reichskabinett ist keineswegs, trotz aller Versprechungen und Beschönigungen der neuen Machthaber, eine Abschwächung der politischen Notverordnungsparagraphen in der Anwendung gegenüber den revolutionären Massenorganisationen eingetreten. Davon legten die Bestrebungen des Hallischen Polizeipräsidiums gegenüber den Veranstaltern des roten Motor- und Radrennens Zeugnis ab.

Es ist doch ein einziger Skandal, daß man neben dem Verbot der Anbringung von Transparenten obendrein den roten Sportlern noch vorschreibt, welche Begrüßungsworte sie an die Zuschauermassen richten dürfen. Zu keiner Veranstaltung bürgerlicher und reformistischer Sportvereine werden von seiten des Herrn Orzie Polizeimannschaften zur Ueberwachung dirigiert.

Die Haltung der Severingschen Polizei gegenüber den roten Sportlern ist eigentlich ein politisches Zeugnis dafür, daß die Sozialdemokratie und die bürgerlichen Parteien nur die rote Sportbewegung als eine proletarische Klassenorganisation in der Sportbewegung bewerten.

Jedoch Pflicht der roten Sportler ist es, diese Verbotsmaßnahmen nicht stillschweigend hinzunehmen, sondern sie mußten sofort nach der Veranstaltung eine Protestversammlung einberufen, um die werktätigen Massen für die rote Sportbewegung zum Kampfe gegen den Faschismus zu mobilisieren und die Front der Antifaschistischen Aktion zu verstärken.

Neue Methoden der Propaganda fehlten

Wie bereits erwähnt, hatte das Polizeipräsidium verfügt, daß die Anbringung von Transparenten verboten ist. Soweit wie sie vorhanden waren, mußten sie wieder beseitigt werden, denn erst 2 Stunden vor Beginn der Veranstaltung bequemte sich das Polizeipräsidium zu den Verbotsmaßnahmen.

Wie die Verlagsleitung des „Roten Echo" mitteilt, hatte sie bis zur Stunde des Rennens keinerlei Mitteilung erhalten, was für die Propaganda des „Roten Echo" gestattet oder verboten sei. Dabei wird mitgeteilt, daß bei der wochenlangen vorherigen Anmeldung die zuständigen Polizeiinstanzen für die Propaganda der kommunistischen Presse keinerlei Beanstandungen vorbrachten.

Im übrigen sei bemerkt, daß in allen größeren Städten von seiten der bürgerlichen Zeitungs-Verlage größere Radrennen veranstaltet werden, wogegen die Polizeibehörde niemals Einspruch erhebt.

Diese Rennen finden nicht nur auf geschlossenen Rennbahnen statt, sondern größtenteils auf Landstraßen. Hierfür bekommen stets die bürgerlichen Zeitungsverlage die Genehmigung durch die Sportbehörde für Verkehr erteilt und niemals werden ihnen Schwierigkeiten gemacht.

Wenn nunmehr keine Transparente, die auf die Werbung für das „Rote Echo" und den „Klassenkampf" hinweisen, angebracht werden durften, so konnte man andere Methoden der Propaganda in Anwendung bringen. Wo blieben denn die Hallischen Stoßtrupps der Presse? Konnte der Verlag nicht in letzter Minute Sprechchöre von jungen Sportlern zusammenstellen, die von den Tribünen in den Innenraum heraus aufforderten zum Abonnement einer kommunistischen Zeitung?

In die Fahrer hat die Verlagsleitung des „Roten Echo" wohl nicht gedacht? Während des Städtekampfes oder im Fliegerrennen über 5000 Meter und dergleichen mehr war es sehr gut möglich, allen Fahrern einen großen Buchstaben mit der Parole: „Werbt und lest das „Rote Echo", geklebt auf die Pappe, auf dem Rücken anzubringen. Zum Schluß des Rennens hätten sie dann einige „Ehrenrunden" gefahren.

Kurzum, Möglichkeiten zur Propaganda für das „Rote Echo" gab es mannigfaltige, bloß mußte sofort auf die veränderte Situation, herbeigeführt durch die Verbotsmaßnahmen der Polizei, reagiert werden.

Wenn von den Parteigenossen und den Mitgliedern der revolutionären Massenorganisationen in den unteren Organisationseinheiten mehr Beweglichkeit verlangt wird, um sich nicht den Maßnahmen der Gegner überraschen lassen, dann müssen mindestens die verantwortlichen Genossen von der Leitung der Veranstaltung des roten Motor- und Radrennens mit gutem Beispiel vorangehen.

Bessere Organisationstechnik ist notwendig

Im allgemeinen muß festgestellt werden, daß durch die proletarische Disziplin das Programm gut abgewickelt werden konnte. Aber immer klappte die Arbeit der Rennleitung. Nach jedem Start- und gleich wieder die nächsten Fahrer ihre Maschinen fertigmachen, um keinen Tempoverlust eintreten zu lassen. Das war nicht immer der Fall. Und es zeugt wahrlich nicht von großer Autorität und großem Geschick, wenn der Techniker in der Rennleitung erst durch das Mikrophon des Lautsprechers verkünden lassen muß, daß die Fahrer schneller anzutreten haben.

Ohne Zweifel ist zu berücksichtigen, daß der größte Teil der verantwortlichen Genossen sehr wenig oder gar nicht derartige Funktionen bisher ausfüllten, aber die primitivsten Kniffe der Organisationsfragen für eine derartige Veranstaltung müssen die verantwortlichen Funktionäre beherrschen.

Künftighin darf es auch nicht wieder passieren, daß die Rennleitung in der Bekanntgabe der Resultate durch das Publikum korrigiert werden muß. Im oppositionellen Arbeitersport muß die Durchführung der Veranstaltung reell und fair vor sich gehen.

Programm war zu reichhaltig ausgestaltet

Ein Sieben-Stunden-Programm ist wirklich des Guten zu viel. Nicht die längere Dauer der Veranstaltung entscheidet die bessere Qualität der Leistungen der roten Sportler gegenüber den bürgerlichen und Reformisten, noch immer ist das technische Können, in Verbindung gebracht mit der klassen- und massensportlichen Ausgestaltung des Programms, die entscheidende Frage unserer Veranstaltung. Wenn die Polizei die Schriftpropaganda verboten hatte, so konnten in den Pausen an ihrer Stelle von den Massen, angestimmt durch die Fahrer, einige revolutionäre Lieder gesungen werden.

In den verschiedensten Läufen aber selbst. Bereits die Morgenstunden konnten zu einigen Vorläufen verwandt werden. Zumindestens war es notwendig, nach der Ueberprüfung der Leistungen der Fahrer an den Trainingstagen, diejenigen herauszustellen, bei denen es feststand, daß sie beim Rennen gar nicht in Erscheinung treten.

Um auch das zu vermeiden, war es Pflicht der Rennleitung, die Zahl der Fahrer einzuschränken, angemessen eines Vier- bis Fünfstundenprogramms. Die verantwortlichen Funktionäre müssen doch zugeben, daß bei solchen Klassefahrern als Bendlin-Halle, Franke-Leipzig, Heyl-Halle, Bernatz-Eilenburg, Saiz-Halle, Baum-Jena, Köhler-Halle, Seidel-Leipzig u. a., einige Teilnehmer für das Auge des Zuschauers eine Belastung darstellten und kein Interesse hervorriefen. Eine Umstellung für künftige Veranstaltungen ist dringend erforderlich.

Was die roten Sportler politisch nicht auswerten

Im Bericht über das rote Motor- und Radrennen im „Mitteldeutschen Arbeitersport", dem Organ der roten Sportler, ist nicht eine Zeile enthalten, die in Verbindung mit der Veranstaltung Bezug nimmt auf die Rolle des reformistischen Arbeiterrad- und Kraftfahrer-Bundes „Solidarität", geschweige zum bürgerlichen Sport. Das ist ein großer politischer Mangel. Wurden doch von den reformistischen Sportbürokraten Tausende von klassenbewußten roten Kameraden aus dem Bunde ausgeschlossen, da sie gegen die staatserhaltende Politik der Bundesführung kämpften.

Die Organisation wurde durch den politischen Kurs der Sozialdemokraten Niemann und Co. ihres proletarischen Klassencharakters beraubt, für dessen Erhaltung Tausende von Mitgliedern im steten Kampfe stehen. Mit der Spaltung wollten die SPD-Bürokraten die Liquidierung der Opposition erreichen. Selbst die kapitalistische Staatsgewalt nahm die Spalterbonzokratie in Anspruch zur Unterdrückung der roten Sportbewegung, die in fortwährender Entwicklung, in dauerndem Wachsen begriffen ist.

Trotz aller Unterdrückungsmaßnahmen ist es den Spaltern nicht gelungen, die Kampfgemeinschaft für rote Sporteinheit zu zerschlagen, denn immer mehr Vereine der revolutionären Opposition im Arbeitersport steht, viele sportreibende Arbeiter und Arbeiterinnen aus den bürgerlichen Organisationen, gliedern sich in die antifaschistische Sportfront ein, die unter der Führung der revolutionären Opposition im Arbeitersport steht.

In Mitteldeutschland gibt es rund 12 000 Mitglieder im „Soli" und einige tausend Arbeiter in den bürgerlichen Radsportverbänden. Die Mehrheit gilt es zu gewinnen für die rote Sporteinheit! Aber wie? Selbstverständlich mit sportpolitischen Argumenten, aber gleichzeitig in Verbindung mit den sporttechnischen Fragen.

Das rote Motor- und Radrennen bot eine Anknüpfung an die dringende Aufgabe der roten Sportler, nämlich die Verbreiterung und Vertiefung der Basis der revolutionären Opposition im Arbeitersport. Es gilt die Frage zu stellen: Wurden an alle Organisationseinheiten im „Soli" Anschreiben und Flugblätter zur Beteiligung zum roten Motor- und Radrennen herausgegeben? Jedenfalls konnte die Veranstaltung zu einem wuchtigen Bekenntnis der roten Einheitsfront im Rahmen der Antifaschistischen Aktion ausgestaltet werden.

Obendrein findet in dem Bericht die Veranstaltung keine Würdigung gegenüber dem reformistischen Verband „Solidarität" in Mitteldeutschland, der seit Bestehen der Hallischen Rennbahn nicht in der Lage gewesen ist, ein derartiges Motor- und Radrennen zu organisieren, trotz zahlenmäßiger überlegener Stärke. Wieviele Hunderte, wenn nicht Tausende von Mitgliedern vom „Soli" in Mitteldeutschland wären sofort bereit, sich der KG für rote Sporteinheit anzuschließen, wenn eine sofortige Auswertung der Veranstaltung organisiert und auch wirklich durchgeführt würde.

Unermüdlich und zähe

haben viele aktive Parteiarbeiter und Stoßbrigadler in den letzten Wochen den Kampf geführt gegen die Presse der Arbeiterfeinde, um durch eine gute politische Aufklärungsarbeit Tausende von neuen Abonnenten für

„Klassenkampf" und „Rotes Echo"

zu werben. Bei der Verschärfung der politischen Situation und des Anwachsens der Gefahr der offenen faschistischen Diktatur sowie erneuten Lohnrauboffensive der Kapitalisten ist ein verschärfter Kampf zu führen gegen die Presse der Faschisten aller Schattierungen. Am morgigen Landsonntag stellt mit in den Vordergrund der Agitation die Pressewerbung.

Werbt tausende neue Leser!

Die Eintrittspreise waren viel zu hoch angesetzt

Das ist das heikelste Kapitel. Ein Urteil als Außenstehender darüber abzugeben, ist eine riskante Sache. Trotzdem muß es geschehen. Zu viel differenzierte Preise anzusetzen ist für Arbeiterveranstaltungen unangebracht. In anderen Städten ist es auch nicht üblich. Wenn sich die Veranstalter von der Meinung haben leiten lassen, daß recht viele Zuschauer vom „finanzkräftigen" Mittelstand und Interessenten des bürgerlichen Motor- und Radsportes zum roten Motor- und Radrennen erscheinen würden, so haben sie schwer daneben gehauen.

Im Vordergrund der Preisgestaltung hat das Moment zu stehen, wie dressiere ich die Unkosten, um Tausenden von Arbeitern und Arbeiterinnen und besonders den Erwerbslosen die Möglichkeit zur Beteiligung an der Veranstaltung zu geben.

Ohne Zweifel war die Veranstaltung nicht schlecht besucht, aber der Andrang hätte so stark sein müssen — und die Voraussetzungen sind in Halle vorhanden —, daß die Rennbahn nicht nur überfüllt und polizeilich gesperrt, sondern das rote Motor- und Radrennen wiederholt werden mußte. Bei einem Eintrittsgeld von 30 Pfennig im Vorverkauf für 5000 bis 6000 Erwerbslose konnte der Höchstprozentsatz der Unkosten gedeckt sein. Hinzugenommen noch 3000 bis 4000 Zuschauer mit höheren Preisen — Höchstgrenze 1 Mark —, dann konnte noch ein erklecklicher Ueberschuß gemacht werden. In der Einschränkung der Fahrer hätte sich auch bestimmt eine Einsparung vornehmen lassen können; was sich bei der Kalkulation in der Balancierung des Etats zugunsten einer niedrigen Gestaltung der Eintrittspreise ausgewirkt hätte.

Es sei offen ausgesprochen, daß Hunderte von Erwerbslosen vor den Toren der Rennbahn standen, denen der Eintritt durch die hohen Preise verwehrt war, worüber viele ungehalten waren. Künftig hin müssen die Veranstalter derartiger proletarischer Veranstaltungen nicht wieder in die alten Fehler verfallen, vielmehr ist vieles wieder gut zu machen.

Einwendungen, daß bei bürgerlichen Rennveranstaltungen bedeutend höhere Preise gefordert werden, sind nicht stichhaltig. Erstens steht bei ihnen die Frage des Sportes als Geschäft und weitens besucht anderes Publikum die Veranstaltungen, das finanzkräftiger ist.

Zugegeben sei, daß viele Arbeiter und Werktätige ihr Geld zu ment für uns, um an ihnen beweisen zu wollen, daß unsere Mitglieder und die Sympathisierenden, die wir in unseren Veranstaltungen sehen wollen, die hohen Preise zu zahlen haben. Für die Armen ist das Beste und Billigste schlecht genug, das muß unser Grundsatz sein, unter der

stärksten Berücksichtigung, daß bei den Veranstaltungen kein Defizit entsteht.

Vielleicht ist jemand anderer Meinung, dann möge er sich äußern. Es gibt noch mannigfaltige Argumente, um obige Meinung zu erhärten.

Die kritischen Bemerkungen mögen für dieses Mal genügen. Neben der Aufzeigung der Mängel und Schwächen sind gleichzeitig die positiven Vorschläge zur Bessergestaltung gemacht. Eine derartige Stellungnahme ist in der gegenwärtigen politisch-wirtschaftlichen Situation notwendig, da bei allen Veranstaltungen in erster Linie das agitatorische und propagandistische Moment zu beachten ist, um die Massenbasis des revolutionären Proletariats zu verbreitern.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-166915610193206 25-19/fragment/page=0011

AUS-DEM-BEZIRK

Landsonntag am 26. Juni im Unterbezirk Bitterfeld

An alle Ortsgruppen und Betriebszellen!

Folgende Instrukteurgebiete führen am Sonntag die Landagitation durch:

Bitterfeld. Nach Rösa und Brösa.

Greppin und Wolfen. Nach Thalheim und Reuden.

Holzweißig. Seelhausen und Paupitzsch.

Niemegk. Niemegk.

Döbern. Döbern.

Düben mit den Ortsgruppen Söllichau, Cossa und Schwemsal nach Authausen, Durchwehna und Tornau.

Friedersdorf, Mühlbeck und Pouch bearbeiten ihre Ortschaften selbst.

Brehna, Roitzsch und Petersroda, die Ortschaften Quetz, Beyersdorf, Glebitzsch, Dammendorf, Juliushof, Torna, Zaasch und Rödgen.

Ramsin, Sandersdorf, Zscherndorf, Zöberitz: Köckern, Renneritz, Tanepöls und Zschepkau.

Zörbig, Spören, Ostrau: Löberitz, Löbersdorf, Göttnitz, Schrenz-Siegelsdorf, Gösseln, Plötz, Werterthau, Brehlitz, Kütten.

Golpa, Gräfenhainichen, Zschornewitz, Großmöhlau: Jüdenberg, Gremmin, Strohwalde, Schleesen, Radis, Mescheide, Schköna und Hohenlubast.

Schlaitz, Gröbern, Burgkemnitz: Cossa, Schmerz, Plodda und Krina.

Die Instrukteurgebietsleiter müssen sofort den Ortsgruppen ihres Instrukteurgebietes die betreffenden zu bearbeitenden Ortschaften zuweisen.

Der Landsonntag beginnt am Sonntag vorm. 9 Uhr.

Als besondere Materialien sind die zentrale Bauernzeitung und die Landbroschüren: „Bauernkampf gegen Zwangsversteigerung", „Bauern am Scheidewege" mitzunehmen. Literatur kann noch sofort bei der UB-Litstelle bestellt und abgeholt werden. „Rote Echos" zum Landsonntag müssen beim Verlag sofort mehr bestellt werden.

Mansfeld-Sangerhausen

Bennstedter Arbeiter kampfbereit

(Arbeiterkorrespondenz Bennstedt)

Auf dem Rittergut Koch in Bennstedt ist seit kurzem eine Nazikaserne eingerichtet. Nazi-Zahler mit seiner SA-Anhängerschaft hat es wahrscheinlich mit der Angst zu tun bekommen und deshalb die Verstärkung seiner Truppen durch Nazis, die zum größten Teil aus Halle herangeholt wurden. Wahrscheinlich wollen diese Helden wieder eine alte Sitte von früher einführen, denn Abend für Abend laufen sie mit weißen Bettüchern herum. Diese Gespenstergestalten sind aber schon mehrfach auf Proletenfäuste gestoßen und es besteht wohl schon die Gewißheit, daß sie diese Versuche nicht mehr wiederholen werden.

Zu allen Maßnahmen der Nazis hat unsere Polizei nichts zu sagen, davon ist nie etwas bekannt. Wenn aber Erwerbslose, die im Verdacht stehen, Kommunisten zu sein, abends spazieren gehen, werden sie mit vorgehaltener Pistole angehalten und gefragt, wo sie hin wollen. Es hat unsere Erwerbslosen schon gewundert, daß sie nicht auch noch nach Waffen durchsucht werden. In anderen Fällen soll es ja schon vorgekommen sein.

Auch hier bestätigt es sich wieder, daß Kommunisten mit allen Mitteln verfolgt werden, während die Nazis unter polizeilicher Duldung nach ihrem Gutdünken schalten und walten können. Das muß ein Ansporn sein für alle Werktätigen, mit allen Mitteln die Einheitsfront in der Antifaschistischen Aktion zu organisieren und die Anhänger des Dritten Reiches in ihre Schranken zurückweisen zu können.

Nachdem der hier als Gemeindevorsteher amtierende Sozialfaschist die Wohlfahrtsunterstützungen abgebaut hat, wurde jetzt auch die Pflichtarbeit eingeführt. Dabei kommt es nun vor, daß jugendliche Erwerbslose, die noch ganze 90 Pfennige an Unterstützung in der Woche erhalten, sechzehn Stunden pro Woche Pflichtarbeit leisten sollen. Auf diese Art und Weise glauben die sozialdemokratischen Bürokraten, der faschistischen Papen-Regierung ihre Dienstwilligkeit beweisen zu können. Sie liefern damit bereits ein Beispiel, wie die Erwerbslosen und mit ihnen die gesamte werktätige Bevölkerung in Hitlers Reich abgespeist werden sollen. An dem harten Kampfwillen der Arbeiterschaft müssen diese Pläne zerschellen.

Kämpft mit uns, mit den Kommunisten um Freiheit, Arbeit und Brot, für ein sozialistisches Deutschland.

Bitterfeld-Wittenberg

Dem Kinderelend gilt unser Kampf

(Arbeiterkorrespondenz Pretzsch a. d. Elbe)

Die Vorbereitung zu den Wahlen der Elternbeiräte sind auch hier in vollem Gange. Zum ersten Male hat die Arbeiterschaft eine Liste „Proletarischer Schulkampf" aufgestellt. Ebenso gelang es in der letzten Schulversammlung, den Wahlvorstand zu besetzen. Dabei machten die Bürgerlichen den Vorschlag, von einer Wahl Abstand zu nehmen, man solle sich einigen.

Nichts wurde bisher für die Arbeiterkinder von seiten des Elternbeirates getan. Sowohl der Lehrer als auch der Konrektor haben sich manches geleistet, trotz Einspruchs der Eltern. Ja, der Konrektor Kehlkopf brachte es fertig, Kinder so zu schlagen, daß sie rote und blaue blutunterlaufene Schwielen davontrugen, daß sie nicht sitzen konnten. Ja, Kinder im Alter von 6 und 7 Jahren wurden sogar zur Strafe in den Keller gebracht.

Wie sieht es auch mit der Lehrmittelfreiheit für die Arbeiterkinder aus? Für die Kinder der Bürger und Handwerksmeister sind Lehrmittel vorhanden, aber für Arbeiterkinder nicht. Wie kommt es weiter, daß in der Schule von den Roten und Bolschewiki erzählt wird, die man vernichten müsse, weil sie Schädlinge seien. Die Arbeiterschaft wird am 26. Juni darauf die Antwort geben und Abrechnung halten.

Sie geben restlos ihre Stimme der Liste „Proletarischer Schulkampf", beginnend mit den Namen: Schubert, Hayer und Paetz.

Achtung! Elternbeiratswahlen in Weißenfels!

Wahlzeit Berg- und Beuditz-Schule von 9—2 Uhr!

Wahlzeit Neustadt-Schule von 10—4 Uhr!

Heraus gegen Kinderelend und Schulabbau! Alle Stimmen für die Liste: Proletarischer Schulkampf!

Das Proletariat muß siegen!

Sendet Delegierte zur Einheitskonferenz am Sonntag, dem 3. Juli, 9 Uhr vormittags in Zeitz

Kein Tag vergeht, an dem nicht der Draht die Kunde eines neuen Ueberfalls der SA auf revolutionäre Arbeiter bringt. Aus Düsseldorf, Berlin, Leipzig, Hessen, Zeitz, aus allen Enden und Ecken von Deutschland werden Terrormaßnahmen der Nazis gemeldet. Hindenburg, durch die Stimmen der Sozialdemokratie zum Reichspräsidenten gewählt, hat das Verbot der SA aufgehoben. Die SA, im Siegesblutrausch, rächt sich an der Arbeiterschaft.

Hindenburg, von der SPD als Retter im letzten Wahlkampf bezeichnet, hat nicht, wie die Sozialdemokratie behauptete, Hitler von der Machtübernahme abgehalten, sondern das Kabinett Papen mit der Regierungsführung beauftragt, das die offene faschistische Diktatur errichtet.

Die Armen müssen dafür bluten. Die Erwerbslosen noch mehr wie bisher hungern. In die Wohnungen der Rentner, der Opfer des Krieges und der Arbeit zieht unsägliches Elend ein. Die wirtschaftliche Ausplünderung der Massen wird ergänzt durch die politische Unterdrückung. Die Kommunisten werden vom Rundfunk ferngehalten, während die Betrüger aus den Reihen der NSDAP und der Deutschnationalen vom Mikrophon aus Millionen Arbeiter und Werktätige mit ihren Schwindelerzählungen belästigen dürfen.

Das Verbot der Kommunistischen Partei wird vorbereitet. Das Proletariat soll wehrlos gemacht werden. Die Reaktion triumphiert. Die Arbeiterschaft wird geknechtet.

Doch ein einheitlicher Wille geht durch viele Millionen Arbeiter. Der Faschismus muß geschlagen werden. Hitler darf nicht an die Macht. Papen muß verschwinden. Schon schließen sich kommunistische, sozialdemokratische und christliche Arbeiter zum gemeinsamen Abwehrkampf zusammen. In Zeitz und Weißenfels und vielen Orten Deutschlands formiert sich die Arbeiterschaft zur Antifaschistischen Aktion.

Die Arbeiterschaft fordert mit Recht den gemeinsamen Kampf gegen die faschistische Diktatur.

Wenn die Arbeiterschaft einheitlich und geschlossen den Kampf gegen den faschistischen Terror, die faschistische Diktatur führt, ist der Faschismus in wenigen Tagen erledigt, muß Papen und Hitler verschwinden. Das Proletariat wird und muß siegen.

Um eine gemeinsame Plattform des Kampfes gegen die faschistische Diktatur zu schaffen, veranstalten wir am

Sonntag, dem 3. Juli, 9 Uhr vorm., in Zeitz eine Einheitskonferenz

Die Konferenz hat die Aufgabe, eine gemeinsame Plattform des gemeinsamen Kampfes gegen die faschistische Diktatur zu schaffen.

Genossen, Kameraden!

Paul Franken erklärte in einer Versammlung in Zeitz: „Wenn das Proletariat einig ist, vertausendfacht es seine Kräfte." Sehr richtig. Wir wollen die Einheit des Proletariats zum Zwecke des gemeinsamen Kampfes gegen die faschistische Diktatur. Wir wollen die rote Einheit zur Durchführung der Antifaschistischen Aktion. Wir wollen die kämpfende rote Einheit zur Errichtung der Diktatur des Proletariats.

Nicht Einheit für die Aufrechterhaltung der kapitalistischen Ausbeutung, sondern Einheit des Kampfes um des Sozialismus willen. Das ist unser Ziel.

Genossen, Kameraden, Gewerkschaftler!

Fordert von den Ortsgruppen der Sozialdemokratischen Partei, des Reichsbanners und der Gewerkschaften die sofortige Wahl von Delegierten zur Konferenz. Entsendet selbst Delegierte. Erscheint als Gäste auf der Konferenz. Jeder Ort, jeder Betrieb, jede Ortsgruppe muß auf der Konferenz vertreten sein.

Es gilt den Faschismus zu schlagen.
Es geht um die Zukunft der Arbeiterklasse.
Es geht um den Sozialismus.
Das Proletariat muß siegen.

Organisationskomitee für die Einheitskonferenz
J. A.: Emil Görmer, Teuchern

SPD-Gemeindesozialismus in der Praxis

Die Hindenburg-Wähler erwachen — Schuldenlast von 1,5 Millionen in der Gemeinde

(Arbeiterkorrespondenz Teutschenthal)

Unterteutschenthal! Ein kleiner Ort im Hungergebiet des Mansfelder Seekreises. Arbeitsmöglichkeiten sind kaum mehr vorhanden. Fast die gesamte arbeitende Bevölkerung ist erwerbslos. Wiederum sollen die Wohlfahrtsunterstützungssätze gekürzt werden. Erneut sind alle Unterstützungsempfänger auf das Amt geladen, wo neue Anträge gestellt werden sollen. Dort wird versucht, den Aermsten der Armen das letzte zu nehmen. Erregt stehen die Arbeiter mit ihren Frauen und Kindern in Diskussionsgruppen auf der Straße zusammen. Unter ihnen noch viele Proletarier, die es nicht fassen wollen, daß die neue nationale Regierung, die das grauenhafte Elend der Notverordnungspolitik als staatliche „Wohlfahrtsanstalt" zu bezeichnen wagte, nunmehr der Geißel Brünings die Skorpione Papens folgen läßt.

Auf den Bänken des Friedhofs in Unterteutschenthal sitzen die armen Knappschaftsinvaliden. Wenn man mit diesen alten Bergwerkkumpels diskutiert, so machen sie ihrem Herzen Luft. „Nun haben wir diesmal Hindenburg gewählt, in dem Glauben, es werde besser werden, wir könnten unsere Renten behalten, es käme keine neue Notverordnung mehr", so lauten ihre Ausführungen. Besonders verweisen sie dabei auf das Eintreten der SPD für Hindenburg. Ein Arbeiter erzählt: „Karl Stückrot, der Vorsitzende der SPD, hat doch während der Reichspräsidentenwahl Glanzdruckkarten mit dem Bildnis Hindenburgs versandt, auf denen folgende Worte standen: „Wer Hindenburg wählt, schlägt Hitler". Die raffinierte Verlogenheit dieser Politik bekommt jetzt die Arbeiterschaft am eigenen Leibe zu spüren.

Die Gemeindekasse ist leer. Die Schuldenlast beträgt rund eineinhalb Millionen Mark. Grund und Boden, fast alle Häuser gehören der Siedlungsgesellschaft. Diese Tatsachen zeigen ein Bild der Entwicklung des „Gemeindesozialismus", wie ihn die SPD immer propagierte. Die Sozialdemokraten haben hier eine Mehrheit im Gemeinderat; die Aemter sind fast restlos von SPD-Größen besetzt. Als kommissarisch eingesetzter Gemeindevorsteher regiert der SPD-Mann Hermann Brandt. Die wirkliche Politik in der Gemeinde wird aber von dem kleinen Mussolini Bruno Böttge gemacht. Alle Taten dieses Direktoriums lagen im Interesse der Bourgeoisie. Mit grenzenlosem Haß verfolgen diese SPD-Größen die revolutionäre Arbeiterschaft und vor allem die Parteifunktionäre. Sie waren die besten Förderer der Notverordnungspolitik, deren Auswirkungen die gesamte werktätige Bevölkerung immer aufs neue zu spüren bekommen hat. Diese Sozialfaschisten waren die Wegbereiter des Faschismus.

Trotzdem haben sie es noch einmal verstanden, ihre Anhänger kopfscheu zu machen.

So wurde dort am 13. Juni behauptet, daß die KPD nicht gegen den Faschismus, sondern mit Messer und Mord gegen die SPD kämpft. Die zahllosen Urteile der Justiz gegen revolutionäre Arbeiter beweisen, wie es mit den Lügen der „LV" in Wirklichkeit steht. Ebenso bestätigen die zahlreichen Uebertritte von SPD-Arbeitern zur KPD die Richtigkeit unserer Feststellung, daß die SPD-Führer die schlimmsten Feinde in den Reihen der Arbeiterschaft sind. Diese Arbeiter haben erkannt, daß die Politik der SPD-Führer erst den Vormarsch der Hitler-Garden ermöglicht hat.

Trotz aller Anstrengungen dieser SPD-Führer, Aussprachen zwischen kommunistischen und sozialdemokratischen Arbeitern zu verhindern, wird und muß die proletarische Einheitsfront im Kampf gegen den Faschismus, gegen die Notverordnungsdiktatur um den Sozialismus erstehen. Die revolutionären Arbeiter dürfen nicht müde werden, die wirklichen Tatsachen aus diesem Kampfe vor allen Werktätigen klarzustellen.

Das Betreten des Parteihauses

Halle, Lerchenfeldstraße 14, ist nur bei einwandfreier Legitimation mit dem Parteibuch möglich. Niemand wird ohne Parteibuch zum Betreten der Parteiräume zugelassen. Die verschärfte Situation, die Spitzel und Provokateure zur größten Aktivität gegen die KPD aufmuntert, erfordert die schärfsten Vorsichts- und Kontrollmaßnahmen. Parteieinheiten dürfen ferner keinesfalls Ausweise für sogenannte „wandernde Genossen" ausstellen. Auch in den UB- und Ortsbüros der Partei ist die größte Vorsicht am Platze.

Bl, Org-Abtlg.

Merseburg-Querfurt

Die antifaschistische Einheitsfront muß erstehen

A.-K. Radefeld. Die SA-Banden der Nationalsozialisten sind wieder legal! Verschärfter Terror hat eingesetzt. Diese Gefahren erkennend, hatte die Ortsleitung der KPD die sozialdemokratischen Arbeiter zu einer gemeinsamen Aussprache über Abwehrmaßnahmen aufgefordert. Große Aufregung herrschte darüber bei den Drahtziehern der SPD. Mit den Lügen- und Tendenz-Meldungen der „Leipziger Volkszeitung"

Delitzsch-Torgau

SPD-Bürokratie verhängt Unterstützungssperre

A.-K. Eilenburg. Das Kind eines Arbeiters, der mit seiner Frau in Scheidung lebte, mußte im Januar dieses Jahres mehrere Wochen im Krankenhaus liegen. Nach der Gesundung wurde es ins Kinderheim geschafft. Jetzt forderte plötzlich das Wohlfahrtsamt von dem Arbeiter,

daß er von den acht Mark, die er an Unterstützung erhält, noch drei Mark für das Kind bezahlen sollte.

Schließlich mußte das Wohlfahrtsamt einsehen, daß dies unmöglich wäre. Und deshalb gaben die am Wohlfahrtsamt tätigen Sichting und Kilian dem Arbeiter den Rat, er solle von Eilenburg verschwinden, trotzdem er schon 3½ Jahr am Orte ansässig ist. Als dieser Arbeiter diese Tatsachen in einer Erwerbslosenversammlung vorgebracht hatte, erhielt er folgendes Schreiben:

„Wir machen Sie darauf aufmerksam, daß wir die Ihnen bisher gewährte Unterstützung mit dem 2. Juli dieses Jahres einstellen, da sie mit landwirtschaftlichen Arbeiten vertraut und daher in der Lage sind, sich ihren Lebensunterhalt durch Landarbeit zu verdienen."

Unterzeichnet war dieses Schreiben vom sozialdemokratischen Stadtrat Burkhardt. Der Arbeiter ist von Beruf Bergmann, kennt überhaupt nichts von landwirtschaftlichen Arbeiten und lehnt deshalb selbstverständlich eine derartige Zumutung ab. Wieder einmal wird aber nachgewiesen, in welcher Weise die sozialdemokratische Gemeindebürokratie die Arbeiter jeglicher Unterstützung zu berauben versucht. So kann es allen gehen, deshalb schließt euch zusammen gegen den Lohn- und Unterstützungsabbau. Allein die Kommunistische Partei vertritt die Forderungen der Werktätigen.

Zipsendorf. Das Gewerkschaftskinderfest, organisiert vom Verband der Bergbauindustriearbeiter, findet am 2. und 3. Juli statt. Die Kinder müssen rechtzeitig gemeldet werden. Am Sonnabend, dem 2. Juli, 20.30 Uhr, Antreten zum Fackelzug am Gasthof Seiferth. Sonntag früh Weckruf; 13.30 Uhr Ausmarsch nach dem Festplatz. 20 Uhr in der Kulturhalle Abschlußveranstaltung. Der Bergbauindustriearbeiterverband ladet die Arbeiterschaft zu den Veranstaltungen ein, die durch Initiative oppositioneller Kameraden zu einer Kampfveranstaltung im Zeichen der roten Einheitsfront werden muß.

Letzte Kurzmeldungen

Eilenburg. Der Zusammenstoß in Eilenburg — Verfahren eingestellt. Die Staatsanwaltschaft in Torgau hat das Verfahren wegen der Zusammenstöße zwischen Angehörigen der „Eisernen Front" und Nationalsozialisten am Sonnabend vor den Preußenwahlen eingestellt, weil die offenbar nicht ortsangehörigen Täter nicht haben festgestellt werden können.

Zeitz. Bestätigtes Zuchthausurteil gegen einen Fabrikdirektor. Die Revision gegen das Urteil der Strafkammer in Naumburg a. d. S. vom 16. März 1932 gegen den Fabrikdirektor Willi Opel, das auf 1 Jahr 6 Monate Zuchthaus und 5 Jahre Ehrverlust wegen Verleitung zum Meineide lautet, ist durch Beschluß des Reichsgerichts als offensichtlich unbegründet verwiesen worden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019320625-19/fragment/page=0012

DER ROTE STERN 9. JAHRGANG JUNI 1932 / NR. 26

„Die Sowjetmacht hat über 30 Milliarden zaristischer Schulden auf revolutionärem Wege annulliert! Auf diesem Wege wollen und werden auch wir den Youngplan zerreißen!“

Aus der Reichstagsrede des Genossen Ernst Thälmann am 11. Februar 1930

Die Schulden des Zaren werden nicht anerkannt!
Die Tributverpflichtungen sind annulliert!
Aus: Artikel II der Verfassung der Sowjetunion

Die proletarische Revolution zerfetzte den wilhelminischen Raubfrieden von Brest-Litowsk

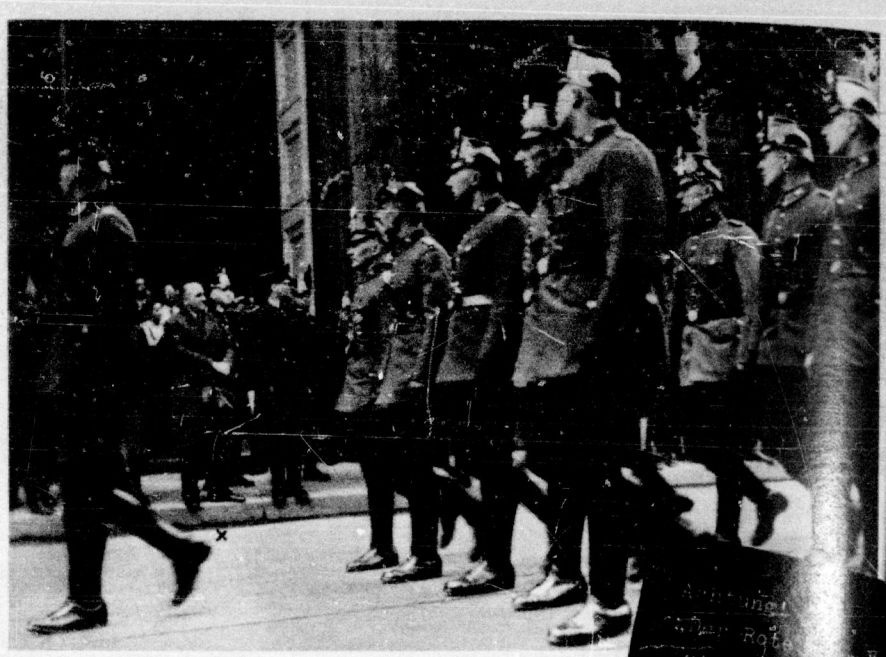
„Keiner hat schuld daran, daß er als Sklave geboren wurde; aber ein Sklave, dem nicht nur alle Freiheitsbestrebungen fremd sind, der auch noch seine Sklaverei rechtfertigt und beschönigt — ein solcher Sklave, der das berechtigte Gefühl der Empörung, der Verachtung und des Ekels hervorruft, ist ein Lump und eine knechtische Seele.“ **Lenin**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019320625-19/fragment/page=0013

Grzesinski greift ein

Während sich die Arbeiter, ohne Unterschied der Partei und der Konfession, zur Antifaschistischen Aktion zusammenfinden, verstärkt der sozialdemokratische Polizeipräsident Berlins die Schupo-Garnison zum Schutze der Papen-Regierung und des Hitler-Faschismus

Unser Bild zeigt die Schupo-Parade vor dem sozialdemokratischen Präsidenten Grzesinski anläßlich der Einstellung von verschiedenen hundert neuen Polizeischülern



Verhinderte Exmissionen

In Geestemünde und in Duisburg-Neudorf kam es zu erregten Auseinandersetzungen zwischen Gerichtsvollziehern und Erwerbslosen. Im Verlaufe der Auseinandersetzungen wurden die Möbelwagen einfach umgekippt. In beiden Fällen unterblieben die beabsichtigten Exmissionen

Leipzig

An dem Solidaritätstag gegen Hunger, Faschismus und Krieg beteiligte sich auch die SA[P] Besonders stark war die SAP-Jugend angetreten, die mit den Kommunisten für die Ro[te] Einheitsfront demonstrierte

Betrug an Erwerbslosen — In Denver, Colorado USA., läßt d[ie] Reg[ierung] 1500 Arbeitslose als Goldwäscher ausbilden. Die Arbeitslosen sollen in di[e] angeb[lichen] Goldreviere deportiert werden und können dann dort verrecken

Links: Young-deutsche Patrioten — In Detroit USA. marschierte d[er] Sta[hlhelm] in Reih und Glied mit den amerikanischen Faschisten, die zu den übelsten A[nhänger] Versailler Raubfriedens gehören. So „kämpft" der Stahlhelm gegen das Versailler S[ystem]

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019320625-19/fragment/page=0014

NATIONALE FREIHEITSPOLITIK und revolutionärer Internationalismus

Wenn wir uns die Frage vorlegen, auf welche Hauptursachen das rapide Anwachsen des Hitler-Faschismus, der das Erbe fast aller alten bürgerlichen Parteien hinsichtlich ihrer Anhängermassen angetreten hat, zurückzuführen ist, so spielt die nationale Unterdrückung des deutschen Volkes und die Ausnutzung dieser Tatsache durch eine geschickte nationale Demagogie, eine schrankenlose Agitation und heuchlerische Propaganda der Hitler-Partei dabei eine ausschlaggebende Rolle.

Unser Kampf gegen den Hitler-Faschismus kann nur dann erfolgreich sein, wenn wir es verstehen, den Nazis die nationale Maske herunterzureißen, ihre platte und verlogene Demagogie zu entlarven und demgegenüber unsere wirkliche Freiheitspolitik für die Millionen Unterdrückten in Deutschland aufzurollen. Wir müssen besonders in unserer Agitation und Propaganda eine Reihe von entscheidenden Tatsachen gegenüber der Nationalsozialistischen Partei konkret und einfach klarstellen und zum Bewußtsein der Massen bringen.

Um welche Hauptsachen handelt es sich?

1. Wir sind die einzige Partei in Deutschland, die wirklich und mit der größten Entschiedenheit gegen die Erfüllungspolitik kämpft.

2. Wir sind weiter die einzige Partei in Deutschland, die das Joch des Weltimperialismus vom deutschen Volke abschütteln kann.

3. Man kann nicht gegen das Versailler System kämpfen, wenn man eine wütende Hetze gegen die einzige Regierung der Welt führt, die den Versailler Schandvertrag, den Dawes-Pakt und Young-Plan nicht unterzeichnete, sondern von Anfang an auf das allerschärfste bekämpft hat: Die Regierung der Sowjetunion.

4. Man kann nicht wirklich gegen den Versailler Vertrag und Young-Sklaverei kämpfen, ohne das Banner des proletarischen Internationalismus zu entrollen.

Wir Kommunisten sind stolz darauf, daß unsere Bruderparteien in allen Ländern als ein Teil der großen Kommunistischen Weltpartei in vollständiger Übereinstimmung den konsequenten Kampf gegen das Versailler System des Weltimperialismus führen.

Aus der Rede des Genossen Ernst Thälmann auf der Plenartagung des ZK. der KPD, Februar 1932.

28. Juni 1919
Im Spiegelsaal von Versailles: Der imperialistische Schandvertrag wird besiegelt

Die deutschen Unterschriften unter dem Raubfriedenspakt
Hermann Müller — Dr. Bell

Die Väter des Raubfriedens
Von links nach rechts: Lloyd George, Orlando, Clémenceau und Wilson

„Wer gegen Versailles und Young ist, muß vor allem gegen das kapitalistische System kämpfen!

Wer das Doppeljoch der sozialen und nationalen Sklaverei zerschmettern will, marschiere mit der Kommunistischen Partei!“

Rumänischer Grenzposten am Dnjestr
Während die Sowjetunion gegen die Konterrevolution kämpfte, raubte die rumänische Bourgeoisie Bessarabien. Zu Tausenden flüchten die unterdrückten bessarabischen Bauern über den Dnjestr, um sich in der Sowjetunion eine neue Existenz zu schaffen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019320625-19/fragment/page=0015

„Indem das Proletariat zunächst s[illegible] politisch erobert, sich zur nationalen Klas[illegible]ebt, sich konstituiert, ist es selbst national[illegible] keineswe[illegible] der Bourgeoisie."

„Mit dem Gegensatz der Klassen [illegible]n der Na[illegible] feindliche Stellung der Nationen g[illegible]nder."

In diesem Ausspruch von Karl Marx und Friedrich E[illegible] mit einem [illegible]blick angedeutet, daß erst die Machtergreifung durch das P[illegible]e proletarisc[illegible] wirkliche „Nation", d. h. das werktätige Volk mit Aussc[illegible] Ausbeut[illegible] kommen läßt, indem die Arbeiterklasse als wirkliche Führ[illegible]erktätigen S[illegible] und alle schöpferischen Kräfte des Volkes entfaltet. Gleich[illegible] wird dem von[illegible] befreiten werktätigen Volke unter der Führung des Prole[illegible] wirkliche Se[illegible]mungsrecht gegeben und die Ausbeutung einer [illegible]urch die [illegible] gehoben. In dem Maße, wie das Proletariat als herrschen[illegible] den verschie[illegible] und Ländern sich festsetzt, wird auch der Gegensatz der N[illegible]hoben und d[illegible] Bündnis zwischen ihnen abgelöst. Das beste Beispie[illegible]tet die So[illegible]jetunion, in der 186 verschiedene Nationen [illegible]lligen Sta[illegible]tenbunde zusammengeschlossen sind!

Genosse Stalin zwischen den Delegierten aus Usbekistan auf dem 16. Parteitag der KPR

Von einem Kongreß der Tschuktschen und Eskimos in Kamtschatka. Ein Halb-Nomade, Mitglied des Bezirks-Exekutivkomitees

Unter der Regierung der Sowjets i[illegible] Massenmeeting zur Feier der Revolution in Tas[illegible] Sowjet-Zentralasiens

Genosse Bud[illegible] Führer der Roten Kavallerie, [illegible] mit zentralasiatischen Delegierten

Wahlplakate aus Usbekistan, die zum Kampf gegen die Großbauern, zum Bündnis zwischen Mittel- und Kleinbauern und zur Kollektivierung auffordern

Rechts: Kolchos-Arbeiter bei einer Produktionsberatung im Sowjet-Moldaugebiet

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019320625-19/fragment/page=0016

olitische Herrschaft
bt, sich als Nation
eineswegs im Sinne

der Nation fällt die
der.“

mit einem genialen Voraus-
proletarische Diktatur, die
Ausbeuter zur Geltung
ätigen Schichten auftritt
rd dem von der Bourgeoisie
ktliche Selbstbestim-
rch die andere auf-
en verschiedenen Nationen
ben und durch ein festes
et die Sow-
igen Staa-

Nach der Befreiung durch die Rote Armee. Meeting in Buchara für den Anschluß an die Sowjetrepublik Usbekistan

Genosse Kalinin, der seinen Urlaub im Nordkaukasus verbringt, wird von der Bevölkerung des Dorfes Kupa empfangen

Eine Kurdin aus Sowjet-Armenien, die als Delegierte ihres Stammes an einem Kongreß teilnimmt

Der kirgisische Komsomol demonstriert mit einem Fackelzug am Jahrestage der Revolution

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-166915610193206 25-19/fragment/page=0017

Versailles heißt neuer Krieg!

„Die Versailler Friedensbedingungen haben gezeigt, daß, solange der Imperialismus, und sei es auch nur in einem Lande, noch lebt, auch Gewalt und Raub fortleben... Mit was für ‚demokratischen' Feigenblättern der Imperialismus sich auch zudecken möge, er bleibt die Verkörperung von Barbarei und Blutgier."

Aus dem Aufruf der Komintern, 13. Mai 1919.

Die Zerstückelung Deutschlands durch den Versailler Gewaltfrieden hat an den deutschen Ostgrenzen Zustände geschaffen, die jederzeit Zündstoff zur Auslösung blutigster Kriege sein können. Ob Ostpreußen, Polnischer Korridor, Danzig, Memel oder Oberschlesien — überall stoßen wir auf die unmöglichsten Grenz„regulierungen". Auf beiden Seiten der Grenzen benutzen die Faschisten die berechtigte Empörung der Werktätigen, um die schmutzigsten chauvinistischen Instinkte aufzupeitschen. In Deutschland sind es besonders die Nazis, die sich als „Gegner des Imperialismus" aufspielen und zum „Befreiungskampf" gegen Versailles rufen. Dabei steht fest, daß eben gerade diese Nazis jederzeit bereit sind, die nationalen Interessen der werktätigen Massen an die Versailler Siegermächte zu verkaufen. Die Hitler-Partei trifft Abkommen mit den Imperialisten (England, Frankreich, Italien usw.), wendet sich gegen den Befreiungskampf der Kolonialvölker (Indien, China usw.), fordert für Deutschland Kolonien, hetzt zu neuen Kriegen, vor allem zur Intervention gegen die Sowjetunion, das einzige Land, dessen siegreiche Arbeiterklasse sich gegen alle Überfälle des Weltkapitals, gegen alle Raubzüge der Versailler Imperialisten siegreich mit Waffengewalt verteidigt hat!

In der Proklamation des ZK. der KPD vom August 1930 heißt es: „Wir Kommunisten erklären, daß wir keine gewaltsame Angliederung eines Volkes oder eines Volksteiles an andere nationale Staatsgebilde, daß wir keine einzige Grenze anerkennen, die ohne Zustimmung der werktätigen Massen und der wirklichen Mehrheit der Bevölkerung gezogen ist.

Wir Kommunisten sind gegen die auf Grund des Versailler Gewaltfriedens durchgeführte territoriale Zerreißung und Ausplünderung Deutschlands.

Wir Kommunisten sind die einzige Partei, die sich den Sturz des Imperialismus und die Befreiung der Völker von der Macht des Finanzkapitals zum Ziele setzt.

Deshalb fordern wir die werktätigen Massen Deutschlands auf, vor allem gegen den Feind im eigenen Lande, für den Sturz der kapitalistischen Herrschaft und für die Aufrichtung der Sowjetmacht in Deutschland zu kämpfen, um den Versailler Friedensvertrag zu zerreißen und seine Folgen zu beseitigen."

Grenzkontrolle, 300 m unter der Erdoberfläche

Die oberschlesische Grenze läuft heute mitten durch ganze Betriebe, so daß beispielsweise in diesem Falle ein Kohlenschacht zugemauert und versiegelt werden mußte

Auch ein Stück Versailles

In der Stadt Tirschtiegel geht die Grenze mitten durch Wohnhäuser. An anderen Stellen liegen die Häuser der Bauern in Deutschland, die Gärten und Felder in Polen oder umgekehrt

Der weiße Punkt im Bilde markiert die Grenze. Der Besitzer muß dauernd seinen Grenzkontrollschein in der Tasche haben, wenn er im Garten arbeitet

Plombierte Straßenbahn

Die zwischen Beuthen und Hindendurg verkehrende Straßenbahn muß etwa 5 km lang polnisches Gebiet durchqueren. Die Wagen werden plombiert und alle Fenster geschlossen

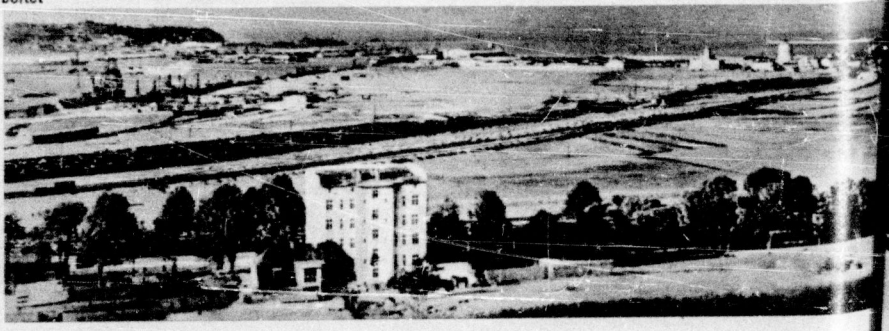
Links: Deutsche Kontrolle — Rechts: Polnische Kontrolle

Pleite am Memelstrom

An der Memel liegen Dutzende stillgelegte Sägewerke, denen durch die Versailler Grenzbestimmungen die Holzzufuhr abgeschnitten worden ist

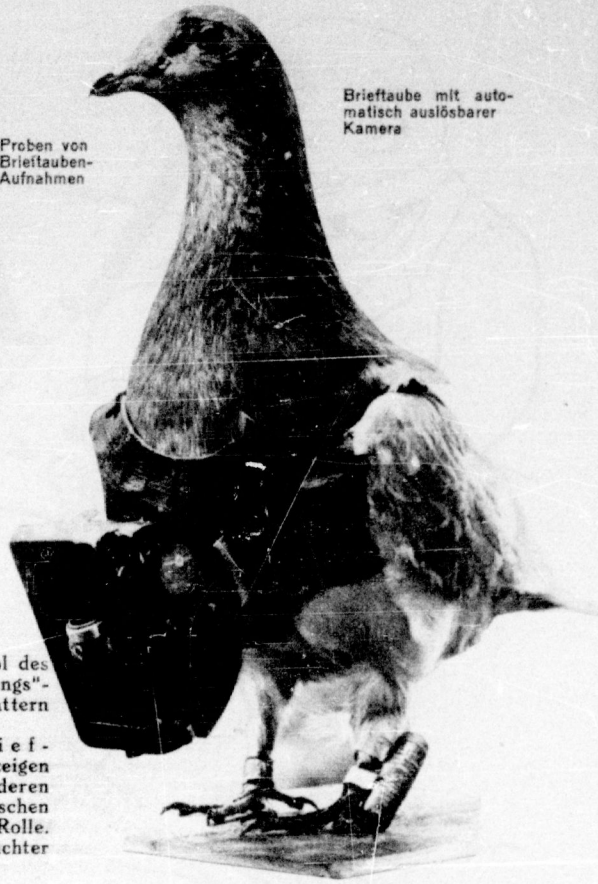
Der Hafen von Gdingen

Der polnische Imperialismus hat dieses ehemalige deutsche Fischerdorf zu einer gewaltigen militärischen Stapelanlage ausgebaut. Sämtliche Munitions- und Kriegsmaterialtransporte für den Antisowjetkrieg gehen über Gdingen. Der Bau des Gdinger Hafens hat den Danziger Hafen völlig ausgeschaltet. Der heroische Solidaritätsstreik der Danziger Hafenarbeiter im polnisch-russischen Krieg, 1920, hat in diesen Tagen ein glänzendes Beispiel gefunden. Trotz des blutigsten faschistischen Terrors haben die polnischen Hafenarbeiter Gdingens gestreikt und Munitionstransporte verhindert!



Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019320625-19/fragment/page=0018

Proben von Brieftauben-Aufnahmen



Brieftaube mit automatisch auslösbarer Kamera

Die Taube war schon immer das Symbol des Friedens, und auch die Genfer „Abrüstungs"-Konferenz hat die „Friedens"taube flattern lassen.
Unsere Bilder von der Heeresbrieftauben-Anstalt in Spandau zeigen uns dieses „Friedens"symbol von der anderen Seite. Die Taube spielt nämlich im militärischen Nachrichtendienst eine ungemein wichtige Rolle. Das sollen die proletarischen Taubenzüchter und Taubenliebhaber nicht vergessen.

Patrouillenfahrer mit Brieftauben

Transportable Brieftauben-Station

E INTERNATIONALE

Heft 6 / Juni 1932 — 43 Seiten stark

ERNST THÄLMANN:
Zur Strategie und Taktik unseres Kampfes gegen den Faschismus

nier:
Die Klassenerziehung des Arbeiterkindes und die Rolle der Pionierbewegung

Sofort besorgen, ehe vergriffen

SILBENRÄTSEL NR. 26

Aus folgenden 28 Silben: da, de, der, e, er, gen, i, ko, la, lan, land, laus, le, ma, ma, ni, nie, rhein, san, sar, tat, te, teil, tin, tung, ur, ze, zei

sind 12 Wörter zu bilden, deren erste und vorletzte Buchstaben, von oben nach unten gelesen, ergeben: „Eine Sowjetparole".

Die Wörter bedeuten: 1. Druckschrift. 2. jurist. Begriff. 3. menschl. Organ. 4. Schafkamel. 5. Haushaltsplan. 6. preuß. Provinz. 7. europ. Königreich. 8. Mineral (Mehrzahl). 9. männl. Vorname. 10. Nebenfluß der Donau. 11. Fußbekleidung. 12. Schreibmaterial.

AUFLÖSUNG DES SILBENRÄTSELS NR. 25

1 Astrachan. 2. Nero. 3. Tolstoi. 4. Internat. 5. Fabrik. 6. Afrika. 7. Sense. 8. Chinesisch. 9. Henric. 10. Iris. 11. Stanzerei. — „Antifaschistische Aktion!"

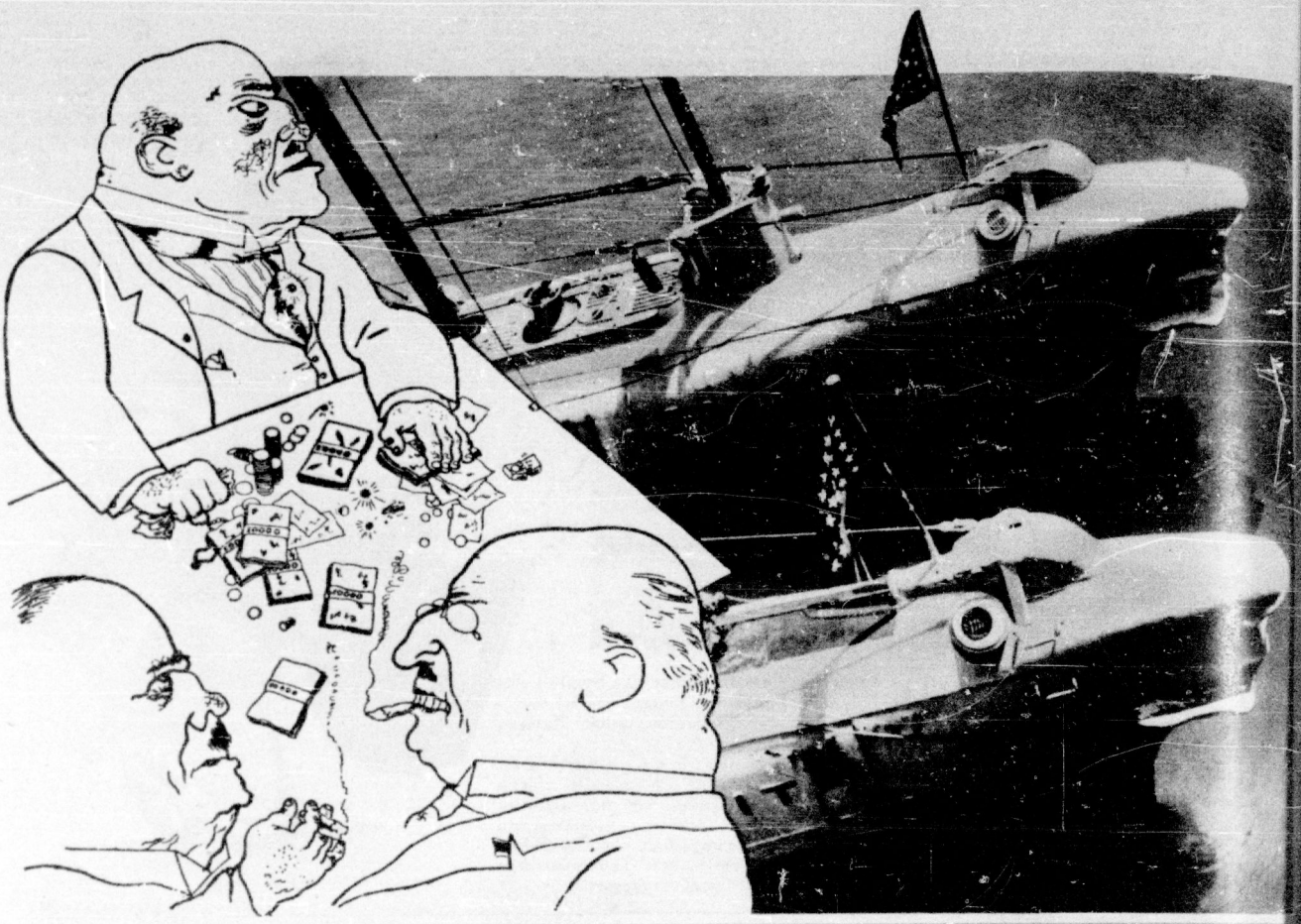
Schöne weiße Zähne: Chlorodont

die herrlich erfrischend schmeckende Pfefferminz-Zahnpaste

Chlorodont-Zahnpaste — Chlorodont-Mundwasser — Chlorodont-Zahnbürsten

Man verlange **nur echt** Chlorodont und weise jeden Ersatz dafür zurück.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019320625-19/fragment/page=0019

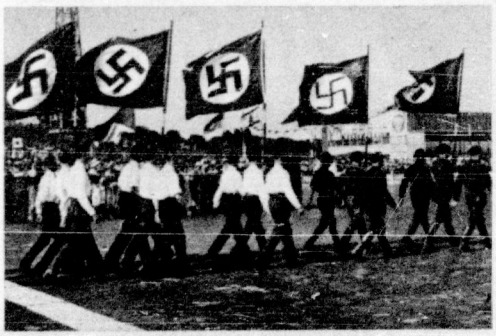


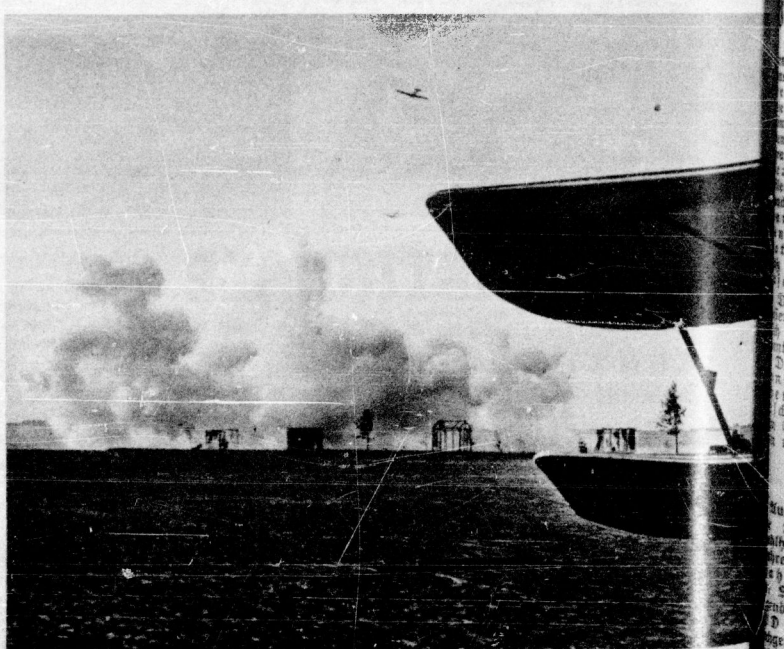
Haifische!

Die Visagen der imperialistischen Kriegsverbrecher gleichen den Visagen ihrer Mordwerkzeuge

Links: Zeichnung von George Grosz, im Bilde rechts: U-Boote der USA.-Flotte

Bomben auf Berlin





„Internationale Fliegerschau" oder „Bomben auf Berlin". So nannte sich das Flugzeugmanöver am Sonntag, den 12. Juni, auf dem Flugplatz in Tempelhof. Aufgeputzte nationalistische Studentenkorporationen und Nazistudenten mit Hakenkreuzfahnen marschierten, besessen vom Kriegstaumel gegen die Sowjetunion auf. Eine Kulissenstadt wurde von Fliegerbomben zerstört. Zwischen dieses Spiel der Kriegshetzer erschallte aber drohend und wuchtig der Sprechchor von Arbeitern: „Nieder mit dem imperialistischen Krieg! Hände weg von der Sowjetunion! Nieder mit den Faschisten!"

Es ist zu bemerken, daß das gesamte Bombenfest der Kriegshetzer finanzielle Zuschüsse des sozialdemokratischen Berliner Magistrats erhielt!

BIOX-ULTRA die sparsame rein deutsche ZAHNPASTA mit biologischer Sauerstoff-Wirku

Zeitschriften-Verlag Stern G.m.b.H., Berlin NW 7, Schiffbauerdamm 19 — Verantwortl. für Deutschland: Fritz Lange, Berlin-Neukölln, Thiemannstr. 15. — Rotations-Tiefdruck: R. Boll, Buchdruckerei G.m.b.H., Berlin